



Corporate Governance

Kurzberichterstattung des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der verselbstständigten Einheiten des Bundes im Jahr 2018

Inhalt

Verselbständigte Einheiten (zuständiges Departement)

ETH-Bereich (WBF).....	5
RUAG Holding AG (VBS).....	9
Eidg. Finanzmarktaufsicht FINMA (EFD).....	12
Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV (WBF).....	16
Swisscom AG (UVEK).....	19
Schweizerische Bundesbahnen SBB AG (UVEK).....	22
Schweizerische Post (UVEK).....	26
Skyguide AG (UVEK).....	30
*Schweizerisches Nationalmuseum SNM (EDI).....	xx
*Pro Helvetia (EDI).....	xx
*Schweizerisches Heilmittelinstitut Swissmedic (EDI).....	xx
Institut für Geistiges Eigentum IGE (EJPD).....	33
Institut für Metrologie METAS (EJPD)	37
Eidg. Revisionsaufsichtsbehörde RAB (EJPD).....	41
Eidg. Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB (WBF).....	45
Swiss Investment Fund for Emerging Markets SIFEM AG (WBF).....	49
Identitas AG (WBF).....	53
*Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI (UVEK).....	xx
Innosuisse – Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (WBF).....	57

* Die Berichterstattung des Schweizerischen Nationalmuseums, von Pro Helvetia, von Swissmedic und ENSI folgen Ende Juni.

Vorwort

Im Zeitraum vom 22. März bis 17. April 2019 hat der Bundesrat die Berichterstattung über die Erfüllung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2018 durch die bundeseigenen Unternehmen und Anstalten zu Händen der Eidgenössischen Räte verabschiedet. Mit der vorliegenden Sammlung der Kurzberichte legt er die wichtigsten Informationen zu Zielerreichung und Geschäftsgang öffentlich auf.

Gegenstand der Berichterstattung sind die verselbständigten Einheiten des Bundes, die nach Artikel 8 Absatz 5 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes über strategische Ziele gesteuert und kontrolliert werden (SR [172.010](#)). Dazu zählen Dienstleister am Markt wie die Swisscom AG oder die RUAG Holding AG, Anstalten mit Monopolcharakter wie der ETH-Bereich oder die Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV, aber auch Einheiten der Wirtschafts- und Sicherheitsaufsicht wie die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA oder die Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB. Insgesamt umfasst das Portfolio der verselbständigten und vom Bund beherrschten Einheiten 19 Unternehmen und Anstalten (seit dem Geschäftsjahr 2018 neu: Innosuisse).

Die Kurzberichterstattung des Bundesrates nimmt in der Corporate Governance des Bundes, d.h. im eignerpolitischen System von Steuerung und Kontrolle eine wesentliche Bedeutung ein. Mit ihr legt der Bundesrat Rechenschaft darüber ab, inwiefern die verselbständigten Einheiten die jeweils für vier Jahre festgelegten strategischen Ziele mit Blick auf ihren Versorgungsauftrag und ihre unternehmerischen Leistungen erfüllt haben. Im Verbund mit weiteren Elementen der Berichterstattung trägt er so dazu bei, dass die eidgenössischen Räte die parlamentarische Oberaufsicht in der Eignerpolitik des Bundes wahrnehmen können und in der Lage sind, bei Bedarf auf die Steuerung und Kontrolle Einfluss zu nehmen.

Die vorliegenden Kurzberichte liefern für jede verselbständigte Einheit die wichtigsten Informationen in kompakter und standardisierter Form: Nach einer Gesamtwürdigung fassen die Berichte die Erfüllung der strategischen Zielbezusammen und halten abschliessend die wichtigsten Entscheide des Bundesrats zum Ergebnis des Geschäftsjahres 2018 fest. Eine Kennzahlen-Box liefert dazu einen Überblick über die wichtigsten Leistungsindikatoren je Einheit.

Im Mai 2019

ETH-Bereich

Internet: www.ethrat.ch

Sitz: Zürich / Bern (ETH-Rat)

Rechtsform: Anstalten des Bundes
(ETH Zürich, EPFL, PSI, WSL, Empa, Eawag)

ETH-Rat: Fritz Schiesser (Präs.), Beth Krasna (Vize-präs.), Lino Guzzella, Martin Vetterli, Joël Mesot, Kristin Becker van Slooten, Marc Bürki, Beatrice Fasana, Susan Gasser, Barbara Haering, Christiane Leister

Geschäftsführer: Michael Kaeppli

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Der ETH-Bereich ist bei der Umsetzung der strategischen Ziele 2017-2020 weiterhin gut auf Kurs. Die sechs Institutionen des ETH-Bereichs haben die Ziele in ihren Kerngebieten Lehre, Forschung und Wissens- und Technologietransfer (WTT) gemäss den strategischen Zielen erfüllt. Auch 2018 ist die Anzahl der Studierenden und Doktorierenden gestiegen. Bei den Neueintritten auf Bachelorstufe war die höchste Zunahme in den Bereichen Informatik und Kommunikationstechnologien zu verzeichnen.

Bei der Forschung nehmen die Institutionen auch im internationalen Vergleich Spitzenplätze ein. Allerdings ist bei den kompetitiv eingeworbenen nationalen Forschungsmitteln ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Der Bundesrat fordert den ETH-Rat auf, diese Entwicklung aufmerksam zu verfolgen.

Im Bereich des WTT (Wissens- und Technologietransfer) sind die Institutionen aktiv und fördern das unternehmerische Denken und Handeln ihrer Studierenden und Mitarbeitenden. Die Bereitstellung und Weiterentwicklung von kostenintensiven Forschungsinfrastrukturen, die auch anderen Hochschulen und der Industrie zur Verfügung stehen, stärkt den gesamten Forschungsplatz Schweiz.

Mit der Gesellschaft pflegen die Institutionen den Dialog und fördern das Interesse von Schülerinnen und Schülern für die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik).

International sind die Institutionen des ETH-Bereichs präsent und gut vernetzt. Dank der engen Zusammenarbeit mit Schweizer Hochschulen, u.a. im Rahmen von Zusammenarbeitsprojekten, sind sie auch gut im Hochschulraum Schweiz eingebettet.

Den Institutionen gelingt es, konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen anzubieten, um national und international Spitzenforschende anzuziehen. Trotz der Bestrebungen, den Frauenanteil auf allen Stufen zu erhöhen, verbleibt dieser insbesondere bei der Professorenschaft, den Schulleitungen der ETH und den Direktionen der Forschungsanstalten weiterhin unter den Erwartungen. Hier sind weitere Anstrengungen nötig. Ebenso erwartet der Bundesrat, dass der ETH-Bereich aktiv gegen Missstände im Arbeitsbereich vorgeht.

Kennzahlen	2018	2017
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	3 714	3 698
Reingewinn (Mio. CHF)	50	209
Bilanzsumme (Mio. CHF)	6 267	5 837
Eigenkapitalquote in %	16	21
Personalbestand (Vollzeitstellen) ¹	19 120	18 632

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Forschungsbeiträge, -aufträge und wissenschaftliche Dienstleistungen (Mio. CHF)	755	743
Schenkungen und Legate (Mio. CHF)	155	120
Anzahl Studierende/Doktorierende	32 531	31 293
davon Frauen in %	31,3	30,6
ProfessorInnen (Vollzeitstellen)	818	824
Technischer Deckungsgrad PUBLICA	101,8	108,0
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA	84,7	89,5

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	2 357	2 378
Unterbringungsbeitrag (Mio. CHF)	269	278
Schulgelder und andere Benutzungsgebühren (Mio. CHF)	41	39

1) Das überproportionale Wachstum findet seine Erklärung primär in der Umstellung der Informatiksysteme an der ETH Zürich per 1.1.2019. Dieser Wechsel bedingte die Ausstellung von 515 Arbeitsverträgen mit Hilfsassistenten (208 FTE) bis Januar 2019 anstatt wie üblich bis Dezember 2018, um eine Migration ins neue System und die korrekte Abrechnung der Arbeitsstunden von 2018 zu erlauben. Ohne diesen Effekt wäre das Personalwachstum im Bereich der Vorjahre geblieben.

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

1. Lehre: Der ETH-Bereich bietet eine im internationalen Vergleich erstklassige, forschungsbasierte und für die Studierenden attraktive Lehre an.

Die Anzahl der Studierenden und Doktorierenden hat sich von 2017 auf 2018 um 4 Prozent auf 32 531 erhöht. Dieser Zuwachs ist noch stärker als in den Vorjahren. Über 1000

* Strategische Ziele: www.sbf.admin.ch > Hochschulen > Hochschulen des Bundes (ETH-Bereich) > Strategische Ziele des Bundesrates für den ETH-Bereich

Mobilitätstudierende zeugen auch von der internationalen Attraktivität der Lehre an den beiden ETH.

Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels in den MINT-Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik ist es erfreulich, dass die Fachgebiete Informatik und Kommunikationstechnologie (+11,9 %) und Life Sciences (+4,4 %) ein überdurchschnittliches Studierendenwachstum zu verzeichnen hatten.

Zur Erhaltung einer hohen Qualität in der Lehre wurden u.a. vermehrt Informationstechnologien als Ergänzung und zur Unterstützung des Präsenzunterrichts eingesetzt. Das Lehrangebot wird kontinuierlich an aktuelle Entwicklungen und Bedürfnisse angepasst. 2018 haben die ETH Zürich und die EPFL entschieden, ein gemeinsames Masterprogramm in Cybersecurity zu lancieren.

2. Forschung: Der ETH-Bereich wahrt seine internationale Spitzenposition in der Forschung.

In zahlreichen Forschungsbereichen haben die Institutionen des ETH-Bereichs ihre Position an der Spitze der internationalen Forschung festigen können. Es gibt zwar kein einheitliches und umfassendes Instrument, um den Forschungserfolg zu messen, doch verschiedene Aspekte deuten auf erfreuliche Leistungen hin.

So spricht die Attraktivität der Institutionen des ETH-Bereichs für Studierende der Master- und Doktoratsstufe für eine sehr gute Forschungsreputation. Dasselbe gilt für die internationale Zusammensetzung der Professorenschaft. Der Anteil der ausländischen Professorinnen und Professoren liegt bei rund zwei Dritteln. Für die guten Forschungsleistungen der beiden ETH spricht auch deren Positionierung in den internationalen Hochschulrankings, auch wenn diese mit der nötigen kritischen Distanz und unter Berücksichtigung von Fokus und Methodologie zu interpretieren sind. Eine bei der Universität Leiden in Auftrag gegebene umfassende bibliometrische Analyse, welche die wissenschaftlichen Publikationen der Jahre 2007 bis 2016 berücksichtigte, bestätigte das hohe wissenschaftliche Niveau des ETH-Bereichs. Ausserdem haben Forschende aus dem ETH-Bereich auch im Jahr 2018 zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen und Wissenschaftspreise wie die Fields-Medaille oder den Marcel Benoist-Preis gewonnen. Die Institutionen des ETH-Bereichs erhielten 2018 insgesamt 40 hoch dotierte Stipendien des europäischen Forschungsrats (ERC-Grants).

2018 deckten die kompetitiven Forschungsbeiträge des Bundes (SNF, Innosuisse und EU-Forschungsrahmenprogramme) und die Ressortforschung wie im Vorjahr 15 Prozent des Ertrags des ETH-Bereichs. Das Total belief sich auf 533 Millionen Franken. Die Forschungsbeiträge aus der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft nahmen mit 139 Millionen Franken gegenüber dem Vorjahr (129 Mio.) deutlich zu.

3. Forschungsinfrastrukturen: Der ETH-Bereich betreibt und entwickelt Forschungsinfrastrukturen.

Die Institutionen des ETH-Bereichs betreiben verschiedene Forschungsinfrastrukturen, welche auch den anderen Hochschulen sowie der Industrie, letzterer unter Verrechnung der Kosten, zur Verfügung stehen und rege genutzt werden. Hierzu zählen beispielsweise das Centro Svizzero di Calcolo Scientifico (CSCS) in Lugano, das zur ETH Zürich gehört, die Synchrotronlichtquelle Schweiz (SLS) und die Neutronenquelle (SINQ) des PSI oder das Center of Micronanotechnology (CMI) der EPFL.

2018 ist die Anzahl der Nutzenden der grossen Infrastrukturen des PSI sowie des CSCS gestiegen. 2018 wurden die Pilotexperimente an der Strahllinie ARAMIS des SwissFEL am PSI erfolgreich fortgesetzt, parallel zum Aufbau der ATHOS-Strahllinie, welche die Kapazität erhöhen und eine grössere Vielfalt an Experimenten ermöglichen wird.

Das Forschungs- und Innovationsgebäude NEST der Empa und der Eawag wurde 2018 um zwei neue Einheiten zur Kreislaufwirtschaft in der Bauindustrie und zum Energiemanagement ausgebaut.

Am CERN müssen der Large Hadron Collider (LHC) und seine Detektorensysteme ausgebaut werden. Der ETH-Bereich beteiligt sich aktiv an den Arbeiten für das Upgrade des CMS-Detektors und der Entwicklung des Projekts des Future Circular Collider (FCC).

4. Wissens- und Technologietransfer (WTT): Zur Stärkung der Innovationskraft und der Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz fördert der ETH-Bereich die Zusammenarbeit und den Austausch mit der Wirtschaft und der Gesellschaft.

Die Institutionen des ETH-Bereichs – insbesondere auch die Forschungsanstalten PSI, WSL, Empa und Eawag – haben im Jahr 2018 erneut vielfältige WTT-Aktivitäten durchgeführt. Partner der Zusammenarbeitsprojekte sind Gemeinwesen, Grossunternehmen, KMU oder Spin-offs. Der ETH-Bereich leistet wesentliche Beiträge beim Schweizerischen Innovationspark „Switzerland Innovation“.

Im Jahr 2018 wurden im ETH-Bereich insgesamt 230 Patente (2017: 206, +11 %) angemeldet, 341 Lizenzverträge (2017: 377, -10 %) abgeschlossen, 55 Spin-offs (2017: 48, +15 %) gegründet und 358 Erfindungs- (2017: 343, +4 %) und 36 Softwaremeldungen (2017: 26, +38 %) eingereicht.

5. Nationale Zusammenarbeit und Koordination: Der ETH-Bereich wirkt bei der Gestaltung des Hochschulraums Schweiz aktiv mit.

Die Institutionen des ETH-Bereichs arbeiten eng mit kantonalen Universitäten und Fachhochschulen zusammen.

Einen Beitrag leisten auch Mitarbeitende der Forschungsanstalten, welche an den ETH sowie an anderen Hochschulen unterrichten und wissenschaftliche Arbeiten betreuen.

Die Institutionen des ETH-Bereichs beteiligen sich aktiv an verschiedenen Kooperations- und Innovationsprojekten der Schweizerischen Hochschulkonferenz. Ein gutes Beispiel ist ihr starkes Engagement bei der Entwicklung von schweizweiten Plattformen, sei es für die MOOCs (Swiss MOOC Service) oder für die Bibliotheken (Swiss Library Service Plattform). Die Institutionen des ETH-Bereichs arbeiten auch eng untereinander zusammen, u.a. im Forschungs- und Innovationsgebäude NEST.

Die Institutionen des ETH-Bereichs haben ferner 2018 ihre Kooperationen mit medizinischen Fakultäten und Universitätsspitalern intensiviert. Einer der vier strategischen Fokusbereiche des ETH-Bereichs für 2017-2020 sind die Personalized Health and Related Technologies. 2018 nahm der zweite Jahrgang das Bachelorstudium in Humanmedizin an der ETH Zürich mit wiederum 100 Studienplätzen auf. Die EPFL hat auch im Rahmen des Sonderprogramms Medizin das bestehende Passerellenprogramm für ein Medizinstudium verstärkt. 2018 haben die ETH Zürich und die Universität Basel das Botnar Research Centre for Child Health (BRCC) in Basel ins Leben gerufen, das Wissenschaft und klinische Forschung aus verschiedenen Fachgebieten zusammenbringen soll, um neue Methoden und digitale Innovationen für den weltweiten Einsatz in der Pädiatrie zu entwickeln.

6. Internationale Positionierung und Zusammenarbeit: *Der ETH-Bereich baut die Zusammenarbeit und die Vernetzung mit den besten Institutionen der Welt weiter aus und stärkt seine internationale Ausstrahlung.*

Die Institutionen und ihre Forschenden sind weltweit vernetzt und entfalten zahlreiche internationale Aktivitäten. Die ETH Zürich ist im Auftrag des Bundes Leadinghouse in der bilateralen Forschungszusammenarbeit der Schweiz mit der Region Ost- und Südostasien. Mit dem Singapore-ETH Centre for Global Environmental Sustainability (SEC) verfügt die ETH Zürich über einen regionalen Hub, um diese Aufgabe optimal zu erfüllen. Die ETH Zürich ist auch in New York aktiv mit ihrem ETH-Studio zum Thema Informationssicherheit und die EPFL hat ihrerseits eine internationale Aussenstelle in Ras Al Khaimah (RAK; Vereinigte Arabische Emirate) mit Projekten in den Bereichen Energiemanagement und nachhaltige Entwicklung.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind auch gefragte Partner bei der Entwicklung von internationalen Grossforschungsanlagen und Netzwerken. So ist beispielsweise das CSCS Mitglied der PRACE-Initiative (Partnership for Advanced Computing in Europe), die den europäischen Forschenden erstklassige Rechen- und Datenverarbeitungsleistungen zur Verfügung stellen will.

7. Rolle in der Gesellschaft und nationale Aufgaben: *Der ETH-Bereich pflegt den Dialog mit der Gesellschaft und erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse.*

Auf vielfältige Weise haben die Institutionen des ETH-Bereichs den Dialog mit der Bevölkerung gepflegt. Verschiedene Veranstaltungen erzielten eine starke mediale Aufmerksamkeit, wie z. B. das 30-jährige Jubiläum des PSI.

Mit speziellen Angeboten für Schülerinnen und Schüler fördert der ETH-Bereich den wissenschaftlichen Nachwuchs. Er engagierte sich 2018 besonders in der Beratung der Kantone zum Lehrinhalt und in der Weiterbildung der Lehrpersonen zur Stärkung des Informatikunterrichts an den Primar- und Sekundarschulen.

Die Institutionen des ETH-Bereichs erfüllen auch spezifische Aufgaben von nationalem Interesse, indem sie z.B. den Schweizerischen Erdbendienst SED (ETH Zürich), die Konjunkturforschungsstelle KOF (ETH Zürich), das Landesforstinventar (WSL mit BAFU), das Lawinenbulletin (WSL), das Nationale Beobachtungsnetz für Luftfremdstoffe NABEL (Empa) oder das Schweizerische Zentrum für angewandte Ökotoxikologie (Eawag und EPFL) führen.

2. Finanzielle Ziele

8. Finanzierungsquellen und Mittelverwendung: *Der ETH-Bereich erweitert seine Finanzierungsbasis und stellt sicher, dass die Mittel strategiekonform sowie wirtschaftlich eingesetzt werden.*

Der Bund ist als Eigner die wichtigste Finanzierungsquelle des ETH-Bereichs. 2018 deckte die Trägerfinanzierung 71 Prozent und die kompetitiven Forschungsbeiträge des Bundes und die Ressortforschung 15 Prozent des Ertrags. Beide Werte blieben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Bei den Drittmitteln nahmen die aus der kompetitiven Forschungsförderung und der Ressortforschung des Bundes resultierenden Erträge gegenüber den Vorjahren zum zweiten Mal in Folge leicht ab (-1 %). Das lässt sich zum Teil durch den Abschluss der Forschungsinitiative SystemX.ch und des ebenfalls von der ETH Zürich koordinierten Projekts Nano-Tera.ch bei den Mitteln des SNF (-2 %) erklären und durch die geringeren Volume der neuen Projekte im Rahmen des Aktionsplans «Koordinierte Energieforschung Schweiz» bei den Beiträgen von Innosuisse (-11 %). Drittmittel aus Forschungskooperationen mit privaten Partnern (+7 %) sowie mit Gemeinden, Kantonen und internationalen Organisationen (+13 %) nahmen hingegen ebenso zu wie Schenkungen und Legate (+29 %).

Massnahmen zur Effizienzsteigerung und zur Nutzung von Synergien wurden weiterverfolgt und punktuell ausgebaut.

Weiterführende Informationen zur Jahresrechnung 2018 des ETH-Bereichs finden sich in der Jahresrechnung im Geschäftsbericht des ETH-Rats über den ETH-Bereich.

9. Immobilienmanagement: Der ETH-Bereich koordiniert die Bewirtschaftung der Grundstücke und Immobilien und sorgt für deren Wert- und Funktionserhaltung.

Im Berichtsjahr konnte die Wert- und Funktionserhaltung der im Eigentum des Bundes befindlichen und vom ETH-Bereich genutzten Immobilien sichergestellt werden. Der ETH-Bereich achtete ferner auf eine nachhaltige und behindertengerechte Bauweise.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

10. Arbeitsbedingungen, Chancengleichheit und wissenschaftlicher Nachwuchs: Der ETH-Bereich ist ein attraktiver und verantwortungsbewusster Arbeitgeber.

Die Institutionen des ETH-Bereichs sind attraktive Arbeitgeberinnen, die den Mitarbeitenden konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen bieten. Internationale Forschende schätzen das Umfeld und die Konditionen, die ihnen geboten werden. Etwas mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden sind ausländische Staatsangehörige. Bei der Professorenschaft sind es rund zwei Drittel und bei den Doktorierenden drei Viertel. In den Bereichen Technik und Administration setzen die Institutionen des ETH-Bereichs spezifische Massnahmen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials um. Insgesamt blieben die wichtigsten Kennzahlen im Personalbereich über die letzten Jahre stabil.

Der ETH-Rat und die Institutionen des ETH-Bereichs haben Anstrengungen unternommen, um den Frauenanteil in allen Bereichen und auf allen Stufen zu erhöhen. Der Frauenanteil auf sämtlichen Ebenen der akademischen Laufbahn konnte im Berichtsjahr leicht verbessert werden, bewegt sich aber immer noch unter den Erwartungen. 2018 betrug der Frauenanteil bei den Studierenden und Doktorierenden 31,3 Prozent (2017: 30,6 %), bei den wissenschaftlichen Mitarbeitenden 30,1 Prozent (2017: 30,0 %) und bei der Professorenschaft (unbefristete und befristete Anstellungen) 15,5 Prozent (2017: 14,9 %). In den ETH-Schulleitungen und den Direktionen der Forschungsanstalten waren Frauen 2018 weiterhin untervertreten. Der Bundesrat erachtet es als nötig, die begonnenen Initiativen konsequent weiterzuverfolgen und wo möglich zu intensivieren.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Gestützt auf Art. 3a ETH-Gesetz (SR 414.110) können die beiden ETH und die Forschungsanstalten im Rahmen der strategischen Ziele und der Weisungen des ETH-Rats zur Erfüllung ihrer Aufgaben Gesellschaften gründen, sich an solchen beteiligen oder auf andere Art mit Dritten zusammenarbeiten.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die konsolidierte Jahresrechnung des ETH-Bereichs für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. Sie bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung 2018 in Übereinstimmung mit den International Public Sector Accounting Standards (IPSAS) erstellt wurde und den gesetzlichen Vorschriften sowie dem Rechnungslegungshandbuch für den ETH-Bereich entspricht und empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der ETH-Rat hat nach Art. 35 ETH-Gesetz den revidierten Geschäftsbericht 2018 (inkl. Jahresrechnung) dem Bundesrat zur Genehmigung unterbreitet.

Er stellte auch Antrag auf Entlastung der Mitglieder des ETH-Rats und Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns.

D. Beschlüsse des Bundesrates

An seiner Sitzung vom 22. März 2019 hat der Bundesrat den Anträgen des ETH-Rats zugestimmt.

RUAG Holding AG

Internet: www.ruag.com

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100 %

Verwaltungsrat: Dr. Remo Lütolf (Präsident),
Paul Häring, Markus Hutter,
Prof. Dr. Sibylle Minder Hochreutener, Jürg Oleas, Dr.
Marie-Pierre de Bailliencourt

CEO: Urs Breitmeier

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Gümliigen-Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Gemäss der Beurteilung des Bundesrates hat RUAG die Ziele 2018 grösstenteils erreicht. Einzig ein finanzielles Ziel wurde nicht erreicht. Zwar lag der Nettoumsatz mit 1998 Millionen Franken deutlich über den Vorjahreszahlen (Vorjahr CHF 1955 Mio.), jedoch ist der Reingewinn ebenso deutlich gesunken. Das Betriebsergebnis vor Zinsen und Steuern (Earnings before Interest and Taxes, EBIT) betrug 106 Millionen Franken und war damit um 10,8 Prozent tiefer als im Vorjahr. Die Profitabilität lag mit einer EBIT-Marge von 5,3 Prozent unter dem vom Bundesrat definierten Zielband von 6 bis 8 Prozent. Der Reingewinn sank um 15 Millionen auf 74 Millionen. Der Bundesrat begrüsst, dass der Verwaltungsrat der RUAG Holding AG die nötigen Schritte zur Restrukturierung der Division Aerostructures eingeleitet hat. Gleichzeitig erwartet der Bundesrat, dass der Verwaltungsrat die nötigen Massnahmen trifft, damit das Unternehmen die Profitabilität in den nächsten Jahren deutlich steigern kann und die Vorgaben erreichen wird.

Die übrigen Ziele hat RUAG erreicht, insbesondere konnte RUAG alle Unterhaltsleistungen zu Gunsten der Schweizer Armee wie vertraglich vereinbart erbringen.

RUAG hat 9 Prozent ihres Nettoumsatzes resp. 179 Millionen in Forschung und Entwicklung investiert (Vorjahr 9,2 % und CHF 181 Mio.). Die eigenfinanzierten Forschungs- und Entwicklungskosten betragen 46 Millionen (Vorjahr CHF 53 Mio.). Der Anteil des VBS am ausgewiesenen Nettoumsatz der RUAG stieg um 21 auf 611 Millionen.

2018 fanden im Verwaltungsrat mehrere personelle Wechsel statt. Dr. Remo Lütolf übernahm das Präsidium des Verwaltungsrates. Mit Frau Dr. Marie-Pierre de Bailliencourt konnte die Kompetenz des Verwaltungsrates im Bereich Aerospace gestärkt werden. Damit ist die französische Sprache im Verwaltungsrat vertreten und der Frauenanteil liegt bei über 30 Prozent.

Kennzahlen	2018	2017
------------	------	------

Finanzen und Personal

Nettoumsatz (Mio. CHF)	1 998	1 955
Reingewinn (Mio. CHF)	74	89
Bilanzsumme (Mio. CHF)	1996	1 963
Eigenkapitalquote in %	51,2	51,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	9 159	9 083

Unternehmensspezifische Kennzahlen

EBITDA (Mio. CHF)	186	196
EBIT (Mio. CHF)	106	119
Free Cash Flow (Mio. CHF)	94	-58
Netto-Finanzposition ¹⁾ (Mio. CHF)	134	77
Auftragseingang (Mio. CHF)	2 221	1 961
Techn. Deckungsgrad Vorsorge RUAG	101,1	103,3

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag	0	0
Gebühren	0	0

¹⁾ Nettovermögen

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Risikomanagement und Compliance

RUAG hat im Berichtsjahr das Risikomanagement und die Compliance ausgebaut. Diese beiden Bereiche wurden in eine neue und eigenständige Organisationseinheit integriert. Diese rapportiert direkt an den General Counsel. Das konzernweite Risikomanagement schützt als Schlüsselement der Corporate Governance die Werte, Anlagen und Mitarbeitenden von RUAG.

Entflechtung und Weiterentwicklung von RUAG

Dem Projekt Entflechtung und Weiterentwicklung von RUAG kam 2018 hohe Bedeutung zu. Im Juni 2018 hat der Bundesrat das vom Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung erstellte Entflechtungskonzept genehmigt.

* Strategische Ziele: http://www.vbs.admin.ch/de/vbs/bundesnahe-betriebe/ruag_detail_document.html/vbs-internet/de/documents/bundesnahe-betriebe/ruag/Strategische-Ziele-RUAG-d.pdf.html

RUAG hat daraufhin mit den Entflechtungsarbeiten begonnen. Insbesondere wurde die neue Organisationsstruktur festgelegt und bereits auf den 1. Januar 2019 implementiert. RUAG hat die operativen Führungspositionen gemäss der neuen Struktur bereits grösstenteils besetzt. Im Jahr 2018 wendete RUAG für die Entflechtung rund 5 Millionen auf.

Im Weiteren hat RUAG im Berichtsjahr eine Detailplanung für die Umsetzung ausgearbeitet. Über diese wird der Bundesrat voraussichtlich im Frühjahr 2019 entscheiden.

Instandhaltung der Systeme

RUAG unterstützt die Armee bei der Instandhaltung ihrer Systeme und trägt damit zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft bei. Die Unterhaltsleistungen sind zwischen der Armee und der RUAG in Service Level Agreements (SLA) definiert. Im Jahr 2018 konnte die Verfügbarkeit der Systeme im Rahmen der in den SLAs festgelegten Werte überall sichergestellt werden. Die Optimierung und Effizienzsteigerung der bestehenden Instandhaltungsaufträge mit dem VBS war auch im Berichtsjahr ein Schwerpunkt der Aktivitäten.

Der Gesamtumsatz mit dem VBS stieg im Berichtsjahr auf 611 Millionen (Vorjahr CHF 590 Mio.). Das VBS bleibt damit Schlüssel- und wichtigster Einzelkunde von RUAG.

Die in einem Medienbericht erhobenen Vorwürfe, RUAG stelle dem VBS überhöhte Rechnungen, bestreitet RUAG. Es wurden von der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK) im Rahmen eines im Jahr 2017 durchgeführten Audits keine Vertragsverletzungen in der Rechnungsstellung und unerlaubte Querfinanzierungen festgestellt. Um vollständige Klarheit zu schaffen, wird die EFK im Jahr 2019 eine zusätzliche, ausserplanmässige Prüfung durchführen.

2. Finanzielle Ziele

Der Nettoumsatz stieg 2018 auf 1998 Millionen (Vorjahr CHF 1955 Mio.) Die Profitabilität hat sich im vergangenen Jahr noch einmal verschlechtert und liegt nun mit einer EBIT-Marge von 5.3 Prozent (Vorjahr 6.1 %) unterhalb des vom Bundesrat definierten Zielbandes von 6 bis 8 Prozent. Das operative Betriebsergebnis (EBIT) sank um 10.8 Prozent auf 106 Millionen (Vorjahr CHF 119 Mio.). Der Reingewinn ging um 15 auf 74 Millionen zurück. Damit liegt die RUAG deutlich unter der Gewinnmarge vergleichbarer europäischer Unternehmen. RUAG verfügte Ende 2018 über ein Nettofinanzposition von 134 Millionen (Vorjahr CHF 77 Mio.), dh. RUAG war schuldenfrei.

Investitionen in Forschung und Entwicklung

RUAG investierte im Berichtsjahr 9 Prozent ihres Nettoumsatzes, resp. 179 Millionen in Forschung und Entwicklung (Vorjahr 9,2 % und CHF 181 Mio.).

Die eigenfinanzierten Forschungs- und Entwicklungskosten betrugen 46 Millionen (Vorjahr CHF 53 Mio.). Grös-

sere eigenfinanzierte Forschungs- und Entwicklungsprojekte führten die Divisionen Defence, Aviation und Ammotec durch.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche, sozialpartnerschaftliche, transparente und ethischen Grundsätzen verpflichtete Personalpolitik gemäss nationalen Standards

Der durchschnittliche Personalbestand betrug 2018 9127 Mitarbeitende (Vollzeitstellen inkl. Lernende und Temporär Angestellte) und lag damit 0.7 Prozent unter dem Vorjahreswert. 4360 Mitarbeitende wurden in der Schweiz beschäftigt (Vorjahr 4431).

Der Reduktion des durchschnittlichen Personalbestandes im Berichtsjahr von 0.7 Prozent stand ein Umsatzwachstum von 2.2 Prozent gegenüber. D.h. der Umsatz je Mitarbeitenden hat sich 2017 gegenüber dem Vorjahr wieder erhöht.

Engagement für die Berufsbildung

In allen Sprachregionen der Schweiz werden insgesamt 328 Lernende ausgebildet (Vorjahr 319).

An den letzten SwissSkills, den zentralen Schweizer Berufsmeisterschaften in Bern, haben sich zehn RUAG Lernende aus fünf verschiedenen Berufen für die Wettkampfteilnahme qualifiziert und insgesamt vier Medaillen geholt. Die beiden Goldmedaillengewinner von RUAG werden ihre Kompetenzen im August 2019 im russischen Kasan an der 45. Berufsweltmeisterschaften, den WorldSkills, erneut unter Beweis stellen. Damit ist RUAG das einzige Unternehmen in der Schweiz, das sechs Mal in Folge an den WorldSkills teilnimmt.

Der technische Deckungsgrad der Personalvorsorgeeinrichtung VORSORGE RUAG sank im Jahresvergleich auf 101,1 Prozent (Vorjahr 103,3 %); der ökonomische Deckungsgrad stieg auf 96 Prozent (Vorjahr 91,1 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

2018 hat Clearswift – das britische Unternehmen für Cyber-Security – einen Umsatz von 32 Millionen erzielt (Vorjahr CHF 25 Mio.).

RUAG Aerostructures konnte die Produktionsrate im Airbus-Single-Aisle-Programm erhöhen. Das führte einerseits zu einer erheblichen Umsatzsteigerung. Jedoch war der damit verbundene Kapazitätsaufbau und die teilweise Verlagerung der Produktion nach Ungarn mit Schwierigkeiten verbunden, die sich in einem negativen Betriebsergebnis niederschlugen. Dies wirkte sich negativ auf die Profitabilität des RUAG-Konzerns aus.

RUAG Space hat den Rückgang des Weltraumgeschäfts in Europa durch einen Ausbau der Aktivitäten im US-Markt ausgeglichen. In Decatur, Alabama, wurde die erste für den Weltraumeinsatz bestimmte Nutzlastverkleidung fertiggestellt. Sie wird 2020 mit einer Atlas-5-Rakete für

eine Mission der amerikanischen Regierung den Erstflug absolvieren.

RUAG Ammotec konnte den rückläufigen Weltmarkt im Segment Jagd & Sport durch ein starkes Wachstum im Segment Armee & Behörden mehr als wettmachen. Ein grosser Auftrag des VBS und Aufträge für europäische Armeen haben zu einem guten Geschäftsergebnis geführt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die beiden Berichte der Revisionsstelle KPMG AG, Gümligen-Bern, zur Konzernrechnung der RUAG-Gruppe und zur Jahresrechnung der RUAG Holding AG erfolgen ohne Einschränkungen, Hinweise oder Zusätze.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die ordentliche Generalversammlung 2019 fand am 2. Mai 2019 statt. Der Verwaltungsrat beantragte,

1. die Berichte der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen und den Geschäftsbericht, die Konzernrechnung 2018 sowie die Jahresrechnung 2018 der RUAG Holding AG zu genehmigen;
2. der Ergebnisverwendung der RUAG Holding AG inkl. Ausschüttung einer Dividende von 30 Millionen Franken zuzustimmen;
3. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung die Entlastung zu erteilen;
4. die bisherigen Verwaltungsräte Dr. Remo Lütolf, Markus Hutter, Paul Häring, Prof. Dr. Sibylle Minder Hochreutener, Jürg Oleas und Dr. Marie-Pierre de Baillien-court für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr wieder zu wählen;
5. Dr. Remo Lütolf als Präsident des Verwaltungsrates für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zu wählen;
6. die externe Revisionsstelle KPMG AG für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr wieder zu wählen;
7. auf die Festsetzung einer Obergrenze der Gesamtschädigung des Verwaltungsrates 2020 (inkl. VRP) aufgrund der Entflechtung der RUAG Holding AG sowie der damit in 2019 und 2020 verbundenen Umstrukturierung der Gesellschaftsstruktur vorläufig zu verzichten und diesen Entscheid anlässlich einer ausserordentlichen Generalversammlung zu fällen;
8. die Honorare und Nebenleistungen für die Verwaltungsratsmitglieder wie folgt zu gestalten:
 - Verwaltungsratspräsident: CHF 180'000
 - Verwaltungsratsvizepräsident: CHF 110'000
 - Verwaltungsratsmitglied (übrige): CHF 85'000
 - Nebenleistungen (Spesen): 10 % des Honorars;
9. auf die Festsetzung einer Obergrenze der Gesamtschädigung der Konzernleitung 2020 aufgrund der Entflechtung der RUAG Holding AG sowie der damit in 2019 und 2020 verbundene Umstrukturierung der Gesellschaftsstruktur vorläufig zu verzichten und diesen Entscheid anlässlich einer ausserordentlichen Generalversammlung zu fällen;

10. vorbehältlich der jährlichen Lohnrunde auf Erhöhungen (inkl. Zulagen, Spesen etc.) für die Mitglieder der Konzernleitung zu verzichten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 22. März 2019 die Vorsteherin des VBS beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an der 20. ordentlichen Generalversammlung der RUAG Holding AG zuzustimmen.

Eidgenössische Finanzmarktaufsicht FINMA

Internet: www.finma.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Bauer (Präsident), Marlene Amstad (Vizepräsidentin), Philippe Egger (bis 31.1.2018), Bernard Keller, Yvan Lengwiler, Günter Pleines, Renate Schwob, Martin Suter, Franz Wipfli

Direktor: Mark Branson

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre dritte Strategieperiode (2017–2020) wurden vom Bundesrat am 16. November 2016 genehmigt. Nach der Hälfte der laufenden Strategieperiode kann die FINMA wesentliche Fortschritte bei der Umsetzung ihrer strategischen Ziele ausweisen.

Für die kommenden zwei Jahre stehen noch wichtige Arbeiten an. Die Entwicklung von glaubwürdigen Notfallplänen für die systemrelevanten Banken ist für die FINMA wie auch für den Finanzplatz Schweiz von zentraler Bedeutung. Ohne glaubwürdige Notfallpläne und solide rechtliche Grundlagen für den Krisenfall ist die «Too-big-to-fail»-Problematik noch nicht ausreichend entschärft. Daneben muss die Aufsicht über das Geschäftsverhalten der Beaufsichtigten ein Schwerpunkt der Aufsichtstätigkeit der FINMA bleiben. Als weitere Priorität für die nächsten Jahre gilt die erfolgreiche Umsetzung der neuen Aufgaben im Zusammenhang mit FIDLEG und FINIG.

Aktuelle Umfeldentwicklungen stellen die FINMA vor besondere Herausforderungen in ihrem Kernauftrag der Aufsicht. Negativzinsen, die historisch sehr hohe Bewertung mehrerer Anlageklassen, politische Entwicklungen im grenzüberschreitenden Geschäft und technologische Innovationen bringen grundlegende Veränderungen sowie neue Risiken. Der Konsolidierungstrend bei Banken und einigen Versicherungssparten hält an.

Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2018 mit einem Gewinn von 11,9 Millionen Franken ab. Haupterlös des Rechnungsjahres 2018 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 104,3 Mio.). Der grösste Aufwandsposten ist der Personalaufwand in Höhe von 95,5 Millionen Franken. Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA verblieb im Jahr 2018 bei 492 Vollzeitstellen.

Kennzahlen	2018	2017
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	130,5	133,0
Reingewinn (Mio. CHF)	11,9	11,6
Bilanzsumme (Mio. CHF)	165,0	148,0
Reserven FINMAG (Mio. CHF) ¹⁾	83,8	72,2
Eigenkapitalquote in % ²⁾	28,8	29,1
Personalbestand (Vollzeitstellen) ³⁾	492,0	492,0
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Betriebsaufwand (Mio. CHF)	117,9	120,7
Personalaufwand (Mio. CHF)	95,5	97,3
Technischer Deckungsgrad PUBLICA in %	101,1	107,4
Ökonomischer Deckungsgrad PUBLICA in %	79,4	80,7
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	104,3	107,8
Gebühren (Mio. CHF)	25,2	24,5

¹⁾ Nach Art. 16 FINMAG muss die FINMA innerhalb einer angemessenen Frist Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden.

²⁾ Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aus dem Vorsorgewerk FINMA werden direkt im Eigenkapital erfasst.

³⁾ Es handelt sich sowohl um befristete als auch um unbefristete Stellen.

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Die strategischen Ziele der FINMA für ihre dritte Strategieperiode (2017–2020) beziehen sich auf sieben Bereiche.

(1) Finanzstabilität und prudenzielle Aufsicht: Die FINMA sorgt für eine starke Kapitalisierung von Banken und Versicherungen.

Die Banken weisen eine starke Eigenmittelausstattung auf, oft über dem geforderten Minimum. Die beiden global

* Strategische Ziele: <https://www.finma.ch/de/finma/ziele/strategische-ziele/>

systemrelevanten Banken (Credit Suisse und UBS) konnten ihre Kapitalbasis teilweise ausbauen. Das Kapital für eine allfällige Sanierung oder Abwicklung in einer Krise («Bail-in Bonds») wird konsequent aufgebaut.

Die Versicherungsbranche stützt sich auf sehr solide Solvenzquoten, die fast in allen Sparten leicht zugenommen haben, am deutlichsten jedoch in der Lebensversicherung. Die Einführung oder Überarbeitung von Standardmodellen für den Schweizer Solvenzttest «SST» ist in den meisten Bereichen abgeschlossen.

Im Übrigen intensivierte die FINMA im Berichtsjahr ihre Aufsichtshandlungen im Zusammenhang mit den erhöhten Risiken im Immobilien- und Hypothekarmarkt, insbesondere durch gezielte Vor-Ort-Kontrollen. Direkte Kontrollen bei Banken und Versicherungen wurden auch mit Blick auf Outsourcing-Risiken durchgeführt. Weiter wurden die konzeptionellen und organisatorischen Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der neuen «Fintech»-Lizenz vorangetrieben.

Im nächsten Jahr möchte die FINMA den differenzierten Ansatz in der Aufsicht von kleinen und risikoarmen Beaufsichtigten weiter stärken. Zudem soll erneut ein besonderer Fokus auf die Risiken im Zusammenhang mit den Ungleichgewichten im Immobilien- und Hypothekarmarkt gelegt werden. Weitere thematische Aufsichtsschwerpunkte stellen «Cyber»-Risiken, der Umgang mit «Brexit» und die Ablösung von Referenzzinssätzen wie dem «LIBOR» dar.

(2) Geschäftsverhalten / Enforcement: Die FINMA beeinflusst das Geschäftsverhalten der Finanzinstitute, insbesondere bei der Bekämpfung von Geldwäschereipraktiken, nachhaltig positiv.

«Conduct»-Themen wie etwa Geldwäschereibekämpfung, Marktintegrität, «Suitability» und grenzüberschreitendes Dienstleistungsgeschäft sind vollständig in die standardisierten Prozesse der laufenden Aufsicht integriert. Im Rahmen von «Enforcement»-Verfahren verhängte die FINMA unter anderem langjährige Tätigkeits- und Berufsverbote gegen Händler und zog unrechtmässig erzielte Gewinne in Millionenhöhe ein.

Im Bereich der privaten Krankenversicherung veranlasste die FINMA zum Schutz der Versicherten unter anderem diverse Tarifsenkungen oder lehnte beantragte Tarifierhöhungen ab, soweit diese keine ausreichende versicherungstechnische Grundlage aufwiesen. Zudem fokussierte sie sich im Bereich der unerlaubten Tätigkeiten aktiv auf die Suche nach unseriösen «Blockchain»-basierten Geschäftsmodellen.

2019 möchte die FINMA ihre intensive Geldwäschereiaufsicht fortsetzen und die Lehren aus den vergangenen Verfahren in ihre Aufsicht einfließen lassen. Im «Suitability»-Bereich ist geplant, den Vorbereitungsstand von Beaufsichtigten auf das Inkrafttreten des neuen Finanzdienst-

leistungsgesetzes zu prüfen. Auch wird die FINMA weiterhin intensiv mit den Themenkomplexen «Blockchain» und «Initial Coin Offerings (ICO)» beschäftigt sein.

(3) Resolution: Das Too-big-to-fail-Problem ist mit funktionsfähigen Notfallplänen und glaubwürdigen Resolution-Strategien entschärft.

Die Fortschritte bezüglich der Sanier- und Abwickelbarkeit der zwei global systemrelevanten Banken erlaubte es der FINMA, individuelle Rabatte auf die «Gone-Concern»-Kapitalkomponente zu gewähren. Zudem wurden die neuesten Notfallplan-Entwürfe der zwei Grossbanken geprüft und die wesentlichen Verbesserungspunkte identifiziert.

Mit den drei inlandorientierten systemrelevanten Banken (PostFinance, Raiffeisen und ZKB) erzielte die FINMA weniger Fortschritte bei der Erarbeitung von glaubwürdigen «Resolution»-Strategien und Notfallplänen. Allgemeine Ansätze für «Resolution»-Strategien sowie Notfallplan-Entwürfe liegen vor.

Im nächsten Jahr will sich die FINMA dafür einsetzen, dass beide global systemrelevanten Banken bis Ende des Jahres glaubwürdige und umsetzbare Notfallpläne einreichen. Bei den drei inlandorientierten systemrelevanten Banken steht weiter die Festlegung der konkreten «Resolution»-Strategien im Vordergrund. Darauf basierend sollen dann auch glaubwürdige Notfallpläne entwickelt werden. Zudem steht im Bereich der systemisch bedeutsamen Finanzmarktinfrastrukturen die konkrete Definition der «Resolution»-Strategien an.

(4) Begleitung des Strukturwandels: Bei der Bewältigung des Strukturwandels im Finanzmarkt trägt die FINMA positiv zur Systemstabilität und zum Gläubiger- und Versicherungerschutz bei.

Die FINMA setzt verstärkt auf den Einsatz externer Liquidatoren und Konkursverwalter. So konnte die Erledigungsrate der Verfahren erhöht und die knappen personellen Ressourcen gezielt für die Koordination und Überwachung der Verfahrensabwicklung eingesetzt werden.

2019 wird die FINMA gezielt Prüfungen bei Banken und Versicherungen, die sich in Abwicklung befinden, durchführen, um sicherzustellen, dass die Interessen der Gläubiger und Versicherten angemessen geschützt und die Abwicklungskosten adäquat finanziert sind. Sollte im Börsenbereich die EU-Kommission die Äquivalenzanerkennung nicht rechtzeitig verlängern, wird die FINMA ihre Aufsicht in diesem Bereich intensivieren und die allfälligen Eventualmassnahmen des Bundesrates im Kompetenzbereich der FINMA umsetzen.

(5) Innovationsfreundliche Regulierung: Die FINMA setzt sich dafür ein, dass für innovative Geschäftsmodelle unnötige wettbewerbsbehindernde Regulierungshürden abgebaut und geeignete Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Bei der Schaffung der neuen Bewilligungskategorie für «Fintech»-Unternehmen unter Federführung des SIF wirkte die FINMA mit. Ihre Vorgaben zu den Sorgfaltspflichten im Bereich der Video- und Online-Identifikation von Kunden passte sie aufgrund der ersten Praxiserfahrungen und des weiteren technologischen Wandels an. Zudem veröffentlichte die FINMA mit Blick auf die Themen «Fintech» und «ICO» Wegleitungen und organisierte dazu Roundtable-Veranstaltungen in Zug, Genf und Lugano.

Weiter arbeitete sie an einem Konzept für ein «Kleinbankenregime», das die Komplexität und Dichte der Regulierung für besonders sichere Kleinbanken reduzieren soll, ohne den Gläubigerschutz und die Finanzstabilität zu gefährden.

Im nächsten Jahr will sich die FINMA insbesondere mit der finalen Ausarbeitung des «Kleinbankenregime» unter Federführung des SIF befassen. Auch wird sie dafür sorgen, dass die Gesuche für eine «Fintech»-Lizenz effizient behandelt werden. In der vom SIF eingesetzten Arbeitsgruppe «Blockchain / ICO» will sie technische Unterstützung leisten.

(6) Regulierung allgemein: Die FINMA setzt sich für eine prinzipienbasierte Finanzmarktregulierung ein und fördert eine intelligente Äquivalenz mit den relevanten internationalen Vorschriften.

Bei den vom SIF geleiteten Rechtsetzungsprojekten (insbesondere FIDLEG / FINIG und VAG-Revision) stellte die FINMA technisches Expertenwissen zur Verfügung und vertrat ihre Aufsichts Anliegen. Zudem leistete sie mit der Revision ihrer Geldwäschereiverordnung einen Beitrag zur Umsetzung der Empfehlungen infolge des Länderexamens der FATF.

2019 wird die FINMA fortfahren mit der Ausarbeitung der technischen Ausführungsbestimmungen zu FIDLEG und FINIG, die in ihrer Kompetenz liegen. Zudem wird sie die vom SIF geleiteten Rechtsetzungsprojekte weiterhin unterstützen (insbesondere FIDLEG / FINIG, VAG-Revision, Bankeninsolvenzrecht, «Basel III»).

(7) Effizienz / Betriebliches: Grundsätzlich steigen die Kosten der Aufsicht nur, falls der Gesetzgeber neue Aufgaben erlässt. Durch eine konsequente Risikoorientierung und eine klare Priorisierung, sowohl in der eigenen Aufsichtstätigkeit als auch in der Aufsichtsprüfung, werden weitere Effizienzgewinne erzielt.

Konkrete Massnahmen zur Optimierung des Kosten-Nutzen-Verhältnisses im Prüfwesen wurden verankert. Diese werden gemäss FINMA zu einer Reduktion des Prüfolumens in der Basisprüfung und somit zu beträchtlichen Kosteneinsparungen bei den beaufsichtigten Banken und «Asset Managern» führen. Zudem wurde eine neue digi-

tale Erhebungsplattform eingeführt, die es ermöglicht, Datenerhebungen effizient durchzuführen und die erhobenen Daten direkt zu verarbeiten.

Kosten und Personalbestand der FINMA sind seit Jahren weitgehend stabil. Die neuen Aufgaben im Zusammenhang mit FIDLEG und FINIG werden jedoch bereits 2020 zu einer Zunahme der Kosten der FINMA führen. Eine erweiterte Nutzung digitaler Instrumente steht auch künftig wieder im Vordergrund. Die FINMA wird 2019 zudem die im Prüfwesen erfolgten Anpassungen operativ implementieren.

2. Finanzielle Ziele

Die Kosten der Finanzmarktaufsicht werden vollständig durch die Beaufsichtigten finanziert. Bundesgelder werden keine beansprucht. Die FINMA schliesst das Geschäftsjahr 2018 mit einem Gewinn von 11,9 Millionen Franken ab. Dies sind 0,3 Millionen Franken mehr als im Vorjahr (+2,2 %). Haupterlös des Rechnungsjahres 2018 bilden die von den Beaufsichtigten erhobenen Aufsichtsabgaben (CHF 104,3 Mio. / 2017: CHF 107,8 Mio.; -3,2 %). Der grösste Aufwandposten ist der Personalaufwand in Höhe von 95,5 Millionen Franken (2017: CHF 97,3 Mio.; -1,9 %).

Für die Ausübung ihrer Aufsichtstätigkeit muss die FINMA gemäss Art. 16 Finanzmarktaufsichtsgesetz (FINMAG, SR 956.1) Reserven im Umfang eines Jahresbudgets bilden. Die Reserven werden jedes Jahr im Umfang von 10 Prozent der jährlichen Gesamtkosten je Aufsichtsbe- reich geäufnet, bis sie den Umfang eines Jahresbudgets erreicht oder wieder erreicht haben. Die Reserven wurden bislang entlang der gesetzlichen Anforderungen gebildet. Aufgrund der Entwicklung der Kostensituation der FINMA im unmittelbaren Nachgang der Finanzkrise beträgt die Reserve Ende des zehnten Jahres des Bestehens der FINMA jedoch nicht wie erwartet 100 Prozent des Jahresbudgets, sondern liegt derzeit bei rund 80 Prozent. Die Äufnung wird somit über einen verlängerten Zeitraum vorgenommen.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der durchschnittliche Personalbestand der FINMA verblieb im Jahr 2018 bei 492 Vollzeitstellen (+0 %). Die gemäss Lohngleichheitsinstrument des Bundes gemessenen Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen betragen 3,1 Prozent (2017: 3,1 %) und liegen somit innerhalb der Toleranzschwelle von 5,0 Prozent.

Per 1. Januar 2019 wird die Pensionskasse des Bundes PUBLICA die Berechnungsgrundlagen für alle ihre Vorsorgewerke anpassen und den Umwandlungssatz für künftige Renten senken. Anlässlich dieses Entscheids hat das paritätische Organ des Vorsorgewerks FINMA geeignete marktübliche Abfederungsmassnahmen beschlos-

sen und bei der Vorsorgelösung Änderungen angestossen. Dank dieser Massnahmen bleiben für alle FINMA-Mitarbeitenden rund 95 Prozent des bisherigen Leistungsniveaus erhalten. Der Bundesrat genehmigte die Anpassungen im Vorsorgewerk FINMA im Frühling 2018.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die FINMA beteiligt sich aktiv an den Tätigkeiten verschiedener internationaler Gremien im Finanzbereich. Auch hat sie mit verschiedenen Aufsichtsbehörden Vereinbarungen zur Zusammenarbeit abgeschlossen.

Demgegenüber ist die FINMA weder an Kooperationen beteiligt, noch hält sie Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Jahresrechnung wurde von der Revisionsstelle der FINMA, der Eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK), geprüft. Gemäss ihrem Bericht vom 7. März 2019 bestätigt die EFK, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie «Cashflows» in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem FINMAG entspricht. Auch existiert für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit dem Finanzkontrollgesetz (FKG, SR 614.0) und dem Schweizer Prüfungsstandard 890 ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrats der FINMA ausgestaltetes internes Kontrollsystem. Die EFK empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Beschlüsse des Bundesrates

Nach Art. 21 Abs. 2 FINMAG finden zwischen dem Bundesrat und der FINMA mindestens einmal im Jahr institutionalisierte Gespräche zur Strategie der Aufsichtstätigkeit sowie zu aktuellen Fragen der Finanzplatzpolitik statt. Die letzte jährliche Aussprache zwischen Bundesrat und FINMA war am 14. November 2018.

Den Geschäftsbericht 2018 der FINMA genehmigte der Bundesrat am 22. März 2019.

D. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Am 6. März 2018 überwies der Nationalrat das Postulat 17.3566, Vogler Karl, *Transparenz über Kostenfolgen der FINMA-Rundschreiben*. Dieses verlangt vom Bundesrat, in einem Bericht aufzuzeigen, welche Kosten den betroffenen Finanzinstituten durch Regulierung der FINMA in Form von Rundschreiben entstehen.

Nachdem im Nationalrat (Erstrat) am 13. Dezember 2017 die Annahme der Motion 17.3317, Landolt Martin, *Klare*

Verantwortlichkeiten zwischen Finanzmarktpolitik und Finanzmarktaufsicht, beschlossen worden war, nahm am 13. Dezember 2018 auch der Ständerat (Zweitrat) die Motion an.

Am 3. Juli 2018 schloss die Geschäftsprüfungskommission des Ständerates ihre Arbeiten zur Einhaltung des Legalitätsprinzips durch die FINMA aufgrund einer Aufsichtseingabe ab und erkannte keinen weiteren Handlungsbedarf seitens der parlamentarischen Oberaufsicht.

Schweizerische Exportrisikoversicherung SERV

Internet: www.serv-ch.com

Sitz: Zürich

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Thomas Daum (Präsident), Barbara Hayoz (Vizepräsidentin), Caroline Gueissaz, Burkhard Huber, Christoph Meier, Laura Sadis, Anne-Sophie Spérisen, Reto Wyss, Urs Ziswiler

CEO: Peter Gisler

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Die SERV hat die schweizerische Exportwirtschaft auch im Jahr 2018 in einem schwierigen Umfeld wirkungsvoll unterstützt. Insgesamt stellte die SERV im Berichtsjahr 934 Grundsätzliche Zusagen (GV) und Versicherungen bzw. Garantien (VP) in der Höhe von 5252,0 Millionen Franken aus (Neuexposure). Der Anstieg des Exposure, trotz konstant bleibender Anzahl Geschäfte, ist auf den Abschluss mehrerer Grossgeschäfte, darunter die Deckung für die Lieferung eines 1,5 GW Gaskombikraftwerks nach Brasilien, zurückzuführen.

Der Exposurebestand (GV und VP) beträgt Ende 2018 8673,8 Millionen. Das Eigenkapital der SERV stieg auf 2,7 Milliarden Ende 2018 an, weshalb die SERV trotz der starken Zunahme des Neuengagements über eine gute Risikotragfähigkeit verfügt. Da die SERV Ende 2018 starke Anzeichen aus dem Markt hatte, dass es bereits 2019 kurz- bis mittelfristig zu einer vollständigen Ausnutzung des Verpflichtungsrahmens kommen wird, beschloss der Bundesrat im Dezember 2018 die Erhöhung des Verpflichtungsrahmens von 14 auf 16 Milliarden Franken. Am 31.12.2018 war der Verpflichtungsrahmen zu 71 Prozent ausgelastet.

Die SERV hält sich an das Subsidiaritätsprinzip und berücksichtigt in ihrer Geschäftstätigkeit die ausserpolitischen Grundsätze der Schweiz. Sie berücksichtigt die Anliegen externer Anspruchsgruppen, indem sie bei Versicherungsgeschäften der Nachhaltigkeit eine hohe Priorität zukommen lässt und mit den Organisationen der Zivilgesellschaft den Informationsaustausch sicherstellt. Auch mit den Privatversicherern pflegt sie einen regelmässigen, konsultativen Austausch.

Im Jahr 2018 übertrifft die SERV dank hoher Prämien aus einigen Grossprojekten das Ziel Eigenwirtschaftlichkeit um 53,8 Millionen. Der Unternehmensgewinn fällt dagegen mit 2 Millionen nur knapp positiv aus, weil ein hoher Schadenaufwand zu verbuchen war und die Umschuldungserträge zurückgingen.

Die SERV setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein und bildet drei Lernende aus. Im Jahr 2018 stieg der Personalbestand infolge des gestiegenen Arbeitsaufwands von 51 (2017) auf 53 Mitarbeitende.

Der Bundesrat kommt zum Schluss, dass die SERV mit der Erreichung ihrer strategischen Ziele im Jahr 2018 auf Kurs und in der Lage ist, mit ihren Produkten die Exporteure weiterhin tatkräftig zu unterstützen.

Kennzahlen	2018	2017
Finanzen und Personal		
Prämieneträge (Mio. CHF)	94,5	64,1
Reingewinn (Mio. CHF)	2,0	69,8
Eigenwirtschaftlichkeit (Mio. CHF)	53,8	13,1
Personalbestand (Anzahl VZÄ)	50,00	47,8
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Exposurebestand (Mio. CHF)*	8 673,8	8 257,4
Neuexposure (Mio. CHF)*	5 252,0	4 141,0
Neuexposure (Anzahl Policen)	934	933
Schadenzahlungen (Mio. CHF)	72,8	39,6
Schadenaufwand (Mio. CHF)	104,5	10,0
Kapital (in Mio. CHF)	2 770,3	2 768,3
Technischer Deckungsgrad der Pensionskasse (%)	108,9	117,6
Ökonomischer Deckungsgrad der Pensionskasse (%)	93,3	100,9
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

* Die Methode zur Berechnung des Exposure wurde 2018 revidiert. Zur besseren Vergleichbarkeit werden die Zahlen für 2017 ebenfalls gemäss neuer Berechnungsmethode ausgewiesen.

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

- *Aktive Unterstützung schweizerischer Exporteure*

Die SERV stellte 2018 Grundsätzliche Zusagen (GV) sowie Versicherungen und Garantien (VP) in der Höhe von 5252,0 Millionen Franken aus (Neuexposure). Dies entspricht einer Zunahme der Nachfrage gegenüber dem Jahr 2017 von gut 1,1 Milliarden. Auch das Volumen der neu ausgestellten VP (Neuengagement) hat im Vergleich zu 2017 (CHF 2183,1 Mio.) einen Anstieg von 84 Prozent auf 4027,7 Millionen zu verzeichnen. Die Anzahl neu ausgestellter GV und VP bleibt mit 934 im Vergleich zu 933

* Strategische Ziele: <https://www.serv-ch.com/organisation/ueber-die-serv/>

im Vorjahr weiterhin hoch. Die Zunahme des Neuengagements ist hauptsächlich auf die erhöhte Anzahl versicherter Grossgeschäfte zurückzuführen.

Diese Entwicklung widerspiegelt sich im markanten Anstieg der verdienten Prämien auf 94,5 Millionen (Vorjahr CHF 64,1 Mio.). Gleichzeitig nahm der Schadenaufwand von sehr tiefen 10 Millionen im Jahr 2017 auf ausserordentliche 104,5 Millionen zu, wozu allein Wertberichtigungen und Rückstellungen 80 Millionen beitrugen. Zusammen mit dem Rückgang der Erträge aus Umschuldungen und den ausbleibenden Zinserträgen resultierte ein Unternehmenserfolg von 2,0 Millionen.

- *Exportfinanzierung durch den Finanzmarkt gezielt unterstützen*

Die SERV arbeitet im Rahmen der Exportfinanzierung eng mit den Akteuren des Finanzsektors zusammen. Sie beobachtet dabei seit einigen Jahren vermehrt Schwierigkeiten bei der Exportfinanzierung, insbesondere von Kleingeschäften. Die SERV verfolgt diese Entwicklung aufmerksam und hat im Jahr 2018 bereits erfolgreiche Bemühungen unternommen, dem entgegenzuwirken. In verschiedenen Grossgeschäften bewies die SERV ihre Innovationsfähigkeit. Erwähnenswert ist insbesondere ein 1,5 GW Gaskombikraftwerk von GE in Porto de Sergipe in Brasilien. Die SERV unterstützt mit einer Käuferkreditversicherung über umgerechnet einer Milliarde Franken, eine Projektfinanzierung in Lokalwährung, welche über eine Kombination von im US-Kapitalmarkt platzierten Bonds (von der SERV gedeckt) und Krediten von multilateralen Finanzinstitutionen finanziert wird. Die Deckung solcher Project-Bonds durch eine staatliche Exportkreditversicherung (ECA) ist bis anhin einzigartig und erzielte im Markt viel Resonanz.

- *Förderung des Zugangs der KMU zu den Exportfinanzierungsinstrumenten*

Die Nachfrage nach den seit 2016 definitiv ins Gesetz übernommenen Liquiditätsprodukten (Fabrikationskreditversicherung und Bondgarantie) bleibt, insbesondere von Seiten der KMUs, weiterhin hoch. Der Anteil der KMU am Gesamtkundenstamm liegt im langjährigen Durchschnitt bei rund zwei Drittel der insgesamt 334 aktiven Kunden. Versicherungen für KMU machen damit fast 70 Prozent des SERV-Geschäfts aus, das entsprechende Exposure liegt aber unter 25 Prozent des Gesamtexposure.

Die Kundenzufriedenheits-Umfrage 2018 ergab eine sehr gute Bewertung der SERV und ihrer Dienstleistungen. Um dieses Niveau zu halten arbeitet die SERV intensiv an der Verbesserung, ihrer Effektivität. 2018 führte sie mit Hilfe eines Beratungsunternehmens eine umfassende Analyse ihrer Geschäftsprozesse durch. Ziel war es, die Geschäftsabwicklung der SERV kritisch zu überprüfen, Optimierungsvorschläge zu entwickeln und eine tragfähige Basis für die laufende Modernisierung der IT zu schaffen. Das Optimierungspotential ist erkannt und die SERV wird

weiter dem Zugang der KMU hohe Priorität zukommen lassen.

- *Berücksichtigung der Grundsätze der schweizerischen Aussenpolitik und der völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz*

In ihrer Geschäftstätigkeit berücksichtigt die SERV die aussenpolitischen Grundsätze sowie die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Bundes. Seit 2008 verwendet sie dabei ein integriertes Compliance-Prüfverfahren und hält sie sich an die Empfehlungen der Umwelt und Sozialleitlinien („Common Approaches“) der OECD. Im Jahr 2018 wurden 89 GV und 221 VP unter den «Common Approaches» geprüft; dies entspricht rund einem Drittel der in diesem Jahr ausgestellten VP und GV. Die SERV unterstützt das SECO bei den Verhandlungen der internationalen Standards im Bereich Exportkreditfinanzierung auf Stufe OECD und der international Working Group on Export Credits. Ausserdem ist die SERV an den Umschuldungsverhandlungen des Pariser Clubs beteiligt.

- *Berücksichtigung externer Anspruchsgruppen*

Ein jährlich durchgeführter Dialog mit den Organisationen der Zivilgesellschaft stellt den Einbezug von deren Anliegen in die Geschäftspolitik der SERV sicher.

Die SERV hält sich an das Subsidiaritätsprinzip und versichert gemäss Art. 5 SERV-V keine marktfähigen Risiken. Bei der Abgrenzung zwischen marktfähigen und nicht-marktfähigen Risiken orientiert sie sich an der Praxis der EU. Demnach versichert die SERV kurzfristige Exportkredite in Länder mit grundsätzlich marktfähigen Risiken nur, wenn die privaten Versicherungen eine Deckung ablehnen. Die Anzahl dieser Ausnahmen bewegt sich im langjährigen Durchschnitt stabil und lag im Jahr 2018 bei 3 Prozent aller Geschäfte.

2. Finanzielle Ziele

2018 hat die SERV die Methode zur Berechnung des Exposures und des Engagements revidiert. In der Vergangenheit wurden die Zinsbeträge aller zukünftigen Zinsperioden über die Gesamtlaufzeit eines Exportkredits aufaddiert, was aus der Sicht der SERV zu einem unrealistisch hohen Exposure- bzw. Engagement-Ausweis führte. Neu werden nur noch die Zinsbeträge für eine Zinsperiode (6 Monate) dem Exposure bzw. Engagement zugerechnet. Zudem wird das Engagement nach Abzug von Rückversicherungen bei staatlichen ECAs ausgewiesen. Die geänderte Berechnung wirkt sich auch auf den Eigenwirtschaftlichkeits- und den Kapitalnachweis aus. Für die Vergleichbarkeit werden die Werte für 2017 nach der neuen Berechnungsmethode dargestellt.

2018 weist die SERV ein durchgehend positives «Loading» aus; die verdienten Prämien übersteigen also den Betrag, welcher für die Deckung des versicherungstechnischen Risikos nötig ist. Auch die Eigenwirtschaftlichkeitsrechnung auf Betriebsebene (Eigenwirtschaftlichkeit

1) fällt mit 53,8 Millionen positiv aus. Da keine Zinserträge aus Geldanlagen erzielt werden, fällt die Eigenwirtschaftlichkeit auf Unternehmensebene (Eigenwirtschaftlichkeit 2) gleich aus.

Das Gesamtkapital hat sich mit dem Unternehmenserfolg von 2,0 Millionen Ende 2018 auf 2770,3 Millionen erhöht. Gegenüber der Eröffnungsbilanz von 2007 beträgt die Zunahme 742,1 Millionen. Die Risikotragfähigkeit konnte damit über die Jahre erheblich gestärkt werden. Da die SERV Ende 2018 starke Anzeichen aus dem Markt hatte, dass es bereits im Jahr 2019 zu einer vollständigen Ausnutzung des Verpflichtungsrahmens kommen könnte, beantragte sie dem Bundesrat die Erhöhung des Verpflichtungsrahmens von 14 auf 16 Milliarden Franken, was im Dezember genehmigt wurde. Der erhöhte Verpflichtungsrahmen ist per 31.12.2018 mit 71 Prozent ausgenutzt.

3. Personalpolitische Ziele

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die SERV sich mit ihrer Personal- und Entlohnungspolitik als attraktive, konkurrenzfähige und familienfreundliche Arbeitgeberin positionieren kann. Der Personalbestand belief sich per Ende 2018 auf 53 Mitarbeitende (exklusive 3 Auszubildende, zwei Praktikantinnen und zwei temporär Arbeitende), d.h. insgesamt 50,00 Vollzeitäquivalente. Gründe für die leichte Zunahme gegenüber dem Vorjahr sind die zunehmende Komplexität der beantragten Geschäfte, die wachsende Zahl der Schaden-/Recovery-Fälle und das damit einhergehende höhere Arbeitsvolumen. Ein wichtiger Fokus im Jahr 2018 lag auf dem Change-Management, wobei damit Prozessoptimierungen und Veränderungen in der Organisationsstruktur einhergehen. Zudem wurde im Verlauf des Berichtsjahres das Lohnsystem unter Berücksichtigung externer Benchmarks überarbeitet. Der SERV wurde 2018 zertifiziert, dass sie die Lohngerechtigkeit in Bezug auf das Geschlecht einhält.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die langjährige Kooperation mit der Geschäftsstelle des Schweizer Wirtschaftsverbandes für Chemie, Pharma und Biotech (Scienceindustries) im Zusammenhang mit der Ausstellung von Globalpolicen für die Mitgliedsfirmen des Verbandes wurde 2018 fortgesetzt. Die SERV ist keine neuen Beteiligungen eingegangen.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG) hat die Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz, Geldflussrechnung, Erfolgsrechnung nach Sparten, Bilanz nach Sparten und Anhang) sowie den Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis für das Geschäftsjahr 2018 geprüft. Nach ihrer Beurteilung entsprechen die Jahresrechnung sowie der Eigenwirtschaftlichkeitsnachweis den im Geschäftsbericht veröffentlichten, Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätzen.

Sie bestätigt, dass gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ein ausgestaltetes internes Kontrollsystem (IKS) existiert.

C. Anträge an den Bundesrat

Dem Bundesrat wurden der Geschäftsbericht 2018 der SERV einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung und der Bericht des Verwaltungsrates der SERV betreffend die Erreichung der strategischen Ziele 2018 sowie der Bericht der Revisionsstelle vom 22. Februar 2019 zur Kenntnisnahme unterbreitet. Des Weiteren wurde dem Bundesrat die Bestätigung der Revisionsstelle vorgelegt.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat die ihm gemäss Buchstabe C. unterbreiteten Berichte am 3. April 2019 genehmigt bzw. zur Kenntnis genommen und den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Im April 2017 publizierte die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) ihren Bericht über die Umsetzung des gesetzlichen Auftrags und der strategischen Ziele der Exportrisikoversicherung. Die darin enthaltenden Empfehlungen an die SERV, insbesondere bezüglich der Organisation und Durchführung des Beschaffungswesens, wurden bis Mitte 2018 alle umgesetzt.

Swisscom

Internet: www.swisscom.ch

Sitz: Ittigen

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: Schweizer Börse SIX

Bundesbeteiligung: 51 %

Verwaltungsrat: Hansueli Loosli (Präsident), Barbara Frei, Frank Esser, Anna Mossberg, Catherine Mühlemann, Roland Abt, Valérie Berset Bircher (Personalvertreterin), Alain Carrupt (Personalvertreter), Renzo Simoni (Staatsvertreter)

CEO: Urs Schaeppi

Externe Revisionsstelle: KPMG, Muri

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Im Geschäftsjahr 2018 hat Swisscom die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Im Schweizer Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk, TV) verteidigte Swisscom ihre führende Marktposition. Die Kundenzufriedenheit lag über dem Branchendurchschnitt. Im IT-Lösungsgeschäft gehörte Swisscom zu den stärksten Anbietern auf dem hart umkämpften Schweizer Markt.

Der Schweizer Telekommunikationsmarkt ist weitgehend gesättigt und wird zunehmend von einem Verdrängungswettbewerb geprägt. Dies wirkte sich in einem Umsatzrückgang in der Schweiz um 241 Millionen Franken aus, der durch das Wachstum des Auslandgeschäfts (Umsatz Fastweb: CHF +262 Mio.) ausgeglichen wurde. Der Reingewinn nahm um 3 Prozent ab.

Swisscom investierte in der Schweiz rund 1,4 Milliarden Franken in die Modernisierung und Erweiterung der Netz- und IT-Infrastruktur. Per Jahresende waren rund 4,2 Millionen Haushalte und Geschäfte (Vorjahr: 3,9 Mio.) an das Ultrabreitband-Netz (> 50 Mbit/s) angeschlossen. Es wurden die Voraussetzungen geschaffen, um im laufenden Jahr erste kommerzielle Angebote auf der Basis der 5G-Mobilfunktechnologie lancieren zu können.

In Italien stärkte die Tochtergesellschaft Fastweb ihre Mobilfunk-Kompetenz durch die Übernahme der Mobilfunksparte von Tiscali SpA und durch den Erwerb eigener Mobilfunkfrequenzen im Rahmen der nationalen Frequenz-Auktion. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln.

Gemessen an der Börsenkapitalisierung nahm der Unternehmenswert um 2,6 Milliarden Franken ab. Das entsprach einem Kursverlust der Swisscom-Aktie von 9,4 Prozent. Mit der unveränderten Dividende von 22 Franken je Aktie resultierte eine Gesamtrendite von -5,2 Prozent.

Swisscom ist ein beliebter Arbeitgeber mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich. Es wird eine konstruktive Sozialpartnerschaft gepflegt. 2018 nahm die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz um 541 Vollzeitstellen oder 3,1 Prozent ab. Der Stellenabbau wurde unter engem Einbezug der Sozialpartner in vorausschauender und verantwortungsvoller Weise abgewickelt.

Der Bundesrat anerkennt die Bestrebungen von Swisscom, dem raschen technologischen Wandel und dem anhaltenden Preisdruck mit einer umsichtigen Optimierung der Kosten zu begegnen, um die hohen Investitionen stemmen zu können. Er erwartet, dass die Aktivitäten ausserhalb des Stammgeschäfts in der Schweiz einen positiven Wertbeitrag generieren und vom Management eng begleitet werden. Weiter erwartet der Bundesrat, dass Swisscom der Sicherheit ihrer Netze und der Kundendaten unverändert hohe Priorität einräumt.

Kennzahlen	2018	2017
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	11 714	11 662
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	1 521	1 568
Bilanzsumme (Mio. CHF)	22 586	22 058
Eigenkapitalquote in %	36,3	34,7
Personalbestand (Vollzeitstellen)	19 845	20 506
Technischer Deckungsgrad Pensionskasse comPlan in %	103,1¹⁾	107,7

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Aktienkurs am 31. Dezember (CHF)	469,70	518,50
Dividende (CHF pro Aktie)	22	22
Gesamtrendite ²⁾ (%)	-5,2	18,5
Nettoverschuldung (Mio. CHF)	7 393	7 447
Nettoverschuldung ÷ EBITDA ³⁾	1,8	1,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ noch nicht revidiert

²⁾ Gesamtrendite = (Dividende + Aktienkurs am 31. 12. 2018 - Aktienkurs am 31. 12. 2017) ÷ Aktienkurs am 31. 12. 2017

³⁾ EBITDA: Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Swisscom ist betriebswirtschaftlich geführt, wettbewerbsfähig und kundenorientiert

Swisscom hat im Geschäftsjahr 2018 ihre Stellung als führendes ICT-Unternehmen in der Schweiz erfolgreich verteidigt und eine solide Marktleistung erzielt. Der Marktanteil im weitgehend gesättigten Kerngeschäft (Breitband, Mobilfunk) sowie im TV-Bereich blieb auf hohem Niveau stabil.

Swisscom ist bestrebt, sich im Markt durch das beste Netz und den besten Service zu differenzieren. Die über dem Branchendurchschnitt liegende Kundenzufriedenheit bestätigt, dass diese Qualitätsstrategie auf Resonanz stösst.

Um die eher preissensitive, technologieaffine Kundschaft zu erreichen, setzt Swisscom verstärkt auf Zweit- und Drittmarken (Wingo, Simply Mobile, M-Budget).

Fastweb schafft langfristig einen positiven Wertbeitrag

Die Tochtergesellschaft Fastweb entwickelte sich ungeachtet des nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Umfelds in Italien positiv. Kundenbasis und Umsatz konnten weiter gesteigert werden. Das Ergebnis war indessen aufgrund von Sondereffekten rückläufig. Neben dem Ausbau des Breitbandnetzes stand im Berichtsjahr der Kauf der Mobilfunksparte von Tiscali SpA und der Erwerb von Mobilfunkfrequenzen im Rahmen der nationalen Frequenzauktion im Fokus. Fastweb finanzierte alle Investitionen aus eigenen Mitteln und generierte darüber hinaus einen positiven Free Cash Flow in der Grössenordnung von 17 Millionen Euro zugunsten des Konzerns. Aus dieser Perspektive leistete Fastweb einen – wenn auch bescheidenen – Wertbeitrag zugunsten der Aktionäre.

Swisscom baut und betreibt eine zukunftsgerichtete Netz- und Informatikinfrastruktur unter Berücksichtigung der Marktbedürfnisse, der technologischen Entwicklung und der Sicherheit

In der Schweiz investierte Swisscom 1395 Millionen Franken in Ausbau und Modernisierung der Netz- und IT-Infrastruktur und wendete für deren Betrieb und Unterhalt beinahe nochmals so viel auf. Die Investitionen flossen schwergewichtig in den Ultrabreitbandausbau. Dieser orientierte sich nicht an einer bestimmten Technologie, sondern an den Kundenbedürfnissen (Bandbreite). Per Jahresende waren 4,2 Millionen Haushalte und Geschäfte an das Ultrabreitband-Netz (> 50 Mbit/s) angeschlossen, 300 000 mehr als im Vorjahr. Parallel dazu schuf Swisscom die Voraussetzungen für die Einführung des Mobilfunkstandards der 5. Generation im laufenden Jahr. Dieser ermöglicht eine alternative Versorgung der Bevölkerung mit Ultrabreitband-Anschlüssen.

Swisscom ist sich der wachsenden Bedeutung der Informationssicherheit im digitalen Zeitalter bewusst. Die Kundendaten sind dem Datenschutzgesetz und dem Fernmeldegesetz unterstellt. Swisscom schützt die eigene Infrastruktur im Rahmen des Möglichen gegen Cyber-Attacken mit Abwehrmassnahmen auf dem neuesten Stand der Technik. Aufgrund der vielfältigen Abhängigkeiten – namentlich von ausländischen Lieferanten technischer Komponenten – kann Swisscom freilich keine hundertprozentige Sicherheit garantieren.

Swisscom stellt die Grundversorgung sicher und setzt die Zugangsregulierung im Interesse eines fairen Wettbewerbs um

Als Inhaberin der Grundversorgungskonzession im Fernmeldebereich erbrachte Swisscom den Service Public gemäss den Qualitätskriterien des Fernmelderechts und ohne finanzielle Abgeltungen.

Swisscom kam ihrer Verpflichtung nach, anderen Telekommunikationsunternehmen den diskriminierungsfreien Zugang zu ihrem regulierten Netz zu gewähren. Mehrere Verfahren nach Wettbewerbs- und Fernmelderecht zur Rechtmässigkeit der berechneten Preise sind hängig.

Swisscom verfügt über ein angemessenes Risikomanagement-System

Swisscom arbeitet mit einem strukturierten und integrierten Risikomanagementsystem, das einen nachhaltigen Unternehmenserfolg sicherstellen soll. Die Konzernleitung und der Verwaltungsratsausschuss Revision befassen sich regelmässig mit den wichtigsten Unternehmensrisiken.

2. Finanzielle Ziele

Swisscom steigert langfristig den Unternehmenswert und betreibt eine stetige Dividendenpolitik

Die Vorgabe des Bundesrates, den Unternehmenswert zu steigern, hat Swisscom im Berichtsjahr nicht erfüllt. Infolge des um 9,4 Prozent gefallen Aktienkurses (Stichtag: 31. Dezember) nahm die Börsenkapitalisierung um rund 2,6 Milliarden Franken ab. Die Dividende beträgt unverändert 22 Franken pro Aktie. Die Dividendenrendite ist mit 4,2 Prozent im Vergleich zu den meisten anderen SMI-Titeln attraktiv. Die Gesamrendite beträgt -5,2 Prozent und übertrifft damit jene des SMI (-7,1 %) und des europäischen Branchen-Index (-8,3 % in Euro).

Swisscom strebt eine Nettoverschuldung von höchstens 2,1 x EBITDA an

Die Nettoverschuldung wurde um 54 Millionen Franken auf 7,39 Milliarden Franken reduziert. Angesichts des um 82 Millionen Franken geringeren Betriebsergebnisses (EBITDA) nahm das Verhältnis Nettoverschuldung/EBITDA von 1,7 auf 1,8 zu. Das Credit Rating verblieb unverändert im Single-A-Bereich (Standard & Poors: A; Moody's: A2).

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Swisscom verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik und tritt als attraktive Arbeitgeberin auf

Swisscom ist eine attraktive Arbeitgeberin mit einer fortschrittlichen, sozial verantwortlichen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit ist im Branchenvergleich überdurchschnittlich. Mit den Sozialpartnern wird ein konstruktiver Dialog gepflegt. Vielfalt, Chancengleichheit, Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Integration von Mitarbeitenden mit eingeschränkter Leistungsfähigkeit werden gezielt gefördert. Swisscom investiert viel in die permanente Weiterbildung von Mitarbeitenden und Kadern, da sich die Berufsbilder und geforderten Qualifikationen in der ICT-Branche stetig wandeln. Die Mehrzahl der ausgeschriebenen Kaderstellen kann intern besetzt werden.

Im Berichtsjahr nahm die Zahl der Beschäftigten in der Schweiz um 540 Vollzeitstellen oder 3,1 Prozent ab. Dies

zeigt, wie stark Swisscom unter Druck steht, die sinkenden Umsätze mit Effizienzsteigerungen aufzufangen. Dank einer vorausschauenden Planung erfolgten rund zwei Drittel des Stellenabbaus über die natürliche Fluktuation. Rund 200 vom Stellenabbau Betroffene nahmen den Sozialplan in Anspruch, der im Vergleich zu anderen Unternehmen grosszügig ausgestaltet ist und in 9 von 10 Fällen zu einer Neuanschaffung vor Ablauf führt.

Der Frauenanteil im Management von heute 11,7 Prozent soll mittelfristig auf 20 Prozent erhöht werden (über die gesamte Belegschaft beträgt der Frauenanteil gut 25 Prozent der Vollzeitstellen-Äquivalente). Ebenso wird das Ziel verfolgt, 1 Prozent der Belegschaft in speziell für Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen konzipierte Arbeitsprozesse zu integrieren (heute: 0,9 %).

Swisscom ist bei Weitem die grösste Auszubildnerin von ICT-Fachkräften in der Schweiz. Im Berichtsjahr haben 259 Jugendliche ihre Lehre begonnen. Insgesamt standen 902 Lernende in Ausbildung.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Swisscom geht Kooperationen nur ein, wenn sie zur nachhaltigen Steigerung des Unternehmenswerts beitragen, führungsmässig gut betreut werden können und dem Risikoaspekt genügend Rechnung tragen.

Swisscom hält ein vielfältiges Portfolio von kleineren und grösseren in- und ausländischen Beteiligungen, die einerseits das angestammte Kerngeschäft unterstützen und andererseits selektiv neue Geschäftsfelder erschliessen. Swisscom besitzt keine Beteiligungen an ausländischen Telekommunikationsgesellschaften mit Grundversorgungsauftrag.

Die wichtigste Veränderung im Beteiligungsportfolio im Berichtsjahr betraf den Verkauf der Anteile am Joint Venture «Siroop» an den Kooperationspartner Coop. Es hatte sich abgezeichnet, dass dieser 2016 lancierte Online-Marktplatz nicht die kritische Grösse erreichen würde, der für einen profitablen Betrieb nötig ist. Der Erlös aus der Veräusserung deckte die Investitionskosten von Swisscom nicht. «Siroop» ist ein typisches Beispiel für den Versuch, zwecks Erschliessung potenzieller neuer Wachstumsmärkte das angestammte Geschäftsfeld in Richtung digitale Wirtschaft zu erweitern. Der Bundesrat ist bereit, die damit verbundenen Risiken mitzutragen, und ist sich bewusst, dass nicht jede Initiative von Erfolg gekrönt sein kann. Er erwartet aber, dass das Management bei einem sich abzeichnenden Misserfolg nicht zögert, die Konsequenzen rasch und vorbehaltlos zu ziehen, und dass die Abwicklung gescheiterter Projekte sozial verantwortlich erfolgt. Beide Erwartungen wurden im Fall «Siroop» erfüllt.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (KPMG AG) bestätigt, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Swisscom AG für das Geschäftsjahr 2018 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein die tatsächlichen Verhältnisse widerspiegelndes Bild der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage des Unternehmens vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Swisscom AG fand am 2. April 2019 in Basel statt. Der Verwaltungsrat hatte der Generalversammlung beantragt,

1. den Lagebericht, die Jahresrechnung der Swisscom AG und die Konzernrechnung für das Geschäftsjahr 2018 zu genehmigen;
2. den Vergütungsbericht 2018 im Rahmen einer Konsultativabstimmung zustimmend zur Kenntnis zu nehmen;
3. eine Dividende von 22 Franken pro Aktie auszuschütten;
4. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen;
5. Hansueli Loosli (als Präsident), Barbara Frei, Frank Esser, Roland Abt, Anna Mossberg und Alain Carrupt in den Verwaltungsrat wiederzuwählen sowie Michael Rechsteiner und Sandra Lathion-Zweifel als Nachfolger der ausscheidenden Catherine Mühlemann und Valérie Berset-Bircher neu in den Verwaltungsrat zu wählen;
6. Barbara Frei, Roland Abt, Frank Esser, Hansueli Loosli (ohne Stimmrecht) und Renzo Simoni (Staatsvertreter; siehe Abschnitt D.) in den Vergütungsausschuss zu wählen;
7. einen maximalen Gesamtbetrag der Vergütungen im Geschäftsjahr 2020 von 2,5 Millionen Franken für die Mitglieder des Verwaltungsrats und von 9,7 Millionen Franken für die Mitglieder der Konzernleitung zu genehmigen;
8. die Anwaltskanzlei Reber Rechtsanwälte, Zürich, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter wiederzuwählen;
9. PriceWaterhouseCoopers AG, Zürich, für das Geschäftsjahr 2019 als Revisionsstelle zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 22. März 2019 das UVEK und das EFD, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Swisscom AG zuzustimmen.

Der Bundesrat ordnete gleichzeitig Renzo Simoni für die Amtsdauer von einem Jahr als Staatsvertreter in den Verwaltungsrat von Swisscom AG ab.

SBB AG

Internet: www.company.sbb.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Monika Ribar (Präsidentin), Peter Siegenthaler (Vizepräsident), Fabio Pedrina (Personalvertreter), Daniel Trolliet (Personalvertreter), Alexandra Post Quillet, Pierre-Alain Urech, Gregor Kasperkovitz, Beat Schwab, Erich Ammann, Véronique Gigon

CEO: Andreas Meyer

Externe Revisionsstelle: Ernst & Young, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Im Jahr 2018 hat die SBB die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien, im Infrastrukturbereich sowie teilweise im Personenverkehr. Das Verschuldungsziel wurde in der laufenden Zielperiode 2015-2018 zum zweiten Mal erreicht. Beim Güterverkehr erzielte SBB Cargo nach dem grossen Verlust im Vorjahr wieder einen Gewinn (CHF 12,9 Mio.). Die nachhaltige Sanierung und Weiterentwicklung von SBB Cargo bleibt herausfordernd.

Das Jahresergebnis der SBB stieg auf 568 Millionen Franken (Vorjahr CHF 399 Mio.). Positiv wirkten die Effizienzmassnahmen von RailFit sowie die im Vergleich zum Vorjahresergebnis wegfallenden Sondereffekte (Wertberichtigungen und Restrukturierungsrückstellungen bei SBB Cargo von CHF 208 Mio.). Der Schuldendeckungsgrad erreichte das 5,6-fache des EBITDA. Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinslichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des EBITDA.

Die Verkehrsleistung im Personenverkehr stieg gegenüber dem Vorjahr leicht an. Unbefriedigend verlief die Inbetriebnahme der neuen Doppelstockzüge für den Fernverkehr. Die bisher ausgelieferten Züge sind seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2018 nur auf wenigen Verbindungen im Einsatz und erreichen im Betrieb nicht die nötige Stabilität. Bei der Pünktlichkeit war in den letzten Monaten des Jahres 2018 insbesondere in der Romandie, im Tessin sowie auf stark ausgelasteten Strecken wie Bern-Zürich ein Rückgang festzustellen.

Im Infrastrukturbereich erforderten Betrieb und Substanzerhalt der stark belasteten Infrastruktur 2018 eine weitere Intensivierung der Unterhaltsarbeiten.

Die personellen Ziele wurden insgesamt erreicht. Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Die Zufriedenheit der Mitarbeitenden blieb gegenüber der letzten Vollerhebung 2016 unverändert bei 66 Punkten.

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich gegenüber dem Vorjahr keine wesentlichen Änderungen.

Kennzahlen	2018	2017
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	9 645	9 442
Konzerngewinn (Mio. CHF)	568	399
Bilanzsumme (Mio. CHF)	46 565	45 174
Eigenkapitalquote in %	27,9	27,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	32 309	32 754

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Punkte, max. 100)	66	65
Beförderte Personen (Mio. pro Tag)	1,2	1,2
Kundenpünktlichkeit (%)	89,1	89,0
Ergebnis Personenverkehr (Mio. CHF)	241	186
Ergebnis Güterverkehr (Mio. CHF)	13	-239
Verzinsliche Nettoverschuldung (Mio. CHF)	8 619	8 406
Deckungsgrad Pensionskasse SBB in %	101,1	107,1

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ¹⁾	2 233	2 114
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Abgeltungen und Investitionsbeiträge des Bundes für Infrastruktur, Regional-/Güterverkehr sowie für Behindertengesetz

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Personenverkehr: Entwicklung von attraktiven, sicheren, pünktlichen und qualitativ hochstehenden Mobilitätslösungen; Förderung des öffentlichen Verkehrs, Erstellung eines marktorientierten Angebots.

Die Verkehrsleistung im Personenverkehr (Fernverkehr, Regionalverkehr) ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr hat die Nachfrage in den Nebenverkehrszeiten wieder gleich stark zugenommen wie in den Hauptverkehrszeiten. Unbefriedigend verlief die Inbetriebnahme der neuen Fernverkehrs-Doppelstockzüge. Die bisher ausgelieferten Züge von

* Strategische Ziele: <https://www.uvek.admin.ch/uvek/de/home/uvek/bundesnahe-betriebe/sbb/strategische-ziele.html>

Bombardier sind seit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2018 nur auf wenigen nachfrageschwächeren Verbindungen im Einsatz und erreichen im Betrieb nicht die geforderte Stabilität. Im internationalen Personenverkehr nahm die Verkehrsleistung nach einem Anstieg im Vorjahr um 4 Prozent ab. Insbesondere die Verkehrsleistung nach Frankreich sank wegen diverser Streiks in Frankreich. Nach Deutschland und Italien blieb die Nachfrage stabil, in Richtung Österreich stieg sie wegen der Aufhebung einer baustellenbedingten Vollsperrung von mehreren Wochen zwischen Buchs und Feldkirch im Vorjahr.

Güterverkehr Schweiz: Bedarfsgerechtes, eigenwirtschaftliches Angebot.

Der Güterverkehr steht vor grossen Herausforderungen. 2017 hatte SBB Cargo eine Wertberichtigung von 189 Millionen Franken vorgenommen sowie ein Sanierungs- und Weiterentwicklungsprogramm eingeleitet. Dazu stärkt SBB Cargo den Systemwagenladungsverkehr für die Versorgung der Wirtschaftsräume und überprüft gleichzeitig die Bedienpunkte im stark rückläufigen Einzelwagenladungsverkehr zusammen mit den Kunden auf Alternativen. Die erfolgte Wertberichtigung und die bisher unternommenen Anstrengungen zeigten bereits Wirkung: SBB Cargo erreichte 2018 mit einem Ergebnis von 12,9 Millionen Franken wieder die Gewinnzone (Vorjahr CHF -239 Mio.).

Immobilien: Weiterentwicklung der Bahnhöfe zu attraktiven Dienstleistungszentren; Partizipation an Wertsteigerungen.

Gut ist die Leistungsbilanz bei den Immobilien. Zusammen mit den lokalen und kantonalen Behörden werden die Bahnhöfe und deren Umgebung mit der steigenden Zahl von Bahnreisenden und entsprechend den Ansprüchen der Kundinnen und Kunden weiter entwickelt. Die Kundenzufriedenheit an den Bahnhöfen ist auf hohem Niveau weiter gestiegen. Mit einer marktorientierten Bewirtschaftung ihrer Immobilien erreicht SBB Immobilien einen positiven Beitrag an das Konzernergebnis.

Infrastruktur: Diskriminierungsfreies Trassenmanagement, effiziente Betriebsführung, kundenfreundliche Bahnzugänge; optimale Nutzung der Netzkapazitäten. Erhalt des Netz- und Anlagezustandes langfristig auf qualitativ hohen Stand.

Im Infrastrukturbereich hat die SBB 2018 erneut mehr Unterhaltsmassnahmen vorgenommen. Das Ergebnis von Infrastruktur Netz blieb trotz tieferen Abgeltungen (CHF -26 Mio.) gegenüber dem Vorjahr stabil bei 53 Millionen Franken. Dieser Gewinn ist zweckgebunden und fliesst gemäss gesetzlichen Vorgaben in die EBG-Reserve.

Pünktlichkeit

Die Kundenpünktlichkeit konnte auf hohem Niveau gehalten werden. Im Personenverkehr erreichten 89,1 Prozent aller Reisenden ihr Ziel mit weniger als drei

Minuten Verspätung (Vorjahr 89,0 %). Unbefriedigend war die Pünktlichkeit jedoch in den letzten Monaten des Jahres 2018 insbesondere in der Romandie, im Tessin sowie auf stark ausgelasteten Strecken wie Bern-Zürich. Die Ankunftspünktlichkeit der Güterzüge in der Schweiz ist mit 71,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Bei der Kundenzufriedenheit sind Verbesserungen beim Personenverkehr und beim Güterverkehr festzustellen, keine Veränderung gab es bei Immobilien (Bahnhöfe).

Sicherheit

Der Gesamtindex zur Bestimmung des Sicherheitsniveaus ist besser als im Vorjahr. Bei allen drei Unfallkategorien nahm die Anzahl der Ereignisse im Berichtsjahr ab. Um das Sicherheitsniveau weiter zu verbessern, werden Massnahmen auf der technischen Ebene wie auf der Ebene der Mitarbeitenden umgesetzt. Weitere Fortschritte konnten bei den Umweltzielen (Energiesparprogramm und CO₂-Reduktion) erzielt werden.

2. Finanzielle Ziele

Langfristige Steigerung des Unternehmenswertes; branchenübliche Ergebnisse.

Das Jahresergebnis stieg um 169 Millionen auf 568 Millionen Franken (Vorjahr CHF 399 Mio.). Die SBB AG erzielte damit das beste Ergebnis seit ihrer Gründung im Jahr 1999. Positiv wirkten die Effizienzmassnahmen von RailFit sowie die im Vergleich zum Vorjahresergebnis wegfallenden Sondereffekte – so wurden 2017 zur Sanierung von SBB Cargo Wertberichtigungen und Rückstellungen von 208 Millionen Franken vorgenommen. Tiefere Verkaufserlöse der Sparte Immobilien (CHF -100 Mio.) haben einer noch stärkeren Ergebnisverbesserung entgegengewirkt. Bereinigt um Sondereffekte lag das Ergebnis 2018 um 62 Millionen Franken über dem Vorjahr. Der Bereich Immobilien leistete mit 339 Millionen Franken (vor Ausgleichszahlungen) den grössten Ergebnisbeitrag, gefolgt vom Personenverkehr mit einem Gewinn von 241 Millionen Franken. Die Division Infrastruktur verzeichnete ein Jahresergebnis von 78 Millionen, die Division SBB Cargo ein solches von 12,9 Millionen Franken. Bereinigt um die Sondereffekte aus den 2017 beschlossenen Sanierungsmassnahmen hat sich das Betriebsergebnis von SBB Cargo Schweiz um 14 Millionen Franken verbessert. Aus dem Ergebnis von SBB Immobilien fließen 150 Millionen Franken als Ausgleichszahlung an die Infrastruktur und 178 Millionen Franken (Vorjahr: CHF 275 Mio.) wurden zur Rückzahlung von Darlehen aus der Pensionskassenanierung im Jahr 2007 (CHF 78 Mio. inkl. Zinsen) und der Pensionskassenstabilisierung im Jahr 2016 (CHF 100 Mio. inkl. Zinsen) eingesetzt. Die Vorgaben zur Produktivität wurden mehrheitlich erreicht.

Nettoverschuldung von höchstens 6,5 x EBITDA

Die Investitionen konnten nicht vollständig aus den selbsterarbeiteten Mitteln finanziert werden. Die verzinsli-

che Nettoverschuldung stieg im Vergleich zum Vorjahr um 213 Millionen auf 8,6 Milliarden Franken und erreichte das 5,6-fache des EBITDA. Damit wurde das Eignerziel in der Zielperiode 2015–2018 zum zweiten Mal erreicht. Im Durchschnitt der letzten vier Jahre wurde das Verschuldungsziel insgesamt ebenfalls eingehalten. Der Bundesrat erwartet eine Begrenzung der verzinlichen Nettoverschuldung auf das 6,5-fache des EBITDA, wobei zeitweise Überschreitungen zulässig sind.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Fortschrittliche, sozialverantwortliche Personalpolitik; attraktive Arbeitgeberin; zeitgemässe berufliche Grundbildung; nachhaltige Aus- und Weiterbildung.

Das Programm RailFit 20/30 hat Auswirkungen auf den Personalbestand. 1400 Stellen werden bis Ende 2020 abgebaut, vorab in der Administration und Verwaltung. Zur Bewältigung der Verkehrszunahme baut die SBB gleichzeitig rund 200 Stellen auf. Der Stellenabbau wird wenn immer möglich über natürliche Fluktuationen und Pensionierungen umgesetzt. Für das GAV-Personal soll es keine Entlassungen aus wirtschaftlichen Gründen geben.

Die SBB betreibt eine fortschrittliche und sozial verantwortliche Personalpolitik. Der Personalbestand nahm um 446 (-1,4 %) auf 32'309 Vollzeitstellen ab. Die bestehenden Gesamtarbeitsverträge SBB und SBB Cargo (GAV) sind bis zum 30. April 2019 gültig. Per 1. Mai 2019 treten neue GAV in Kraft. Neu beträgt die Laufzeit drei statt wie bisher vier Jahre, um den sich schnell wandelnden Rahmenbedingungen Rechnung zu tragen. Insgesamt absolvierten 1620 Lernende (rund 5 % des Mitarbeiterbestandes) eine Ausbildung bei der SBB. Die SBB fördert mit besonderen Programmen die Gesundheitskompetenz, die berufliche Wiedereingliederung sowie die Arbeitsmarktfähigkeit ihrer Mitarbeitenden und setzt sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein.

Die Personalzufriedenheit blieb gegenüber der letzten Vollerhebung 2016 unverändert bei 66 Punkten. Gegenüber der Stichprobenerhebung 2017 stieg der Wert um einen Punkt. Die Rücklaufquote betrug 70 Prozent.

Der Deckungsgrad der Pensionskasse SBB belief sich 2018 auf 101,1 Prozent (Vorjahr 107,1 %). Eine negative Anlagerendite, zusätzliche Kosten aufgrund der Senkung des technischen Zinssatzes auf 1,5 Prozent sowie die Rückstellungen für die Abfederung der gestaffelten Senkung des Umwandlungssatzes führten zu dieser Entwicklung des Deckungsgrades.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Bei den Beteiligungen und Kooperationen ergaben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Änderungen. Die Ziele sind erreicht.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Ernst & Young) empfiehlt mit Bericht vom 21. Februar 2019 der Generalversammlung, die Jahres- und Konzernrechnung 2018 zu genehmigen. Sie gelangt zum Schluss, dass die Konzernrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht.

C. Anträge an die Generalversammlung

Gemäss Bundesratsbeschluss vom 7. Juni 1999 über die Statuten der SBB werden die Aktionärsrechte des Bundes durch die Vorsteher des EFD und des UVEK (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der SBB AG findet am 4. Juni 2019 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt,

1. den maximalen Betrag der Gesamtentschädigung für das Jahr 2020 des Verwaltungsrates SBB von 1'066'829 CHF (inkl. VRP), der Verwaltungsratspräsidentin (VRP) SBB von 280'352 CHF sowie der Konzernleitung SBB von 5'891'420 CHF (inkl. Beiträge an die Grundversicherung PK SBB und die Kaderzusatzversicherung) zu genehmigen;
2. den Lagebericht, die Konzernrechnung SBB 2018 mit einem Gewinn von 568,4 Millionen Franken und einer konsolidierten Bilanzsumme von 46'565,2 Millionen Franken und die Jahresrechnung SBB AG 2018 mit einem Jahresgewinn von 532,1 Millionen Franken und einer Bilanzsumme von 45'669,4 Millionen Franken zu genehmigen und die Berichte der Revisionsstelle zur Konzernrechnung SBB und Jahresrechnung SBB AG sowie den umfassenden Bericht der Revisionsstelle an den Verwaltungsrat gemäss Art. 728b OR zur Kenntnis zu nehmen. Weiter beantragt der Verwaltungsrat die Zuweisung von 5,7 Millionen Franken Reserve gemäss Art. 36 PBG (gemäss Nachkalkulation Regionalverkehr), die Zuweisung an die freiwillige Gewinnreserve von 1'400 Millionen Franken und einen Vortrag des verbleibenden Bilanzgewinns von 110,2 Millionen Franken auf die neue Rechnung;
3. den Bilanzgewinn per 31. Dezember 2018 von 110,2 Millionen Franken auf die neue Rechnung vorzutragen (Jahresgewinn 2018: 532,1 Mio.; Gewinnvortrag Vorjahr 983,8 Mio.; Reservezuweisung gemäss Art. 67 EBG für Infrastruktur -52,7 Mio.; Reservezuweisung gemäss Art. 36 PBG für Regionaler Personenverkehr -5,7 Mio.);
4. den Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2018, abgeschlossen per 31. Dezember 2018, Entlastung zu erteilen;

5. Pierre-Alain Urech, Daniel Troillet und Fabio Pedrina für eine weitere Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2021 zu wählen. Zudem beantragt der Verwaltungsrat, vom Rücktritt von Peter Siegenthaler aus dem Verwaltungsrat der SBB an der Generalversammlung vom 4. Juni 2019 Kenntnis zu nehmen;
6. Ernst & Young für eine Amtsdauer von einem weiteren Jahr als externe Revisionsstelle zu wählen. Zudem beantragt der Verwaltungsrat, Deloitte für eine Amtsdauer von einem Jahr als externe Revisionsstelle für das Geschäftsjahr 2020 zu wählen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 22. März 2019 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der SBB AG vom 4. Juni 2019 zuzustimmen.

Die Schweizerische Post AG

Internet: www.post.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Urs Schwaller (Präsident), Andreas Schläpfer (Vizepräsident, bis zur GV 2018 am 26.6.2018), Adriano P. Vassalli (Vizepräsident, bis zur GV 2018), Susanne Blank (Personalvertreterin, bis zur GV 2018), Michel Gobet (Personalvertreter), Marco Durrer, Philippe Milliet, Myriam Meyer, Nadja Lang, Peter Hug (Wahl an der GV 2018), Bernadette Koch (Wahl an der a.o. GV vom 27.11.2018), Ronny Kaufmann (Wahl an der a.o. GV)

CEO: Susanne Ruoff (Rücktritt per 10.6.2018), Ueli Hurni a.i.

Externe Revisionsstelle: KPMG AG, Muri bei Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Im Jahr 2018 hat die Schweizerische Post AG die Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Die operative Leistungserbringung der Post war im vergangenen Jahr gut. Das Jahr 2018 stand im Zeichen der Aufarbeitung der von PostAuto unrechtmässig bezogenen Subventionen. Gestützt auf externe Untersuchungsberichte und Gutachten kam es zu verschiedenen Personalmassnahmen. Alle Rückzahlungen wurden geleistet.

Die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs wurde in guter Qualität zu angemessenen Preisen erbracht. Die Laufzeitvorgaben für Briefe und Pakete wie auch die Vorgaben zur Erreichbarkeit der Grundversorgungsleistungen wurden übertroffen. Die Zufriedenheit der Kunden bewegt sich auf Vorjahresniveau. Die Marktanteile im Kerngeschäft (Briefe, Pakete, Zahlungsverkehr, Personenverkehr) wurden weitgehend gehalten.

Der Betriebsertrag hat auf 7'691 Millionen und der Konzerngewinn auf 405 Millionen abgenommen. Der Ergebnismrückgang ist hauptsächlich auf Rückgänge der Mengen (Briefe, Schaltergeschäft) und der Zinserträge (Anlagetätigkeiten) sowie die Rückzahlung der unrechtmässig bezogenen Subventionen (PostAuto) zurückzuführen. Der Unternehmenswert hat leicht abgenommen. Ausser PostFinance und PostAuto vermochten alle Konzernbereiche ihr Ergebnis zu steigern. Wie im Vorjahr wird dem Bund eine Dividende von 200 Millionen ausgeschüttet.

Die Personalzufriedenheit im Konzern liegt mit 73 Punkten auf Vorjahresniveau. Die Post als sozialverantwortliche Arbeitgeberin engagierte sich mit verschiedenen Arbeitszeitmodellen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und unterstützt die berufliche Weiterentwicklung (über 2000 Ausbildungsplätze).

Das Kerngeschäft der Post steht unter Druck: Die Briefmengen und Erträge gehen deutlich zurück, die Paketmengen wachsen dank E-Commerce, die Margen sinken jedoch. Ebenfalls sinkt der von PostFinance erwirtschaftete Zinsertrag. Die Post ist gefordert, auch unter diesen Umständen ihre Marktposition zu halten und die Grundversorgung eigenwirtschaftlich und in guter Qualität zu erbringen. Das Netz an Zugangspunkten ist unter engem Einbezug der Kantone, Gemeinden und Bevölkerung an die sich wandelnden Kundenbedürfnisse anzupassen. PostFinance muss die regulatorisch notwendigen Eigenmittel sicherstellen.

Kennzahlen	2018	2017 ¹⁾
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF) ²⁾	7'691	8'064
Konzerngewinn (Mio. CHF)	405	527
Bilanzsumme (Mio. CHF)	124'202	127 289
Eigenkapitalquote in %	5,4	5,2
Personalbestand (Vollzeitstellen)	41'632	42 316
Technischer Deckungsgrad PK in % ³⁾	102,0	106,3

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Personalzufriedenheit (Skala 0 - 100)	73	73
Dividende an Bund (Mio. CHF)	200	200
Adressierte Briefe (Mio. Sendungen)	1'898	2 002
Pakete Inland (Mio. Sendungen)	131	122
Veränderung Durchschnittsbestand Kundengelder (Mrd. CHF)	2	-1

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ⁴⁾	236	235
Gebühren (Mio. CHF)	0	0

¹⁾ Die finanziellen Kennzahlen 2017 wurden rückwirkend angepasst (Anpassungen der Rechnungslegung sowie Korrekturen in Zusammenhang mit der Verbuchung der Rückzahlung der unrechtmässig erhaltenen Abgeltungen im Bereich PostAuto). Zudem enthalten die Kennzahlen Betriebsertrag, Betriebsergebnis und Konzerngewinn einen Sondereffekt (neue Methode Erhebung Briefmarkenverpflichtung), der normalisiert wurde.

²⁾ Total Betriebsertrag.

³⁾ Provisorischer Wert.

⁴⁾ Abgeltungen Bund an PostAuto und für indirekte Presseförderung (Subventionsempfänger dieser CHF 50 Mio. pro Jahr sind jedoch die Verleger). Vorjahreswert angepasst.

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Die Post gewährleistete die Grundversorgung mit Postdiensten und Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs auch im vergangenen Jahr in guter Qualität und zu angemessenen Preisen.

Die Post vermochte auch im vergangenen Jahr die Zielwerte der Postgesetzgebung zu erfüllen. So erreichen 97,4 Prozent aller A-Post-Briefen und 98,9% aller B-Post-Briefe rechtzeitig den Empfänger. Bei den Paketen weist die Post im Bereich „Priority“ eine Zustellpünktlichkeit von 97,2 Prozent aus, im Bereich „Economy“ von 97,7 Prozent.

Im Jahr 2018 erreichen 96,1 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten – resp. 30 Minuten bei einem Hausservice – eine Poststelle oder eine Postagentur. Der Zugang zu den Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs ergab einen Wert von 98,1 Prozent¹.

Die Gesamtzufriedenheit der Kunden der Post liegt wie in den vergangenen Jahren bei 83 Punkten (Skala 1-100). Die Geschäftskunden von PostMail, PostLogistics und PostFinance sind leicht zufriedener mit der Post als im Vorjahr. Den höchsten Wert weist nach wie vor PostNetz bei den Privatkunden aus.

Die Preise der Post bei den Briefen und Paketen sind im internationalen Vergleich eher günstig. Unter Berücksichtigung von 15 Vergleichsländern belegt die Post bei den Briefen und Paketen den 5. Platz. Kaufkraftbereinigt belegt die Post bei den Briefen den 1. und bei den Paketen den 3. Rang.

Im Kommunikations- und Logistikmarkt setzen sich die Trends der vergangenen Jahre fort: Bei den adressierten Briefen betrug der Mengenrückgang 5,2 Prozent und bei den Sendungen ohne Adresse 5,1 Prozent. Bei den von der Post transportierten Zeitungen kam es zu einem Rückgang von 3,7 Prozent. Dank dem boomende Onlinehandel konnte die Post 5,5 Prozent mehr Pakete transportieren. Ihre Marktanteile in den Geschäftsfeldern Kommunikation und Logistik, Finanzdienstleistungen und Personenverkehr vermochte die Post weitgehend zu halten.

Die Post verfügt über ein angemessenes Risikomanagementsystem

Der Postkonzern verfügt über ein systematisches Risikomanagementsystem. Die Konzernleitung und der zuständige Verwaltungsratsausschuss befassen sich regelmässig mit den wichtigsten Unternehmensrisiken. Insbesondere mit Blick auf die Befunde und Empfehlungen des EFK-Berichts vom 8.3.2019 erwartet der Bundesrat, dass die Post ihre verstärkten Bestrebungen zur Weiterentwicklung des Konzern-Risikomanagementsystems sowie des Compliance-Systems fort-

führt. Der durch eine externe Prüfung zu erbringende Nachweis, dass das Risikomanagementsystem den Vorgaben des Bundesrates entspricht, soll bis Ende 2019 vorliegen.

2. Finanzielle Ziele

Der Betriebsertrag liegt um 373 Millionen unter dem Vorjahr. Das Betriebsergebnis (EBIT) beträgt 501 Millionen (2017: 718 Mio.). Der EBIT liegt damit 217 Millionen tiefer als im Vorjahr und der Gewinn liegt 122 Millionen unter dem Vorjahreswert. Der Ergebnsrückgang ist neben den Mengenrückgängen und dem Niedrigzinsumfeld auf die Rückvergütung der unrechtmässig bezogenen Subventionen von PostAuto zurückzuführen. Der Unternehmensmehrwert (bereinigtes Betriebsergebnis abzgl. Kapitalkosten) betrug im vergangenen Jahr -28 Millionen, womit das Ziel des Bundesrates nach einer nachhaltigen Sicherung und Steigerung des Unternehmenswertes nicht erreicht werden konnte.

Ausser PostAuto und PostFinance konnten alle Konzernbereiche ihr Betriebsergebnis steigern. PostNetz vermochte das Ergebnis dank dem Netzbau um 65 Millionen auf -94 Millionen verbessern. Das Betriebsergebnis wird nach wie vor hauptsächlich von PostMail (388 Mio.), PostLogistics (145 Mio.) und PostFinance (220 Mio.) getragen. Das Ergebnis von PostFinance verschlechterte sich jedoch um 329 Millionen gegenüber dem Vorjahr, was auf einen Sondereffekt im Jahr 2017 (Aktienverkäufe) sowie den Rückgang des Zinsertrages um 155 Millionen zurückzuführen ist. Der durchschnittliche Bestand an Kundengeldern nahm um fast 2 Milliarden zu. Die im vergangenen Herbst bekannt gegebene Gebührenerhöhungen führten einerseits zu einer Verlagerung in den Anlagebereich, aber auch zur Auflösung von Kundenbeziehungen. Bei PostAuto war das Jahr 2018 geprägt durch die Aufarbeitung der unrechtmässigen Subventionsbezüge. Im Herbst 2018 haben sich das Bundesamt für Verkehr (BAV), die Konferenz der kantonalen öV-Direktoren (KöV) und die Post darauf verständigt, dass die Post für die Jahre 2007 bis 2018 188,1 Millionen an Bund, Kantone und Gemeinden zurückzahlt. Für die Jahre 2004 bis 2006 leistet die Post trotz Verjährung eine Rückzahlung über 17,2 Millionen. Auf der operativen Ebene vermochte PostAuto die Leistungen im Personenverkehr im vergangenen Jahr weiter auszubauen. So wurden in der Schweiz 156 Millionen Reisende transportiert und die Personenkilometer konnten um 10 Millionen auf 912 Millionen gesteigert werden. Die Marktanteile beim Regionalverkehr und beim Ortsverkehr konnten gehalten werden.

Die Rentabilität der Post ist verglichen mit den grössten europäischen Postgesellschaften nach wie vor hoch. Das Nettovermögen der Post ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen (negative Nettoverschuldung). PostFinance übererfüllt die regulatorischen Eigenmittelanforderungen für systemrelevante Banken. Der Verwaltungsrat der Post beantragt eine Gewinnausschüttung von 200 Millionen, was einer Dividende von 153,80

¹ Die beiden Aufsichtsbehörden PostCom und BAKOM werden noch prüfen, ob diese Werte die Vorgaben gemäss Postgesetzgebung erfüllen.

Franken pro Aktie entspricht und der finanziellen Situation der Post Rechnung trägt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die Post verfolgt eine fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik, bietet attraktive Anstellungsbedingungen, die ihre Konkurrenzfähigkeit sicherstellen, und engagiert sich mit geeigneten Massnahmen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der Personalbestand des Konzerns hat sich 2018 gegenüber dem Vorjahr um 684 Vollzeitstellen verringert (davon 956 in der Schweiz) und liegt nun bei 41'632 Vollzeitstellen. Der Rückgang erfolgte wie schon in den vergangenen Jahren primär bei PostMail aufgrund der rückläufigen Sendungsmengen und Optimierungsmassnahmen bei den Sortier- und Zustellprozessen sowie bei PostNetz aufgrund der Netzentwicklung. Effizienzsteigerungsmassnahmen führten auch bei PostFinance zu einem Personalarückgang. Demgegenüber konnten Swiss Post Solutions, PostLogistics und PostAuto ihren Personalbestand auszubauen. Rund 82 Prozent des gesamten Post-Personals ist in der Schweiz beschäftigt.

Die Personalzufriedenheit im Konzern liegt wie im Vorjahr bei 73 Punkten (Skala 1-100). 2018 absolvierten insgesamt 2001 (2017: 2115) Lernende eine berufliche Grundbildung bei der Post. Der Anteil Lernender gemessen am gesamten Personalbestand in der Schweiz beträgt damit 5,9 Prozent.

Die Post engagiert sich mit verschiedenen Arbeitsmodellen und finanziellen Beiträgen an die familienexterne Kinderbetreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ebenso werden Aus- und Weiterbildungen finanziell und mit Arbeitszeiterleichterungen unterstützt. In der Schweiz arbeiten fast 50 Prozent aller Konzernmitarbeitenden Teilzeit (d.h. mit einem Beschäftigungsgrad unter 90 %).

Die Post führt für die Post und die Postkonzerngesellschaften in der Schweiz Verhandlungen über den Abschluss eines Gesamtarbeitsvertrags.

Mehr als 85 Prozent aller Mitarbeitenden der Post befindet sich in einem Arbeitsverhältnis auf der Grundlage der insgesamt 9 mit den Sozialpartnern (Syndicom und transfair) verhandelten Gesamtarbeitsverträge. Die seit 1. Januar 2016 geltenden Gesamtarbeitsverträge für Post CH AG, PostAuto AG und PostFinance AG wurden um 2 Jahre, d.h. bis zum 31.12.2020 verlängert.

Die Post setzt sich im Gegenzug zu allfälligen ausserordentlichen Beiträgen an die Pensionskasse für einen massgeblichen Beitrag der Versicherten an die Finanzierung der Pensionskasse ein.

Die Pensionskasse der Post weist per Ende 2018 einen Deckungsgrad von 102 Prozent aus. Per 1.1.2018 wurden die Senkung des technischen Zinses von 2,25 auf 1,75 Prozent sowie die Anpassung des Umwandlungssatzes im Alter 65 von 5,35 auf 5,1 Prozent umgesetzt. Die Aktivversicherten erhiel-

ten für die Senkung des Umwandlungssatzes eine Kompensation auf dem Sparkapital, womit die Senkung zu 75 Prozent kompensiert wurde. Für die älteren Versicherten gewährte der Stiftungsrat zusätzliche Kompensationen bis zu 100 Prozent bei Bezug von Altersleistungen in Rentenform.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die Post kann im Rahmen ihrer finanziellen und personellen Möglichkeiten im In- und Ausland Kooperationen eingehen, wenn diese das Kerngeschäft im Inland unterstützen oder eine andere strategisch-industrielle Logik aufweisen, zur Erreichung der strategischen Ziele und zur nachhaltigen Sicherung des Unternehmenswerts beitragen. Die Kooperationen müssen führungsmässig eng betreut werden und dem Risikoaspekt ist genügend Rechnung zu tragen. Im Ausland dürfen keine Beteiligungen an Gesellschaften mit Grundversorgungsverpflichtung eingegangen werden.

Die Post hat 2018 im Ausland einen Betriebsertrag von 1163 Millionen erzielt (davon 91,9 % in Europa), was 15,1 Prozent des Betriebsertrages des Konzerns entspricht. Das im Ausland erzielte Betriebsergebnis beträgt wie im Vorjahr 82 Millionen bzw. 16,4 Prozent des Betriebsergebnisses des Konzerns. Die Rentabilität (EBIT-Marge) im Ausland liegt mit 7,1 Prozent erstmals höher als diejenige des Konzerns mit 6,5 Prozent. Der Bundesrat wird die Entwicklung im Auge behalten.

Das Joint Venture ASENDIA mit der französischen Post (grenzüberschreitende Mail- und Kleinwarenversandaktivitäten) vermochte 2018 dank Beteiligungsübernahmen den Betriebsertrag zu steigern, das Betriebsergebnis ist jedoch rückläufig.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt mit Bericht vom 4. März 2019, dass die konsolidierte Jahresrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2018 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den International Financial Reporting Standards (IFRS) vermittelt und dem schweizerischen Gesetz entspricht. Sie empfiehlt, die konsolidierte Jahresrechnung 2018 zu genehmigen.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsrechte des Bundes werden durch das UVEK und das EFD (respektive durch eine von diesen bezeichnete Vertretung) gemeinsam wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Schweizerischen Post AG findet am 16. April 2019 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragt der Generalversammlung,

1. den Lagebericht und die Jahresrechnung sowie die Konzernrechnung der Schweizerischen Post AG für das Geschäftsjahr 2018 zu genehmigen und den Bericht der Revisionsstelle vom 4. März 2019 zur Kenntnis zu nehmen.
2. den verfügbaren Gewinn folgendermassen zu verwenden:

Gewinnvortrag	CHF 567'189'629
Jahresgewinn 2018	CHF 83'574'289
Entnahme aus freien Reserven	<u>CHF 0</u>
Verfügbarer Bilanzgewinn	CHF 650'763'918
Brutto Dividende	<u>CHF 200'000'000</u>
Vortrag auf neue Rechnung	<u>CHF 450'763'918</u>
3. den Mitgliedern des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen, dies mit Ausnahme der Vorfälle im Zusammenhang mit den Subventionsbezügen der PostAuto-Gesellschaften.
4. betreffend Wiederwahl des Präsidenten und der Mitglieder des Verwaltungsrates
 - den bisherigen Präsidenten Urs Schwaller für eine zweijährige Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2021 wiederzuwählen,
 - die folgenden bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrats für eine zweijährige Amtsdauer bis zur ordentlichen Generalversammlung 2021 wiederzuwählen: Philippe Milliet, Michel Gobet, Nadja Lang, Peter Hug, Bernadette Koch und Ronny Kaufmann,
 - davon Kenntnis zu nehmen, dass sich Marco Durrer und Myriam Meyer nicht zur Wiederwahl stellen.
5. die Ernst & Young AG in Bern für das Geschäftsjahr 2019 als Revisionsstelle zu wählen.
6. die Obergrenzen für den Gesamtbetrag der Honorare des Verwaltungsrates (inkl. VRP) von 1'062'200, des Verwaltungsratspräsidenten von 253'500 und der Entlohnung der Konzernleitung (inkl. Konzernleiter) von 5'969'882 für das Geschäftsjahr 2020 zu genehmigen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 22. März 2019 das UVEK und das EFD beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Schweizerischen Post AG zuzustimmen.

Skyguide

Internet: www.skyguide.ch

Sitz: Genf

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 99,97 %

Verwaltungsrat: Walter T. Vogel (Präsident), Bernhard Müller, Anne Bobillier, Jean-Yves Bonvin, Andreas Schmid, Cristina Feistmann, Dominik Hänggi (Personalvertreter)

CEO: Alex Bristol

Externe Revisionsstelle: PriceWaterhouseCoopers, Pully

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Im Jahr 2018 hat Skyguide die strategischen Ziele des Bundesrates *insgesamt erreicht*.

Skyguide besorgt im Auftrag des Bundes die zivile und militärische Flugsicherung in der Schweiz und in angrenzenden Gebieten. Neben zwei Kontrollzentren in Genf und Dübendorf betreibt Skyguide zwölf weitere Unternehmensstandorte (Regional- und Militärflugplätze).

Skyguide hat im Berichtsjahr den hoheitlichen Auftrag erfüllt. Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Die von Skyguide verursachten Verspätungen im zivilen Luftverkehr fielen im internationalen Vergleich gering aus. Die Einsatzbereitschaft der Luftwaffe entsprach den Anforderungen.

Die Wirtschaftlichkeit des Betriebs war, gemessen an den Voraussetzungen, zufriedenstellend. Die Gebühren für Transitflüge und für An- und Abflüge auf den Landesflughäfen wurden gesenkt, blieben im europäischen Vergleich aber sehr hoch. Die Jahresrechnung schloss mit einem Defizit von 7,9 Millionen Franken ab. Auf vergleichbarer Basis (ohne Sondereffekt Subventionskürzung) hätte ein geringfügiger Überschuss von 1,6 Millionen Franken resultiert. Die Geschäftstätigkeiten ausserhalb des hoheitlichen Auftrags (Drittgeschäfte) wiesen weiterhin ein Defizit aus (-8,3 Mio.), wobei Restrukturierungen in Angriff genommen wurden und für 2019 Verbesserungen erwartet werden. Diese Tätigkeiten müssen zum wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen, andernfalls sind sie einzustellen.

Der neue Gesamtarbeitsvertrag mit dem Lotsenpersonal trat gegen Ende des Berichtsjahres in Kraft. Während der langwierigen Verhandlungen war der Flugsicherungsbetrieb nicht durch Streik, Aussperrung, Boykott oder andere Kampfmassnahmen beeinträchtigt worden.

Der Aufbau von ausreichenden Personalressourcen zur Sicherstellung des permanenten Bereitschaftsdienstes der Luftwaffe ab 2020 («LP24») schritt planmässig voran, bleibt aber eine Herausforderung.

Kennzahlen	2018	2017
Finanzen¹⁾ und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	484,4	473,5
Nettoergebnis (Mio. CHF)	-7,9	-34,2
Bilanzsumme (Mio. CHF)	665,1	687,9
Eigenkapitalquote in %	49,0	48,6
Personalbestand (Vollzeitstellen)	1 407	1 419
Technischer Deckungsgrad PK in %	98,9²⁾	104,6

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Anzahl kontrollierte Flüge (Mio.)	1,299	1,237
Pünktlichkeit (% der Flüge)	96,5	97,0
Ø Verspätung pro Flug ³⁾ (Sek.)	36,0	26,4
Militärische Flugbewegungen	88 205	95 325
Ø Streckenfluggebühr (EUR)	97,9	102,5

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF) ⁴⁾	43,2	52,6
Gebühren (Mio. CHF) ⁵⁾	425,3	405,1

¹⁾ Gemäss konsolidiertem Abschluss

²⁾ Provisorischer Wert

³⁾ Von Skyguide verursachte Verzögerung pro Überflug/Flughafenbewegung

⁴⁾ Für nicht kostendeckende Leistungen in ausländischen Lufträumen und gebührenbefreite Flüge, gemäss Bundesrechnung.

⁵⁾ Flugsicherungsgebühren, einschliesslich Entschädigung der Luftwaffe

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Skyguide erfüllte im Berichtsjahr ihren hoheitlichen Auftrag ohne Einschränkung.

Überdurchschnittlicher Sicherheitsstandard im europäischen Quervergleich; hoch entwickelte Sicherheitskultur

Die Sicherheit des Luftverkehrs war jederzeit gewährleistet. Es waren keine gravierenden Vorkommnisse zu ver-

zeichnen. Nach den Kriterien der EASA erreichte die Sicherheitskultur von Skyguide einen im internationalen Vergleich hohen Reifegrad.

Beitrag zu einem sicheren, pünktlichen Luftverkehr; termingerechte Schaffung der Voraussetzungen des 24-Stunden-Betriebes des Luftpolizeidienstes

Die Pünktlichkeitswerte in der Zivilluftfahrt erreichten bei kräftig wachsendem Verkehr (+5 % insgesamt, +7,5 % im Transit) ein im internationalen Vergleich hohes Niveau. Die von der Luftwaffe geforderte Einsatzbereitschaft wurde gewährleistet. Die Rekrutierung und Ausbildung von zusätzlichen militärischen Flugverkehrs- und Einsatzleitenden im Hinblick auf die Einführung des permanenten Luftpolizeidienstes per 2020 schritt planmässig voran, bleibt aber eine Herausforderung.

Umfassende und vorausschauende Vorbereitung auf den absehbaren Strukturwandel

Skyguide wirkte an verschiedenen Projekten und Programmen der EU-Initiative «Single European Sky» mit, deren Ziel es ist, die Effizienz des europäischen Flugsicherungssystems zu verbessern. Mit einem Fokus auf innovative technische und operative Lösungen – u.a. «Virtual Center Switzerland» (Vernetzung der Kontrollzentren Genf und Dübendorf) und «U-Space» (Registrierung und Kontrolle von Drohnen) – rüstet sich Skyguide für den absehbaren Strukturwandel im Flugsicherungswesen.

2. Finanzielle Ziele

Ausgeglichenes Ergebnis, Steigerung der Effizienz, nachhaltige Gebührenpolitik

Skyguide ist gemäss Luftfahrtgesetz eine nicht gewinnorientierte Aktiengesellschaft. Der Bundesrat erwartet ein ausgeglichenes Ergebnis. Mit einem Resultat von -7,9 Millionen Franken (Vorjahr: -34,2 Mio.) verfehlte Skyguide dieses Ziel. Grund dafür war die Reduktion der Abgeltungen des Bundes für nicht bezahlte Flugsicherungsdienstleistungen in delegierten angrenzenden Lufträumen um 9,5 Millionen Franken. Ohne diesen von Skyguide nicht beeinflussbaren Effekt hätte das Ergebnis +1,6 Millionen Franken betragen. Unter Berücksichtigung dieser Umstände bewegte sich der Jahresabschluss im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben und der strategischen Ziele des Bundesrates.

Drittgeschäfte, die nicht zum hoheitlichen Auftrag von Skyguide gehören (z.B. Ausbildung ausländischer Fluglotsen), generierten einen Verlust von 8,3 Millionen Franken (Vorjahr: -3,4 Mio. CHF). Die Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr ist namentlich auf die Entscheidung des Verwaltungsrates zurückzuführen, in diesem Bereich eine Restrukturierung vorzunehmen. Der Bundesrat begrüsst diesen Entscheid und erwartet für 2019 deutlich bessere Ergebnisse.

Die Flugsicherungsgebühren wurden im Transitverkehr um 4,5 Prozent und für den An- und Abflug auf den Landesflughäfen um 2,6 Prozent gesenkt. Trotzdem blieben sie die mit Abstand höchsten in Europa. Die Gebührenpolitik von Skyguide kann aber insofern als nachhaltig bezeichnet werden, als sie vom Markt angenommen wird; dies belegt die starke Verkehrszunahme im Berichtsjahr.

Die Abgeltungen des Bundes an Skyguide gingen aus dem oben genannten Grund um 18 Prozent auf 43,2 Millionen Franken zurück. Sie machten rund 9 Prozent (Vorjahr: 11 %) der Erträge von Skyguide aus.

Erhöhung des Kostendeckungsgrades der An- und Abflugsicherungsdienste auf den Regionalflugplätzen

Das zusammen mit dem BAZL und dem Verband der Schweizer Flugplätze vereinbarte Massnahmenpaket mit dem Ziel, den Kostendeckungsgrad der Flugsicherung auf Regionalflugplätzen zu erhöhen, konnte nicht wie geplant umgesetzt werden. Unter Federführung des BAZL wird weiterhin nach einer nachhaltigen Finanzierungslösung für die Flugsicherung auf Regionalflugplätzen gesucht. Skyguide beteiligt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten an diesem Prozess und prüft unter anderem die Gründung eines Joint Ventures mit einer ausländischen Anbieterin.

Nettoverschuldung von weniger als 2x EBITDA

Die Nettoverschuldung betrug 108,8 Millionen Franken, was einer Verschuldungsquote von 1,1 x EBITDA entsprach. Unter Berücksichtigung transitorischer Aktiven für zu spät erfolgte Zahlungen des BAZL und der Regionalflugplätze belief sich die Nettoverschuldung auf 41,0 Millionen Franken oder 0,4 x EBITDA.

3. Personelle Ziele

Fortschrittliche und sozialverantwortliche Personalpolitik; zukunftsgerichtete Weiterentwicklung mit Sozialpartnern; zeitgemässe Grundbildung, nachhaltige Aus- und Weiterbildung

Skyguide ist eine verantwortungsbewusste Arbeitgeberin mit einer modernen Personalpolitik. Die Arbeitszufriedenheit und Motivation der Mitarbeitenden ist hoch. Angesichts der Transformationsdynamik im Unternehmen und im Berufsbild als solchem ist jedoch eine Verunsicherung unter den Mitarbeitenden spürbar.

Die anerkannten Sozialpartner von Skyguide umfassen fünf Personalverbände bzw. Gewerkschaften. Die Sozialpartnerschaft wird durch regelmässige Treffen gepflegt. Das Berichtsjahr stand im Zeichen des Abschlusses eines neuen GAV für das Fluglotsen-Personal. Die Verhandlungen waren schwierig gewesen und hatten sich weit über das Auslaufen des alten GAV per Ende 2016 hinaus hingezogen. Der Bundesrat begrüsst, dass während dieser Periode der Flugsicherungsbetrieb nicht durch Streik, Aussperrung, Boykott oder andere Kampfmassnahmen

beeinträchtigt wurde. Aus Sicht des Bundesrates sind die Sozialpartner gefordert, sich konstruktiv mit anstehenden Herausforderungen zu befassen. Dazu gehört auch die Überprüfung des Rentenalters für Fluglotsen von heute 56 Jahren.

Der Personalbestand nahm im Berichtsjahr um 0,8 Prozent auf 1407 Vollzeitstellen ab. Es absolvierten 64 Fluglotsen und 16 Lehrlinge in technischen und kaufmännischen Berufen eine Ausbildung bei Skyguide.

4. Kooperationen und Beteiligungen

Kooperationen sind zulässig nach Luftfahrtgesetz, unterstützen den gesetzlichen Auftrag/weisen eine unternehmerische Logik auf, tragen zur Erreichung der strategischen Ziele bei, können führungsmässig eng betreut werden und tragen dem Risikoaspekt genügend Rechnung

Zum Konsolidierungskreis von Skyguide gehören die Tochtergesellschaften Skysoft AG, Skynav AG und Swisscontrol AG. Zudem besteht seit 2008 eine 8,33 Prozent-Beteiligung am «European Satellite Services Provider» (ESSP) mit Sitz in Portugal. Im Berichtsjahr ging Skyguide keine neuen Kooperationen mit in- und ausländischen Partnern ein.

Die internationale (Forschungs- und Entwicklungs-) Zusammenarbeit im Rahmen von SES, «SESAR Joint Undertaking» und FABEC wurde fortgeführt.

Alle Beteiligungen und Kooperationen von Skyguide standen im Einklang mit dem Luftfahrtrecht und mit den strategischen Zielen des Bundesrates.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle bestätigt, dass die Jahresrechnung 2018 dem schweizerischen Gesetz entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt.

C. Anträge an die Generalversammlung

Die Aktionärsinteressen der Eigenossenschaft gegenüber Skyguide werden gemeinsam durch das UVEK und das VBS wahrgenommen.

Die ordentliche Generalversammlung der Skyguide AG fand am 14. Mai 2019 in Bern statt. Der Verwaltungsrat beantragte der Generalversammlung,

1. den Jahresbericht, die statutarische Jahresrechnung und die konsolidierte Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2018 zu genehmigen;
2. das Bilanzergebnis von -7,050 Millionen Franken wie folgt zu verwenden:
 - Zuweisung an die allgemeine Reserve: 0 Millionen
 - Auflösung der übrigen Reserven: -8,180 Millionen
 - Vortrag auf neue Rechnung: 1,130 Millionen;

3. den Mitgliedern von Verwaltungsrat und Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2018 Entlastung zu erteilen;
4. PriceWaterhouseCoopers AG, Niederlassung Pully, für die Dauer von einem Jahr als statutarische Revisionsstelle zu bestätigen;
5. folgende maximale Obergrenzen für die Gesamtvergütungen im Geschäftsjahr 2020 zu genehmigen:
 - a) 310'000 Franken für die Mitglieder des Verwaltungsrates (ohne Vorsitz);
 - b) 140'000 Franken für den Präsidenten des Verwaltungsrates;
 - c) 4'235'000 Franken für die Mitglieder der Geschäftsleitung.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat beauftragte am 22. März 2019 das UVEK und das VBS, den Anträgen des Verwaltungsrates an die Generalversammlung der Skyguide AG zuzustimmen.

Eidgenössisches Institut für Geistiges Eigentum IGE

Internet: www.ige.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: F. Hunziker-Blum (Präsident), L. Amgwerd (ab 1.7.2018), R. Boutellier, Yves Bugmann, F. Curchod (bis 30.6.2018), M. Ramsauer (bis 31.12.2018), B. Renggli, S. Stalder, P. Walser (ab 1.5.2018), E. Zwick

Direktor/in: Catherine Chammartin

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Das IGE erbringt primär *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*, seine Hauptaufgabe ist die Erteilung und Verwaltung von Marken, Patenten und Designs. Das IGE verfügt über keine strategischen Ziele des Bundesrates.

Die Eintragungsgesuche für Marken stiegen im Geschäftsjahr 2017/18 im Vergleich zum Vorjahr um 5 Prozent, während die Markenverlängerungen um 6 Prozent anstiegen. Die Verlagerung der Patentanmeldungen vom nationalen zum europäischen Erteilungsverfahren setzte sich fort. Bei den Designs nahmen die Anmeldungen im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent ab, bei gleichzeitiger Zunahme der Anzahl geschützter Gegenstände.

Im Bereich der *Ministerialaufgaben* konnten zwei legislative Projekte zu Ende geführt werden: eine Teilrevision des Patentgesetzes (als Teil der HMG-Revision) und eine Teilrevision des Patentgerichtsgesetzes. Der Nationalrat hat in der Wintersession 2018 als Erstrat die laufende Teilrevision des Urheberrechtsgesetzes und die Genehmigung zweier Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum behandelt.

Der Umsatz der *freien Dienstleistungen* stieg bei den Patent- und Technologierecherchen um 7,8 Prozent an und ging bei den Markenrecherchen um 19,5 Prozent zurück. Die Kosten wurden vollumfänglich gedeckt.

Das IGE erzielte in seinem 22. Geschäftsjahr einen *Betriebsgewinn* von 7,7 Millionen Franken. Insbesondere höhere Gebühreneinnahmen trugen zu diesem Betriebsergebnis bei. Eine Verbesserung der Prognose über die langfristigen Renditeerwartungen führte im Bereich der Vorsorgeverpflichtungen zu einem versicherungsmathematischen Gewinn von 7,7 Millionen Franken. Das Eigenkapital betrug per 30.6.2018 64,6 Millionen Franken.

Der durchschnittliche *Personalbestand* des IGE stieg leicht, um 0,8 Prozent an. Das hohe Qualifikations- und Leistungsniveau konnte erhalten werden. Der Frauenanteil in Kaderpositionen blieb unverändert auf 35,1 Prozent.

Die *Revisionsstelle* (EFK) erteilte das Testat zur geprüften Jahresrechnung ohne Einschränkung.

Kennzahlen	2017/18	2016/17
------------	---------	---------

Finanzen und Personal

Umsatz netto (Mio. CHF)	63,2	61,2 [*]
Gesamtergebnis (Mio. CHF) ¹⁾	15,4	27,6 [*]
Bilanzsumme (Mio. CHF)	146,5	134,2 [*]
Eigenkapitalquote in %	44,1	36,7 [*]
Personalbestand (Vollzeitstellen) ²⁾	240	238

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Markeneintragungen	14 238	14 172
Internat. Markenregistrierungen mit Schutzausdehnung Schweiz	15 631	15 342
Patenterteilungen national	718	646
Erteilte europäische Patente mit Wirkung Schweiz / Liechtenstein	107 728	96 065
Techn. Deckungsgrad PUBLICA ³⁾	101,2	107,5
Ökonom. Deckungsgrad PUBLICA ³⁾	87,2	92,7

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren netto (Mio. CHF)	55,8	53,7 [*]

¹⁾ Gesamtergebnis = Betriebsergebnis + sonstiges Ergebnis (aus versicherungsmathematischen Gewinnen/Verlusten)

²⁾ Jahresdurchschnitt

³⁾ Per 31.12.2018 für 2017/18 und per 31.12.2017 für 2016/17

^{*} Restatement infolge einer Änderung in der Rechnungslegungsmethode für die Verbuchung der Erlöse aus internationalen Markenregistrierungen mit Benennung der Schweiz gemäss dem Madrider Abkommen.

A. Zielerreichung 2018

1. Strategische Schwerpunkte

- *Dienstleistungen mit Monopolcharakter*

Die primäre Aufgabe des Eidgenössischen Instituts für Geistiges Eigentum (IGE) ist die Erteilung und Verwaltung von immaterialgüterrechtlichen Schutztiteln (insbes. Marken, Patente und Designs). Für diese Dienstleistungen mit Monopolcharakter besteht eine ausführliche materielle Regelung auf Gesetzes- und Verordnungsebene, welche sowohl die Prüfungspraxis wie auch das zu befolgende

Verfahren umfassend vorgeben. Das dabei zu bewältigende Arbeitsvolumen hängt direkt und allein von den Anmeldezahlen für Eintragungen, Verlängerungen und Registeränderungen ab, welche vom IGE nicht beeinflusst werden können. Die erhobenen Gebühren (die ohne den an die Europäische Patentorganisation weitergeleiteten Anteil aktuell 88 Prozent der Nettoeinnahmen des IGE ausmachen) sind in den zugrundeliegenden Spezialerlassen abschliessend festgelegt; die Höhe der einzelnen Gebühren unterliegt der Genehmigung durch den Bundesrat.

Der Geschäftsgang entwickelte sich im Geschäftsjahr 2017/18 wie folgt: Die Anzahl der Schweizer Markeneintragungsgesuche stieg gegenüber dem Vorjahr um 5 Prozent auf 17 109 an. 42 Prozent aller Gesuche gelangten in die vorgezogene Markenprüfung (dafür ist erforderlich, dass nur Waren- und Dienstleistungsbegriffe aus der Datenbank des IGE verwendet werden). Handelt es sich um einen offensichtlich unproblematischen Fall, wird die Marke sofort und ohne zusätzliche Gebühren eingetragen. Der Anteil der über das elektronische Portal eTrademark eingereichten Eintragungsgesuche stabilisierte sich bei 97 Prozent. Die Zahl der Markenverlängerungen stieg auf 11 519 um 6 Prozent an. Es wurden insgesamt 32 357 kostenlose Registermutationen (Übertragungen, Vertreteränderungen, Sitzverlegungen, Adress- oder Firmenänderungen usw.) vorgenommen.

Die nationalen Patentanmeldungen waren weiter rückläufig und sanken auf 1 591 (Vorjahr 1 795). Viele dieser Anmeldungen werden gemacht, um ein Prioritätsdatum für eine Europäische (EP) oder internationale (PCT) Anmeldung zu erhalten. Diese Patentanmeldungen werden in der Schweiz nicht weiterverfolgt und gelangen somit beim IGE nicht in die Prüfung. Die Anmeldezahlen beim Europäischen Patentamt, auch von Schweizer Firmen, sind weiterhin am Steigen. Dies bestätigt den Trend, weg von den nationalen, hin zu den Europäischen Patenten. Inzwischen sind 94 Prozent der in der Schweiz gültigen Patente europäische.

Die Designanmeldungen sanken im Geschäftsjahr 2017/18 im Vergleich zum Vorjahr um 10 Prozent auf 780 Hinterlegungen. Bei der Anzahl geschützter Gegenstände konnte aber eine Zunahme von 2'752 (Vorjahr) auf neu 2'888 registriert werden.

- **Ministerialaufgaben**

Die Botschaft zur Legislaturplanung 2015–2019 vom 27. Januar 2016 (BBl 2016 1105) führt im Gesetzgebungsprogramm (Anhang 1) unter dem Ziel 2 („Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit“) neben fünf Richtliniengeschäften 13 weitere Geschäfte auf, darunter die Botschaft zur Änderung des Urheberrechtsgesetzes. Gemäss den Jahreszielen des Bundesrates (Die Ziele des Bundesrates 2017 – Band

1) sollte dieser im zweiten Halbjahr 2017 eine Botschaft zu einer Teilrevision des Urheberrechts verabschieden.

Am 22.11.2017 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft zu einer Teilrevision des Urheberrechtsgesetzes sowie zur Genehmigung zweier Abkommen der Weltorganisation für geistiges Eigentum. Die Vorlage wurde vom Nationalrat als Erstrat in der Wintersession 2018 behandelt. Der Nationalrat hat sich eng an den Entwurf des Bundesrats gehalten.

Weiter konnten zwei legislative Projekte zu Ende geführt werden: Die Teilrevision des Patentgesetzes (als Teil der HMG-Revision) und eine Teilrevision des Patentgerichtsgesetzes.

- **Freie Dienstleistungen**

Zum gesetzlichen Leistungsauftrag des IGE gehört auch die Erbringung von Informationsdienstleistungen auf der Grundlage des Privatrechts.

Bei den Patent- und Technologierecherchen konnte der Umsatz auf 5,37 Millionen Franken um 7,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden. Der Umsatz der Markenrecherche ging im Vergleich zum Vorjahr um 19,5 Prozent zurück. Die Konkurrenz durch kostenlose Datenbanken, die von verschiedenen Ämtern angeboten werden und Sparanstrengungen einiger Unternehmungen tragen zum Rückgang bei. In beiden Teilbereichen wurde die verlangte Kostendeckung erreicht.

2. **Finanzielle Ziele**

Im Geschäftsjahr 2017/18 erzielte das IGE einen Betriebsgewinn von 7,7 Millionen Franken. Eine Verbesserung der Prognose über die langfristigen Renditeerwartungen führte im Bereich der Vorsorgeverpflichtungen zudem zu einem versicherungsmathematischen Gewinn von 7,7 Millionen Franken. Das Eigenkapital betrug per 30.6.2018 64,6 Millionen Franken.

Mit einem Anteil von 88 Prozent stellen die Gebühren die weitaus wichtigste Erlösposition des IGE dar. Dass sie im Geschäftsjahr 2017/18 um 2 Millionen Franken höher liegen als im Vorjahr, hat hauptsächlich zwei Gründe: die Auflösung einer Abgrenzung für Markenhinterlegungsgebühren und ein Anstieg der Aufrechterhaltungsgebühren für Marken und Europäische Patente. Gemäss den vom IGE angewandten International Financial Reporting Standards (IFRS) dürfen die Hinterlegungsgebühren für Marken erst im Zeitpunkt des Verfahrensabschlusses als Erlös verbucht werden. Weil mit der früheren Software BAGIS keine einzelgebührengenaue Abgrenzung möglich war, wurde ein pauschal abgegrenzter Betrag auf jedes Monatsende hin erhöht oder reduziert, je nachdem wie sich die Zahl der hängigen Verfahren gegenüber dem Vormonat verändert hatte. Mit der neuen elektronischen Schutzrechtsverwaltung ESV wird jede bezahlte Hinterlegungsgebühr einzeln zuerst auf ein Abgrenzungskonto und bei Verfahrensabschluss als Erlös verbucht. Es zeigte

sich, dass die «historische» Abgrenzung deutlich höher war, als es die Zahl der im Zeitpunkt der Umstellung hängigen Markenverfahren gerechtfertigt hätte. Deshalb wurde die Abgrenzung im Umfang des zu hohen Betrags aufgelöst. Der Anstieg der Markenverlängerungen um gut 6 Prozent führte zu Mehreinnahmen von ca. 471 000 Franken gegenüber dem Vorjahr. Auch die Jahresgebühren aus europäischen Patenten stiegen um 785 000 Franken (netto). Zwar erteilte das Europäische Patentamt im Jahr 2017 erneut 12 Prozent mehr Europäische Patente mit Benennung Schweiz als 2016. Die Zunahme fiel bei weitem nicht mehr so hoch aus wie im Kalenderjahr 2016 (+43 %). Allerdings wird stets nur ein Bruchteil dieser erteilten Patente durch Zahlung von Jahresgebühren in der Schweiz in Kraft gehalten.

Einem Nettoerlös von insgesamt 63,2 Millionen Franken steht ein Betriebsaufwand (inkl. Aufwand für Dritteleistungen) von 55,5 Millionen Franken gegenüber. Namentlich der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr an. Einerseits wegen punktuellen Verstärkungen zur Bewältigung der gestiegenen Arbeitslast, andererseits infolge Insourcing des Postbüros, das bisher von einem externen Dienstleister betrieben wurde. Infolge des Insourcing stieg der Personalaufwand und gleichzeitig sank der Verwaltungsaufwand deutlich.

Die Neubewertung der langfristigen Vorsorgeverpflichtungen gemäss IFRS führte zu aktuariellen Gewinnen von insgesamt 7,7 Millionen Franken. Eine Verbesserung der langfristigen Renditeerwartungen auf den Finanzmärkten führte zu einer Erhöhung des technischen Zinssatzes von 0,75 auf 0,95 Prozent, zudem erzielte die Pensionskasse des Bundes PUBLICA eine bessere Performance als erwartet. Die aktuariellen Gewinne werden als «Other Comprehensive Income» (OCI) direkt dem Eigenkapital gutgeschrieben.

Der Betriebsgewinn und das OCI führen zu einem Gesamtergebnis von 15,4 Millionen Franken, welches das Eigenkapital per Ende Geschäftsjahr auf einen Betrag von CHF 64,6 Millionen Franken ansteigen lässt.

Die Revisionsstelle hat die Ordnungsmässigkeit der Rechnungsführung vorbehaltlos bestätigt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Gemäss Art. 2 Abs. 1 Bst. e BPG in Verbindung mit Art. 8 IGEG untersteht das IGE nicht dem BPG. Es ist deshalb nicht direkt an die personalpolitischen Vorgaben des BPG (Art. 4) gebunden, verfolgt aber weitgehend gleichgerichtete Ziele.

Der durchschnittliche Personalbestand stieg leicht von 238 auf 240 Vollzeitstellen an. Das angestrebte hohe Qualifikations- und Leistungsniveau des Personals konnte aufrechterhalten werden. 42 Prozent des Institutspersonals sind Frauen, gleichviel wie im Vorjahr. Der Frauenanteil in Kaderpositionen blieb konstant bei 35,1

Prozent. Der Anteil der Mitarbeitenden in Teilzeitanstellung steht unverändert wie im Vorjahr bei 41,3 Prozent. Die Zahl der Ausbildungsstellen für Lernende und Praktikanten (KV und Informatik) konnte von 10 auf 12 Personen erhöht werden. Von Hochschulpraktika konnten wie im vergangenen Jahr 4 Personen profitieren.

Per 31.12.2018 betrug der Deckungsgrad des Vorsorgewerks IGE bei PUBLICA 101,2 Prozent (Art. 44 BVV2) bzw. 87,2 Prozent (ökonomischer Deckungsgrad). Im Jahr 2018 erzielte PUBLICA eine Negativrendite auf dem Anlagevermögen von -3,5 Prozent. Im Hinblick auf die Senkung von technischem Zinssatz und Umwandlungssatz von Publica per 1.1.2019 folgte das IGE den Vorgaben der Kassenkommission für entsprechende Abfederungsmassnahmen um die Absenkung des bisherigen Leistungsniveaus möglichst entgegenzuwirken. Für Mitarbeitende ab 45 erhöhte es aus freiwerdenden Mitteln zudem die Arbeitgeberbeiträge leicht. Zudem wurde die Möglichkeit von freiwilligen Sparbeiträgen der Arbeitnehmer erweitert.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hielt im Prüfbericht vom 14.9.2018 zuhanden des Institutsrats fest, dass die Jahresrechnung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des IGE zum 30.6.2018 sowie dessen Ertragslage und Cashflows für das dann endende Jahr in Übereinstimmung mit den IFRS vermittelt und dem IGEG entspricht. Das Testat zur geprüften Jahresrechnung wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt. Am 31.10.2018 genehmigte der Institutsrat den auf die Betriebsführung beschränkten *Geschäftsbericht* 2017/18 der Direktion einstimmig. Gleichzeitig nahm er vom Bericht der Revisionsstelle Kenntnis und genehmigte die Jahresrechnung für die Periode 1.7.2017 bis 30.6.2018 einstimmig.

C. Anträge an den Bundesrat

Der *Rechenschaftsbericht* der Direktorin nach Art. 5 Abs. 2 IGEG ist ein umfassender Bericht an den Bundesrat, der die gesamte Tätigkeit des IGE zum Inhalt hat und sich – entsprechend dem Rhythmus der politischen Führung und Aufsicht – jeweils auf ein Kalenderjahr bezieht. Der Rechenschaftsbericht enthält einen besonderen Abschnitt über das Ergebnis der Prüfung durch die Revisionsstelle sowie die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung durch den Institutsrat.

Gestützt darauf hat das EJPD dem Bundesrat den Rechenschaftsbericht zusammen mit dem Antrag auf Entlassung des Institutsrates für das Jahr 2018 zur Genehmigung unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 03.04.2019 den Rechenschaftsbericht des IGE für das Jahr 2018 genehmigt und dem Institutsrat Entlastung erteilt.

Eidgenössisches Institut für Metrologie METAS

Internet: www.metas.ch

Sitz: Köniz

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Institutsrat: Martina Hirayama (Präsidentin bis 31.12.2018), Matthias Kaiserswerth (Präsident ab 1.1.2019), Ulrich W. Suter, Thierry J. L. Courvoisier, Tony Kaiser, Widmer Ursula (ab 12.2.2018)

CEO: Philippe Richard

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Das Eidgenössische Institut für Metrologie METAS hat im Jahr 2018 die strategischen Ziele des Bundesrates erfüllt.

Seine *fachlichen* Ziele hat es erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab. Mit seinem breiten technisch-wissenschaftlichen Know-How in verschiedenen Fachbereichen ist das METAS ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutsam.

Die *finanziellen* Vorgaben wurden erfüllt. Der Selbstfinanzierungsgrad (Erlösanteil aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln) erreichte 58,0 Prozent und das Geschäftsjahr wurde mit einem Jahresergebnis von 4,3 Millionen Franken abgeschlossen. Da im Berichtsjahr versicherungsmathematische Verluste von 9,6 Millionen direkt über das Eigenkapital verbucht werden mussten, beträgt das Eigenkapital per 31.12.2018 -8,9 Millionen.

Bei den *personal- und vorsorgepolitischen* Zielen ist das METAS ebenfalls auf Kurs. Besonders hervorzuheben ist, dass sich das METAS mit seinem breiten Angebot an Lehrstellen bzw. Praktika für Hochschulabsolvierende weiterhin stark für die Berufsbildung und den Eintritt ins Berufsleben engagiert.

Auf Anfang des Berichtsjahres wurde das Zolllabor von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) an das METAS transferiert.

Im November 2018 wurde von der 26. *Conférence générale des poids et mesures*, dem obersten Organ des internationalen Metervertrags von 1875, eine Revision des Internationalen Einheitensystems (SI) von historischer Bedeutung beschlossen. Diese bringt insbesondere eine Neudefinition vieler Masseinheiten mit sich (zum Beispiel wird in Zukunft die Einheit Kilogramm nicht mehr durch das Urkilogramm, sondern durch eine physikalische Naturkonstante definiert werden).

Kennzahlen	2018	2017
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	51,3	48,0
Jahresergebnis (Mio. CHF)	4,3	1,9
Bilanzsumme (Mio. CHF)	50,2	49,7
Eigenkapitalquote in %	-17,7	-7,2
Liquiditätsgrad II (Quick ratio)	4,0	4,6
Anlagedeckungsgrad I	-0,4	-0,2
Anlagedeckungsgrad II	1,8	1,9
Personalbestand (Vollzeitstellen)	187,6	176,9

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Anteil Lernende (%)	7,7	7,7
Frauenanteil total (%)	18,9	19,6
Frauenanteil wiss.-techn. Personal (%)	13,0	11,3
Anzahl CMCs (Calibration and Measurement Capabilities) ¹⁾	395	385
Anteil Ausgaben F+E (%)	13,4	14,4 ²⁾
Vollzugsquote gesetzl. Messwesen ³⁾ (%)	94	94
Investitionsquote ⁴⁾ (%)	6,4	5,6
Techn./ökonom. Deckungsgrad Vorsorgewerk METAS PUBLICA (31.12.2018) (%)	99,9/ 82,4	107,0 / 88,1

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 2 Bst. a-h und Abs. 3 und 4 EIMG (Mio. CHF)	24,0	24,6
Abgeltungen nach Art. 3 Abs. 5 EIMG (weit. zugewiesene Aufgaben; Mio. CHF)	7,5	4,3
Gebühren (Mio. CHF)	7,9	7,9
Drittmittel (ohne Forschung)	8,8	8,6

¹⁾ Von 395 CMCs, die am Jahresende bestehen, entfallen 21 (21) auf das designierte Institut IRA, 6 (6) auf das designierte Institut PMOD und 23 (23) auf das designierte Institut Roth+CO AG.

²⁾ In Absprache mit der EFK nachträglich korrigiert, um die Vergleichbarkeit mit 2018 zu ermöglichen.

³⁾ Anzahl durchgeführte Eichungen zur Anzahl zur Eichung fälliger Messmittel.

⁴⁾ Nettoinvestitionen im Verhältnis zu den Anschaffungskosten des Anlagevermögens.

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Das METAS ist das nationale Metrologieinstitut der Schweiz. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Schweizer Wirtschaft, Forschung und Verwaltung mit der erforderlichen Genauigkeit messen kann. Weiter hat das METAS sicherzustellen, dass die zum Schutz von Mensch und Umwelt notwendigen Messungen richtig und rechtskonform durchgeführt werden.

Diese fachlichen Ziele hat das METAS im Berichtsjahr erreicht. Das Angebot der Dienstleistungen und der Infrastruktur des METAS deckt den grössten Teil der Bedürfnisse der Industrie und die Bedürfnisse im gesetzlich geregelten Bereich ab.

Das METAS konnte den Bedarf der Industrie grösstenteils abdecken; dank gut funktionierender internationaler Zusammenarbeit und Kooperationen können im Inland nicht angebotene metrologische Dienstleistungen von ausländischen Metrologieinstituten bezogen werden. Die geringe Zahl der Reklamationen im Verhältnis zur Zahl der ausgestellten Zertifikate spricht für gute Kundenzufriedenheit. Gegenüber dem Vorjahr konnte das Volumen der Drittmittel (ohne Forschungsmittel) leicht gesteigert werden von 8,6 Millionen auf 8,8 Millionen Franken. Der Anstieg ist ein Zeichen dafür, dass die Dienstleistungen des METAS einem Marktbedürfnis entsprechen. Angesichts des Schweizer Preisniveaus und des Kostendrucks ist es für das METAS weiterhin eine Herausforderung, sich auch in Zukunft im Wettbewerb mit anderen nationalen Metrologieinstituten zu positionieren.

In der gesetzlichen Metrologie lagen die Schwergewichte der Tätigkeit auf Arbeiten zur Überprüfung der Eichfristen bei Messmitteln, der Rechtsanwendung und auf Revisionsarbeiten von verschiedenen Erlassen der Metrologie.

Das METAS berücksichtigt bei seiner Aufgabenerfüllung das internationale Umfeld, indem es sich mit anderen nationalen Metrologieinstituten vernetzt und mit diesen zusammenarbeitet, insbesondere im Rahmen der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute EURAMET, und indem es in internationalen Organisationen und Verbänden mitwirkt.

Die Forschung des METAS findet zu einem grossen Teil über die Beteiligung an Projekten im Rahmen des Europäischen Metrologie-Forschungs- und Entwicklungsprogramms statt (seit 2014: European Metrology Programme for Innovation and Research EMPIR; Teil des EU-Förderprogramms für Forschung und Innovation Horizon 2020). Das METAS konnte im Berichtsjahr erfolgreich an Calls von EMPIR teilnehmen und sich eine Beteiligung von 1,6 Millionen Euro (Vorjahr: EUR 0,5 Mio.) sichern. Die Erfolgsrate liegt mit 82,6 Prozent deutlich über der mittleren Erfolgsrate im Programm von 54 Prozent.

Das Engagement der Mitarbeitenden des METAS auf internationaler Ebene ist weiterhin bedeutsam. In EURAMET, der Europäischen Vereinigung der nationalen Metrologieinstitute, nimmt das METAS eine aktive und gestaltende Rolle ein. Von Juni 2015 bis Juni 2018 hat der Forschungsverantwortliche des METAS EURAMET als Vorsitzender geleitet. Das METAS stellt auch den Vorsitzenden des Technischen Komitee «Metrology in Chemistry». Der Leiter des Labors Optik ist zum Präsidenten der Commission Internationale de l'Éclairage (CIE), der internationalen Körperschaft für Normen und Standardisierung auf dem Gebiet der Lichttechnik und der Beleuchtung, gewählt worden. Er wird diese Funktion im Juni 2019 übernehmen. Der stellvertretende Direktor des METAS leitet die WELMEC, die europäische Vereinigung für gesetzliche Metrologie. Der Direktor des METAS ist Mitglied des Comité international des poids et mesures (CIPM).

Das METAS hält die strategischen Grundsätze für die Labore des Bundes gemäss dem Bericht «Strategische Grundsätze und Masterplan für die Labore des Bundes» vom 17.8.2011 ein und unterstützt eine umfassende Umsetzung der Strategie auf Stufe Bund.

Auf Anfang des Berichtsjahres wurde das Zolllabor (Einheiten Lebensmittel und Technische Produkte) von der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) an das METAS transferiert. Die Überführung des Labors ins METAS sichert der EZV den langfristigen Erhalt ihrer Laborleistungen aus einer Hand. Die naturwissenschaftlich-technische Ausrichtung des METAS ermöglicht dem Zolllabor Entwicklungsmöglichkeiten in der Zukunft. Zusätzlich musste so keine Zwischenlösung für die Laborunterbringung während des Umbaus der Gebäude der EZV gesucht und finanziert werden. Die Auslagerung entspricht der Laborstrategie des Bundes, die eine Konzentration der Labore an geeigneten Standorten fordert.

Das METAS unterstützt den Innovationsprozess und die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Wirtschaft mit dem vorhandenen Expertenwissen und der metrologischen Infrastruktur sowie mit anwendungsorientierten Forschungsprojekten in Zusammenarbeit mit Industriepartnern (namentlich im Rahmen von KTI-/Innosuisse-Projekten) gezielt.

Das METAS verfügt über ein breites technisch-wissenschaftliches Know-how. Das fundierte messtechnische Wissen ist für die Industrie nicht nur in Form von Kalibrier- und Messdienstleistungen nutzbar, sondern auch direkt für Produktentwicklungen oder Prozessoptimierungen. Aus diesem Grund ist das METAS in verschiedenen Bereichen ein interessanter Kooperationspartner für die Industrie. Seit Januar 2013 ist das METAS beitragsberechtigte Forschungsinstitution bei der Innosuisse (vormals Kommission für Technologie und Innovation KTI). Bisher wurden zwölf Projektvorschläge (einer im Jahr 2018) bewilligt.

2. Finanzielle Ziele

Das METAS hat die finanziellen Ziele erreicht. Die Vorgabe, mindestens 45 Prozent des Jahresbudgets aus Gebühren, Abgeltungen und Drittmitteln zu finanzieren, konnte es mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 58,0 Prozent (Vorjahr 50,9 %) übertreffen. Der Selbstfinanzierungsgrad vor Berücksichtigung der Pensionskassenverpflichtungen gemäss dem Rechnungslegungsstandard IPSAS 39 beträgt 53,5 Prozent (Vorjahr 52,8 %). Im Weiteren war das METAS, gestützt auf eine langfristige Investitionsplanung, in der Lage, im Berichtsjahr sämtliche Investitionen aus selbst erwirtschafteten Mitteln (Cash Flow) zu finanzieren. Die Erfolgsrechnung konnte mit einem Überschuss von 4,3 Millionen Franken (Vorjahr 1,9 Mio.) abgeschlossen werden. Der Gewinn wird dem Konto Gewinnvortrag gutgeschrieben. Er wird für die Verminderung des negativen Eigenkapitals verwendet. Das Eigenkapital beträgt per 31.12.2018 -8,9 Millionen. Im Berichtsjahr mussten versicherungsmathematische Verluste in der Höhe von 9,6 Millionen direkt über das Eigenkapital verbucht werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Die personal- und vorsorgepolitischen Ziele wurden erfüllt. Das METAS engagiert sich weiterhin stark für die Berufsbildung, was sich am vergleichsweise hohen Anteil der Lernenden in Bezug auf den Gesamtpersonalbestand zeigt. Sechs verschiedene Berufsausbildungen vorwiegend technischer Richtung werden am METAS angeboten. Auch 2018 konnten alle Lehrgängerinnen und Lehrgänger ihre Ausbildung erfolgreich abschliessen. Zudem konnten davon zwei Personen in befristeten Anstellungsverhältnissen weiterbeschäftigt werden. Das METAS bietet zudem, insbesondere im Rahmen von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, auch eine Reihe von mehrmonatigen Praktika für Studierende von Hochschulen oder Universitäten an. Es ist erfreulich festzustellen, dass das METAS bereits im Herbst 2018 alle Lehrstellen für Sommer hat besetzen können. Ab dem Jahr 2019 wird das METAS noch mehr Lernende ausbilden können.

Der Personalbestand des METAS hat im Jahr 2018 um 5,7 Prozent zugenommen (von 176,9 auf 187,6 Vollzeitstellen). Der Grund für diese Zunahme ist der in Kapitel 1 dargelegte Transfer des Zolllabors. Die Überführung der Laborinfrastruktur und der 16 Mitarbeitenden des Zolllabors erfolgte auf den 1.1.2018.

Am METAS sind vorwiegend technisch oder naturwissenschaftlich ausgebildete Mitarbeitende tätig. Eine personalpolitische Herausforderung stellt stets die Rekrutierung von Frauen in diesen nach wie vor männer-dominierten Berufsgruppen dar. Im Berichtsjahr ist der Frauenanteil insgesamt leicht gesunken (von 19,6 % auf 18,9 %), hingegen konnte der Anteil der Frauen im Kader gesteigert werden (von 13,5 % auf 18,6 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Das METAS ist an keinen Kooperationen beteiligt und hat keine Beteiligung an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 15.2.2019 fest, dass die Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 2018 ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit dem Rechnungslegungsstandard IPSAS und dem EIMG vermittelt. Das Testat wurde ohne Einschränkung und Hinweis erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Institutsrat erstellt nach Artikel 8 Buchstabe g EIMG (SR 941.27) den Geschäftsbericht, mit dem er gleichzeitig über die Erreichung der strategischen Ziele rapportiert. Er hat dem Bundesrat diese Unterlagen zum Geschäftsjahr 2018 zusammen mit dem Antrag über die Gewinnverwendung und auf seine Entlastung zur Genehmigung und den Bericht der Revisionsstelle vom 15.2.2019 zur Kenntnisnahme unterbreitet.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 5.9.2018 die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) für die Periode 2019 bis 2021 als Revisionsstelle für das METAS wiedergewählt.

Der Bundesrat hat am 3.4.2019 den Geschäftsbericht des METAS für das Jahr 2018 genehmigt, dem Antrag über die Gewinnverwendung stattgegeben und den Mitgliedern des Institutsrats Entlastung erteilt.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

Die Präsidentin des Institutsrats des METAS, Frau Professor Dr. Martina Hirayama, wurde am 4.7.2018 vom Bundesrat zur neuen Leiterin des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) per 1.1.2019 ernannt. Aufgrund ihrer Wahl hatte sie ihren Rücktritt aus dem Institutsrat per 31.12.2018 erklärt. Am 6.11.2018 hat der Bundesrat Herrn Dr. Matthias Kaiserswerth zum Präsidenten des Institutsrats des METAS für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.12.2019) gewählt.

Die 26. *Conférence générale des poids et mesures*, das oberste Organ des internationalen Metervertrags von 1875, hat im November 2018 in Versailles eine Revision des Internationalen Einheitensystems (SI) von historischer Bedeutung beschlossen. In Zukunft werden alle Masseinheiten mit Hilfe von Naturkonstanten definiert, insbesondere auch die Einheit der Masse, das Kilogramm, das bis jetzt noch durch das Urkilogramm in Paris, definiert war. Damit ist das Kilogramm, wie alle andere Einheiten auch, nicht mehr von einem lokal vorhandenen

Referenzmass abhängig, sondern universal definiert. Das ermöglicht es, unser Einheitensystem an Entwicklungen in Wissenschaft und Technik und an zukünftige Herausforderungen anzupassen. Wissenschaftlich-technisch ist das eine fundamentale Änderung der Grundlagen des SI und unserer Masseinheiten, für das Messen im Alltag wird sich aber nichts ändern.

Eidgenössische Revisionsaufsichtsbehörde RAB

Internet: www.rab-asr.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: Wanda Eriksen-Grundbacher (Präsidentin), Prof. Sabine Kilgus (Vizepräsidentin), Prof. Conrad Meyer, Prof. Daniel Oyon, Viktor Balli

Direktor: Frank Schneider

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Die Umsetzung der strategischen Ziele für die Periode 2016-19 verlief aus Sicht des Bundesrates im Jahr 2018 nach Plan.

Die *aufgaben- und unternehmensbezogenen* Ziele wurden weitestgehend erreicht. Die risikoorientierte Aufsicht über die aktuell 29 staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen verläuft in Übereinstimmung mit den definierten Aufsichtskonzepten. Dabei berücksichtigt die RAB langfristige Trends wie die fortschreitende Digitalisierung der Branche und reagiert auch auf kurzfristig aufkommende Aufsichtsthemen (z.B. Mängel in der Revision der PostAuto Schweiz AG).

Der Bundesrat hat 2017 entschieden, dass im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht kein grundsätzlicher gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht. Er will jedoch sieben Empfehlungen vertieft abklären lassen und so den aktuellen Rechtsrahmen gegebenenfalls optimieren. Die Arbeiten dazu unter der Federführung des Bundesamtes für Justiz stehen noch an.

Die RAB hat die Optimierung ihrer Prozesse weiter vorangetrieben und eine neue IT-Plattform lanciert. Die Plattform ist seit Juni 2018 produktiv gesetzt. Per Ende 2018 ist die Optimierung der internen Prozesse (Einführung einer GEVER-konformen Software) jedoch noch nicht abgeschlossen.

Im Bereich der internationalen Anerkennung laufen derzeit die Verhandlungen mit einer europäischen Revisionsaufsichtsbehörde zum Abschluss eines bilateralen Memorandum of Understanding (MoU) zur Zusammenarbeit. 2018 sind im Weiteren in der Schweiz zwei Joint Inspections mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde durchgeführt worden.

Die *finanziellen* Ziele der RAB wurden erreicht. Ebenso konnte sie ihre personal- und vorsorgepolitischen Ziele einhalten.

Kennzahlen	2018	2017
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	6,9	6,6
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0	0
Bilanzsumme (Mio. CHF)	6,8	7,2
Eigenkapitalquote in %	73,3	69,3
Personalbestand (Vollzeitstellen)	26,4	25,3
Anstaltsspezifische Kennzahlen		
Gesamtzahl Zulassungen (natürliche Personen und Revisionsunternehmen)	11 483	11 841
Anzahl staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen	29	31
Techn. Deckungsgrad PUBLICA	101,9	108,2
Ökonom. Deckungsgrad PUBLIC	103,1	108,6
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren und Aufsichtsabgaben (Mio. CHF)	6,9	6,6

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

- Grundsatz

Zweck und Grundauftrag der RAB ergeben sich aus dem Revisionsaufsichtsgesetz von 2005 (RAG; SR 221.302). Gestützt darauf umfassen die Hauptaufgaben der RAB die Zulassung von Personen und Unternehmen, die gesetzlich vorgeschriebene Revisionsdienstleistungen erbringen, die Beaufsichtigung der Revisionsstellen und Prüfgesellschaften von Gesellschaften des öffentlichen Interesses und die Abwicklung der internationalen Amtshilfe im Bereich der Revisionsaufsicht. Die strategischen Ziele innerhalb dieses gesetzlichen Auftrages werden vom Verwaltungsrat der RAB erlassen und vom Bundesrat genehmigt. Die aktuellen strategischen Ziele umfassen den Zeitraum von 2016-19.

* Strategische Ziele: <https://www.rab-asr.ch/#/page/126>

- *Risikoorientierte Aufsicht (Ziel 1)*

Im Bereich der Aufsicht steht unverändert die risikoorientierte Durchsetzung der gesetzlichen und berufsständischen Vorgaben für Revisionsdienstleistungen im Fokus. Die fünf grossen Revisionsunternehmen (sog. «Big-5»), die jeweils mehr als 50 Gesellschaften des öffentlichen Interesses prüfen, werden jährlich und alle übrigen staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen je nach Tätigkeitsgebiet alle drei oder fünf Jahre inspiziert.

2018 wurden bei staatlich beaufsichtigten Revisionsunternehmen insgesamt 19 Überprüfungen (Vorjahr: 16) in Übereinstimmung mit den jeweiligen Aufsichtskonzepten durchgeführt. Zwei Überprüfungen wurden mit Inspektionen der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) koordiniert. Weitere vier Überprüfungen haben in der Form einer sog. ad hoc-Überprüfung stattgefunden (Vorjahr: 2), welche vom üblichen Inspektionsrhythmus abweicht. Eine davon war die Überprüfung der Revisionsarbeiten der KPMG AG bei der PostAuto Schweiz AG, zu deren Ergebnis die RAB auch öffentlich kommuniziert hat. Wo die RAB auf wesentliche Mängel gestossen ist, hat sie deren Beseitigung sichergestellt. Bei schwerwiegendem Fehlverhalten wurden angemessene Sanktionen ausgesprochen.

Neben der konsequenten Ahnung von Verstössen sind auch präventive Massnahmen wirkungsvoll. Dazu gehört u.a. der laufende Kontakt mit den Verwaltungsräten bzw. den Audit Committees der geprüften Unternehmen. 2018 hat die RAB einen halbtägigen Workshop für Mitglieder von Audit Committees durchgeführt. Der Anlass wurde von rund 80 Personen besucht.

Die RAB begleitet und beobachtet weiterhin die fortschreitende Digitalisierung der Wirtschaftsprüfung. Insbesondere hat sie erneut im Rahmen ihrer Inspektionen die Anwendung von neuen Techniken zur Datenanalyse überprüft. Die absehbaren technologischen Fortschritte werden die Revision in den nächsten Jahren stark verändern. Dies ist als Chance zu sehen, um Qualität und Relevanz der Prüfung zu erhöhen.

- *Infrastruktur (Ziel 2)*

Die RAB hat die Optimierung ihrer Prozesse weiter vorangetrieben und eine neue IT-Plattform lanciert. Die Plattform wurde im Juni 2018 produktiv gesetzt.

- *Regulierung (Ziel 3)*

Der Bundesrat hat 2017 den Expertenbericht von Peter Ochsner und Daniel Suter zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf im Revisions- und Revisionsaufsichtsrecht zur Kenntnis genommen. Er ist zum Schluss gekommen, dass kein grundsätzlicher Handlungsbedarf besteht. Der Bundesrat will jedoch sieben Empfehlungen vertieft abklären lassen und so den aktuellen Rechtsrahmen gegebenenfalls optimieren. Die Arbeiten dazu stehen noch an,

wobei die Federführung beim Bundesamt für Justiz (BJ) liegt.

Im Rahmen der parlamentarischen Initiative Schneeberger (15.472) hat das Parlament geprüft, ob die rechtlichen Vorgaben für die eingeschränkte Revision in den Bereichen Unabhängigkeit, punktuelle Revisionsdienstleistungen, Abnahmeempfehlung im Revisionsbericht, Anzeigepflicht, Dokumentation und Haftung erheblich dereguliert werden sollen. Der Ständerat hat am 4. Juni 2018 entschieden, dem Vorstoss keine Folge zu geben.

Die aktuelle Definition der «Gesellschaft des öffentlichen Interesses» (börsenkotierte Unternehmen und Finanzinstitute) ist aus Sicht der RAB nach wie vor zu eng ausgestaltet. Zumindest grosse Vorsorgeeinrichtungen und staatsnahe Unternehmen (s. vorstehend zur PostAuto Schweiz AG), bei denen das öffentliche Interesse evident ist, sollten ebenfalls als Gesellschaften des öffentlichen Interesses qualifiziert und folglich durch ein staatlich beaufsichtigtes Revisionsunternehmen geprüft werden.

- *Zulassung (Ziel 4)*

Die Zulassung von Revisionsunternehmen ist im Gegensatz zur Zulassung von natürlichen Personen gesetzlich befristet und alle fünf Jahre zu erneuern. 2018 hat die erwartete Welle von Erneuerungsgesuchen angefangen. Im Rahmen der auslaufenden Zulassungen hat die Einführung der Pflicht zum Betrieb einer internen Qualitätssicherung für alle Revisionsunternehmen per 1. Oktober 2017 weiterhin eine gewisse Wirkung. So haben vorab Unternehmen, die keine oder nur wenige Revisionen durchführen, auf die Zulassung verzichtet oder sich mit anderen Revisionsunternehmen zusammengeschlossen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass sich die aktuelle Anzahl der Revisionsunternehmen nach der laufenden Übergangsphase stabilisieren wird.

Die RAB hat sich im Kontakt mit verschiedenen Behörden weiter dafür eingesetzt, dass (bisherige oder künftige) Spezialzulassungen im Revisionswesen durch die RAB auszusprechen sind. Mit der Inkraftsetzung des Geldspielgesetzes per 1. Januar 2019 wurden die bisherigen Zulassungen der Eidg. Spielbankenkommission für die Prüfung von Spielbanken aufgehoben und aus dem Revisorenregister der RAB gelöscht. Wie es mit den zulassungsähnlichen Vorgaben der Oberaufsichtskommission Berufliche Vorsorge (OAK BV) für Revisionsstellen von Vorsorgeeinrichtungen weitergeht, wird sich im Rahmen der Überprüfung im Nachgang zum Expertenbericht Ochsner/Suter weisen (s. vorne Ziff. 3). Im Bericht vom 30. November 2018 zum Postulat 16.3733 Ettliln kommt der Bundesrat zum Schluss, dass ausschliesslich die RAB für Zulassung und Aufsicht im Revisionswesen zuständig ist.

- *Internationale Best Practice (Ziel 5)*

Die wichtigsten Empfehlungen zur Organisation von Aufsichtsbehörden und zur Durchführung von Inspektionen werden vom «International Forum of Independent Audit Regulators (IFIAR)» und vom «EU Committee of European Audit Oversight Boards (CEAOB)» erarbeitet. Die RAB ist seit 2007 Mitglied der IFIAR und seit 2016 Beobachterin beim CEOAB. Sie berücksichtigt die Grundsätze der IFIAR und des CEOAB in ihrer Aufsichtstätigkeit.

- *Standardsetting (Ziel 6)*

Die RAB hat auch im Jahr 2018 aktiv am nationalen und internationalen Standardsetting des Berufsstandes teilgenommen und stellt mittels ihrer Eingaben sicher, dass qualitative Aspekte die notwendige Aufmerksamkeit erhalten.

Im Übrigen bleibt die RAB bei der Schaffung eigener Regularien zurückhaltend. 2018 hat sie keine Rundschreiben nachgeführt oder neue Rundschreiben erlassen.

- *Mehr Transparenz im Enforcement (Ziel 7)*

Die RAB hat alle rechtskräftigen Gerichtsurteile, die für oder gegen sie ergangen sind, auf ihrer Homepage veröffentlicht. 2018 haben sich die zuständigen Gerichte in sechs Urteilen mit der Praxis der RAB auseinandergesetzt. Diese Praxis wurde mit der Ausnahme der Entzugsdauer gutgeheissen.

2018 sind 64 Hinweise Dritter auf mögliche Normverstösse bei der RAB eingegangen (Vorjahr: 51). Davon betreffen 30 staatlich beaufsichtigte Revisionsunternehmen (Vorjahr: 28). Als Folge dieser Meldungen wurden bisher zwei Verfahren (Vorjahr: 2) eingeleitet; vereinzelte Abklärungen laufen allerdings noch.

- *Kooperation mit dem Ausland (Ziel 8)*

Im Verhältnis zu den USA wurden 2018 zwei Joint Inspections mit der US-amerikanischen Revisionsaufsichtsbehörde (PCAOB) in der Schweiz durchgeführt. Auf eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf gemeinsamen Mandaten während des dritten Inspektionszyklus von 2017-19 wird weiterhin verzichtet.

Per Ende 2018 laufen noch die Verhandlungen mit einer europäischen Revisionsaufsichtsbehörde zum Abschluss eines weiteren Memorandum of Understanding (MoU) zur Zusammenarbeit.

Die RAB arbeitet weiterhin auf eine möglichst vollständige gegenseitige Anerkennung und damit auf den Grundsatz der sog. Heimatstaatenaufsicht hin. Sie hat 2018 die Amtshilfesuche zweier ausländischer Revisionsaufsichtsbehörden abgelehnt, welche diesen Grundsatz nicht genügend respektiert haben.

2018 hat sich die RAB wiederum in die Diskussionen im Rahmen der IFIAR und anderer internationaler Gremien

eingebraucht und hat dabei die Interessen der Schweiz vertreten. Die RAB ist weiterhin im Board der IFIAR vertreten und stellt mit ihrem Direktor für zwei Jahre den Vizepräsidenten (Vice-Chairman). Zudem wurde der Leiter Recht & Internationales zum Vorsitzenden der Enforcement Working Group gewählt. Die IFIAR hat für die RAB unverändert einen hohen Nutzen. Dazu zählen der direkte Kontakt mit den globalen Revisionsnetzwerken, die Schulung in den Bereichen Inspektion und Enforcement, der Austausch von Wissen über das Marktumfeld im Revisionsbereich und die praktischen Erfahrungen in der unabhängigen Revisionsaufsicht.

2. Finanzielle Ziele (Ziel 9)

Die RAB finanziert sich ausschliesslich über Gebühren und Aufsichtsabgaben der zugelassenen und beaufsichtigten Personen und Revisionsunternehmen. Bundesgelder werden keine beansprucht. Das Budget für das Jahr 2018 von rund 6,8 Millionen Franken wurde insgesamt eingehalten bzw. Gebühren für zusätzliche Aufwände verursachergerecht erhoben (ad hoc-Überprüfungen). Die vom Gesetz verlangte Reserve (Art. 35 Abs. 3 RAG; Stand Ende 2018: CHF 5,0 Mio.) ist mit Blick auf die aktuellen Risiken angemessen. Die finanzielle Belastung der Revisionsunternehmen ist im Vergleich zum Vorjahr gleichgeblieben.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele (Ziel 10)

Die RAB darf als attraktive Arbeitgeberin für Spezialistinnen und Spezialisten der Wirtschaftsprüfung, Rechnungslegung und Aufsicht über den Finanzmarkt gelten. Offene Stellen konnten schnell und vollwertig wiederbesetzt werden. Auf der vorsorgepolitischen Seite der Anstellungsverhältnisse orientiert sich die RAB am Bund.

Im Einklang mit anderen öffentlich-rechtlichen und privaten Arbeitgebern verzichtet die RAB ab 2019 auf die Ausrichtung von variablen Lohnbestandteilen für die Mitarbeitenden unterhalb der Stufe Geschäftsleitung.

Der Personalbestand von 26,4 Vollzeitstellen ist mit dem Bestand zum Vorjahr (25,3) vergleichbar. Die Fluktuationsrate ist 2018 mit 3,2 Prozent stabil geblieben (2017: 3,3 %).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Die RAB ist an keinen Kooperationen beteiligt und hält keine Beteiligungen an anderen Rechtsträgern.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle hält in ihrem Bericht vom 4. März 2019 fest, dass sie auf keine Sachverhalte gestossen ist, aus denen sie schliessen müsste, dass die Jahresrechnung 2018 nicht dem Gesetz entspricht. Das Testat wurde ohne Einschränkungen oder Hinweise erteilt.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat hat dem Bundesrat beantragt, den Geschäftsbericht 2018 zu genehmigen, den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis zu nehmen und die Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2018 zu entlasten.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat den Anträgen des Verwaltungsrates am 3. April 2019 zugestimmt.

Eidgenössisches Hochschulinstitut für Berufsbildung EHB

Internet: www.ehb.swiss

Sitz: Bern

Rechtsform: Anstalt des Bundes

EHB-Rat: Philippe Gnaegi (Präsident), Angelika Locher Schmid (Vizepräsidentin), Olivier Dinichert, Prof. Winfried Kronig, Amalia Mirante, Claude Pottier, Andri Ruesch, Claude-Alain Vuille, Amalia Zurkirchen

Direktorin: Prof. Cornelia Oertle (bis 31.12.2018)

Externe Revisionsstelle: BDO AG, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Das Berichtsjahr 2018 stand wiederum im Zeichen der Digitalisierung. Grosse Beachtung fand die Tagung DigitalSkills, an der Fragen zur Digitalisierung der Berufsbildung diskutiert und vertieft wurden. Auch die Publikation des Trendberichts «Digitalisierung und Berufsbildung» des Schweizerischen Observatoriums für die Berufsbildung lieferte wichtige Denkanstösse.

Im Hinblick auf die Akkreditierung als Hochschule wurden Massnahmen zur Verbindung von Forschung Lehre, Projekte im Bereich des Qualitäts- und Prozessmanagements sowie der Corporate Social Responsibility umgesetzt. Um noch vermehrt Synergien im Angebot von Aus- und Weiterbildungen für Berufsbildungsverantwortliche in der Deutschschweiz zu nutzen, schloss das EHB bilaterale Zusammenarbeitsvereinbarungen mit den Pädagogischen Hochschulen Luzern und St. Gallen ab.

Die Jahresrechnung schliesst mit einem Gewinn von 0,5 Millionen Franken ab. Die personalpolitischen Ziele (bspw. Lohngleichheit, Vereinbarkeit Beruf und Familie) wurden erreicht.

2019 steht das EHB vor diversen Herausforderungen. Insbesondere die Positionierung in der Hochschullandschaft muss weiter vorangetrieben und die Entwicklung der Angebote in der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungsverantwortlichen verbessert werden. Weiter gilt es die Gesamtzufriedenheitsquote bei Diplom- und Zertifikatsstudiengängen zu steigern.

Der Bundesrat ist gestützt auf den Geschäftsbericht des EHB zum Schluss gelangt, dass das EHB seinem gesetzlichen Auftrag in wirksamer Weise nachgekommen ist. Das EHB ist in allen Landesteilen gut vertreten und pflegt die Nähe zur Arbeitswelt. Es trägt zur Weiterentwicklung der Berufsbildung bei und präsentiert Lösungsvorschläge zu den aktuellen Herausforderungen in der Berufsbildung, die derzeit stark vom digitalen Wandel geprägt sind.

Kennzahlen	2018	2017
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	46,8	46,6
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	0,5	0,1
Bilanzsumme (Mio. CHF)	8,1	7,8
Eigenkapitalquote in %	39,2	34,5
Personalbestand (Vollzeitstellen)	170	170

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Abschlüsse: Diplome	214	192
Abschlüsse: Zertifikate	793	864
Abschlüsse: Zusatzausbildungen	278	332
Projekte Berufsentwicklung	191	206
Forschungsprojekte	40	42
Techn. Deckungsgrad PUBLICA	100,1	106,5
Ökonom. Deckungsgrad PUBLICA	84,3	88,9

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	39,4	40
Einnahmen: Dienstleistungen / Forschungsprojekte/ Gebühren (Mio. CHF)	7,1	6,6

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Das EHB nimmt seine Rolle als Expertenorganisation des Bundes für die Berufsbildung wahr und ist ein kompetenter und verlässlicher Ansprechpartner für die Verbundpartner.

Im Fokus des EHB stand wiederum die Digitalisierung. Beispielsweise mit dem neuen Projekt trans:formation, ein Projekt im Rahmen des Förderschwerpunkts des Bundes zur digitalen Transformation der Berufsbildung. Für dieses Projekt stehen dem EHB zusätzliche Mittel im Umfang von drei Millionen für die Jahre 2019 und 2020 zur Verfügung. Dabei unterstützt das EHB die Berufsfachschulen bei ihrer

* Strategische Ziele: <https://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2016/8541.pdf>

digitalen Transformation: von der Analyse mittels Digi-Check über Projektbegleitungen bis zu massgeschneiderter Weiterbildung für Schulen und Lehrpersonen. An der DigitalSkills-Tagung wurde ein Trendbericht zur Zukunft der Berufsbildung unter Berücksichtigung der Digitalisierung vorgestellt. Beim Themenfeld Mehrsprachigkeit und Mobilität stand die zweite nationale Bili-Tagung im Zentrum. Dabei wurde das Thema bilingualer Unterricht in der Berufsbildung breit diskutiert. Im Themenfeld Fachkräfte- und Qualifikationsbedarf wurden mit der Laufbahnstudie SAVOIRSOCIAL zu den Ausbildungs- und Erwerbsverläufen im Sozialbereich und mit der vierten Kosten-Nutzen-Erhebung der betrieblichen Grundbildung aus Sicht der Betriebe zwei wichtige Studien im Berichtsjahr abgeschlossen. Diese Ergebnisse sind für die Beantwortung von strategischen Zukunftsfragen der Berufsbildung nützlich.

Das EHB erfüllt Aufgaben von nationalem Interesse, steht im Dialog mit der Gesellschaft und trägt zur nachhaltigen Entwicklung von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt bei.

Mit spezifischen Aus- und Weiterbildungslehrgängen berücksichtigt das EHB die unterschiedlichen Bedürfnisse der drei Sprachregionen. An den Schweizer Berufsmeisterschaften SwissSkills war das EHB breit mit diversen Netzwerkveranstaltungen vertreten und konnte an drei Sendungen von Radio SRF mitwirken. Schliesslich hat die Geschäftsstelle Corporate Social Responsibility Massnahmen zum verbesserten Umweltmanagement angestossen. Mit der Steigerung des Frauenanteils im Kader auf 51 Prozent konnte ein wichtiger Beitrag zum Bereich Gender- und Diversitymanagement geleistet werden.

Das EHB greift die Problemstellungen und Strömungen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt frühzeitig auf und trägt mit Lösungsvorschlägen zur Weiterentwicklung der Berufsbildung bei.

Das Schweizerische Observatorium für Berufsbildung lieferte 2018 Forschungsergebnisse, welche die Identifikation von Innovationspotenzialen für die Berufsbildung und eine effiziente Steuerung des Berufsbildungssystems ermöglichen. Insbesondere der Trendbericht zum Thema «Digitalisierung und Berufsbildung: Herausforderungen und Wege in die Zukunft» lieferte Anregungen, wie die beteiligten Akteure das Berufsbildungssystem gestalten können, um das mit der Digitalisierung verbundene Potenzial zu nutzen.

Das EHB nimmt schweizweit eine führende Position im Bereich der Aus- und Weiterbildung von Berufsbildungspersonen sowie der Berufsentwicklung und Berufsbildungsforschung ein.

Das EHB konnte mit 52,5 Prozent erstmals schweizweit einen Marktanteil von über 50 Prozent bei den Diplomstudiengängen für Lehrpersonen der Berufsbildung erzielen und seine führende Position insbesondere in der Westschweiz und im Tessin halten. In der Deutschschweiz sind

die Zahlen aufgrund der Konkurrenz durch die Pädagogischen Hochschulen in Zürich, Luzern und St. Gallen tiefer. Mit Luzern und St. Gallen konnten bilaterale Zusammenarbeitsvereinbarungen abgeschlossen werden, um die Qualität und Effizienz der Angebote zu steigern und Doppelspurigkeiten abzubauen. Der Bundesrat begrüsst es, dass das EHB Kooperationen mit pädagogischen Hochschulen einzugehen versucht, um eine Konkurrenzsituation unter öffentlich finanzierten Anbietern zu vermeiden.

Das EHB unterstützt die Strategie des Bundes für die internationale Berufsbildungszusammenarbeit und trägt mit spezifischen Aus- und Weiterbildungsangeboten, mit seiner Forschung und mit seinen Dienstleistungen in der Berufsentwicklung zur Stärkung des dualen Modells der Berufsbildung im internationalen Kontext bei.

Im Berichtsjahr konnte das EHB seine Expertise in fünfzehn internationalen Projekten und Mandaten und in ebenso vielen verschiedenen Ländern einbringen. Insgesamt wurden 36 Delegationen aus dem Ausland empfangen, und Mitarbeitende konnten auf Einladung an diversen Tagungen referieren.

Die Leistungen des EHB im Dienst der Verbundpartnerschaft sind in der Berufsbildungspraxis verankert und von grosser Nähe zur Arbeitswelt gekennzeichnet.

Das EHB pflegt den Kontakt zu seiner Kundschaft aus der Arbeitswelt mit der Teilnahme an Generalversammlungen verschiedener Organisationen der Arbeitswelt, an der Konferenz der Berufs- und höheren Fachprüfungen oder an SBFI-Tagungen. Auf Anfrage der entsprechenden Organisationen der Arbeitswelt übernahm das EHB die Leitung von Berufsentwicklungsprojekten für die Berufe Netzelektriker/-in und Tiermedizinische/-r Praxisassistent/-in.

Das EHB wirkt bei der Überprüfung seiner gesetzlichen Grundlagen mit und bereitet eine institutionelle Akkreditierung als Hochschule gemäss dem Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz vor. Die Akkreditierung dient der Qualitätssicherung, der Anerkennung in der Hochschullandschaft und der Stärkung der Autonomie des EHB.

Die Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für die institutionelle Akkreditierung des EHB nach dem Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG, SR 414.20) wurden weiter vorangetrieben. Die Umsetzung eines neuen Qualitätsmanagement-Konzepts, die Konzipierung eines eigenen Grundstudiums, d.h. eines Bologna-konformen Bachelors, und die Verbindung von Forschung und Lehre sind Projekte, die die Akzeptanz und Anerkennung des EHB im Hochschulraum Schweiz ebenso erhöhen wie die Chancen auf eine Akkreditierung als Hochschule. Zum Entwurf über ein neues EHB-Gesetz wurde am 7. Dezember 2018 die Vernehmlassung eröffnet; das Verfahren dauert bis 29. März 2019. Die Verabschiedung der Botschaft durch den Bundesrat ist für das zweite Halbjahr 2019 geplant.

Das EHB verfügt über ein angemessenes Risikomanagementsystem in Anlehnung an ISO 31000. Es meldet dem Eidgenössischen Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung die Risiken, die auf den Bund zukommen könnten. Zudem verfügt es über ein den internationalen Standards genügendes sowie effizientes und effektives Qualitätsmanagement.

Der EHB-Rat und die Hochschulleitung haben die Risiken systematisch erhoben und bewerten sie im Hinblick auf Schadensausmass und Eintretenswahrscheinlichkeit. Auf Basis der jährlich aktualisierten Risikoübersicht werden die wichtigsten Risiken entsprechend ihres Risikopotenzials bearbeitet und so weit wie möglich eliminiert oder reduziert. Das Label Committed to Excellence (EFQM) wurde erneuert. Damit konnten wichtige Schritte für die Qualitätssicherung und -entwicklung unternommen werden. Besondere Risiken, die auf den Bund zukommen könnten, meldete das EHB im Geschäftsjahr nicht. Die aktuelle Lage wird jeweils zweimal jährlich an den Eignergesprächen mit dem WBF erörtert.

Das EHB fördert mit seinen Studiengängen, Kursen und Zusatzausbildungen die Qualität des Berufsbildungssystems und begünstigt das lebenslange Lernen der Berufsbildungsverantwortlichen.

Das EHB konnte 44-mal einen Master of Science in Berufsbildung verleihen (Vorjahr: 45). Der angestrebte Gesamtzufriedenheitsindex bei den Diplom- und Zertifikatsstudiengängen von 80 Prozent wurde mit 67 Prozent deutlich unterschritten. Bei der Revision der Studiengänge wurden nun entsprechende Massnahmen erarbeitet. Der Bundesrat erwartet, dass diese Massnahmen im 2019 greifen werden. Mit einer breiten Palette an Weiterbildungslehrgängen sowie Einführungs- und berufsspezifischen Kursen für Prüfungsexpertinnen und Prüfungsexperten (PEX) fördert das EHB das lebenslange Lernen der Berufsbildungsverantwortlichen. Der Gesamtzufriedenheitsindikator belief sich bei den PEX-Kursen auf rund 94 Prozent.

Das EHB entwickelt und vermittelt praxisverankerte und wissenschaftsbasierte Erkenntnisse und Kompetenzen.

Die Dozierenden besuchen nicht nur universitäre Weiterbildungen und publizieren selbst wissenschaftliche Erkenntnisse, sondern unterrichten zum Teil auch an Berufsfachschulen. Die Studierenden ihrerseits absolvieren ihre Aus- und Weiterbildungen berufsbegleitend, was den Bezug zwischen Theorie und Praxis verstärkt. Die Zahl der Mitarbeitenden, die über ein Mischprofil Forschungslehre verfügen, blieb konstant bei 12.

Das EHB qualifiziert Berufsbildungsverantwortliche, Prüfungsexpertinnen und -experten sowie Spezialistinnen und Spezialisten der Berufsbildung inhaltlich und didaktisch zweckmässig und bereitet sie auf die mit ihren Aufgaben verbundenen Herausforderungen vor.

Die grosse Mehrheit der Lehrgänge, Kurse, Tagungen und weiteren Dienstleistungen des EHB werden unter Begleitung der Fachstelle Evaluation durch die Teilnehmerinnen und Teilnehmer bzw. Kundinnen und Kunden evaluiert. Der Zufriedenheitsindex liegt bei der Sparte Weiterbildung bei rund 79 Prozent (Ziel: 70 %).

Das EHB schafft mit seiner Forschung evidenzbasierte Grundlagen und bereitet bestehende Studien und Forschungsergebnisse auf. Es trägt so zur Steuerung und Weiterentwicklung des Berufsbildungssystems auf allen Ebenen bei.

Die Anzahl Publikationen (155) konnte im Vergleich zum Vorjahr (126) gesteigert werden. Die Anzahl Präsentationen an Tagungen (96) war leicht rückläufig (Vorjahr: 103).

Das EHB sorgt aktiv für den Wissenstransfer in die Praxis der Berufsbildung und der Arbeitswelt.

Die Evaluation der Auftragsforschungsprojekte ergab einen Gesamtzufriedenheitsindikator von 100 Prozent. Bei 3 abgeschlossenen Forschungsprojekten konnten 29 Wissenstransferaktivitäten durchgeführt werden. Damit wurde das Ziel von mindestens zwei Wissenstransferaktivitäten pro abgeschlossenem Projekt übertroffen. Forscherinnen und Forscher präsentierten Ergebnisse beispielsweise an der Verbundpartnertagung des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation SBFI, an der Generalversammlung des Verbandes öffentlicher Verkehr, bei der Swisscom oder an der Tagung des Schweizerischen Verbands des Personals öffentlicher Dienste.

Das EHB ist mit seinen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten und dem Studiengang «Master of Science in Berufsbildung» in der Hochschullandschaft anerkannt.

Die Expertise des EHB lässt sich durch die Akquisition von zwei neuen Projekten des Schweizerischen Nationalfonds aufzeigen. Mit insgesamt 96 wissenschaftlichen Präsentationen an Kongressen sowie 49 peer-reviewed Publikationen wurde das Ziel von mindestens je einem Kongressbeitrag und einer peer-reviewed Publikation pro Vollzeitäquivalenz des wissenschaftlichen Personals der Sparte Forschung und Entwicklung im Berichtsjahr übertroffen (Referenzwert 34 Vollzeitäquivalente).

Das EHB unterstützt die Verbundpartner bei der Neu- und Weiterentwicklung der Berufe unter Berücksichtigung von deren Bedürfnissen und bei einer gesamtschweizerisch harmonisierten und sprachregional verträglichen Umsetzung der Berufsbildung.

Die Gesamtzufriedenheit der Verbundpartner in den Projekten mit dem Zentrum für Berufsentwicklung erhöhte sich auf 100 Prozent (Vorjahr: 91,2%). 114 Berufe konnten begleitet werden. Das EHB ist in der ganzen Schweiz aktiv und steht in regem Austausch mit seinen Partnerinnen und Partnern auf nationaler Ebene, etwa mit dem SBFI, der Schweizerischen Berufsbildungsämter-Konferenz oder mit Organisationen der Arbeitswelt.

2. **Finanzielle Ziele**

Das EHB wird nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen geführt und setzt seine Ressourcen wirtschaftlich, effizient und effektiv ein. Es finanziert seine Tätigkeiten aus den gesetzlich vorgesehenen Finanzierungsquellen und erzielt über die Geltungsdauer der strategischen Ziele mindestens ein ausgeglichenes Ergebnis. Zudem erhöht es den Zweit- und Drittmittelanteil der Sparte Forschung und Entwicklung auf 20 Prozent.

Die Jahresrechnung schloss mit einem Gewinn von 0,5 Millionen ab. Der Anteil der Zweit- und Drittmittel der Sparte Forschung und Entwicklung belief sich auf rund 23 Prozent (Zielvorgabe 20 %; Vorjahr 25 %).

3. **Personal- und vorsorgepolitische Ziele**

Das EHB betreibt eine vorausschauende, sozialverantwortliche, transparente und verlässliche Personalpolitik. Es fördert die Chancengleichheit, die persönliche Entwicklung und die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Das Personalentwicklungskonzept des EHB wurde 2018 umgesetzt und wird, ausgehend von den gemachten Erfahrungen, weiterentwickelt und optimiert. Es trägt unter Berücksichtigung gesundheitsförderlicher Arbeitsstrukturen zum bedarfsgerechten Einsatz der Mitarbeitenden bei. Nach der Mitarbeitendenbefragung von 2017 wurden im Berichtsjahr prioritäre Themenfelder und entsprechende Massnahmen definiert. Ein Beispiel für eine konkrete Massnahme sind die Führungsgrundsätze, die 2019 zusammen mit dem Kader erarbeitet werden sollen.

Das EHB achtet bei seinen Vorgesetzten und Mitarbeitenden auf Integrität und fördert durch seine Personalpolitik die hohe Fachkompetenz der Mitarbeitenden. Es betreibt aktive Nachwuchsförderung in der Berufsbildungsforschung und verfügt über angemessene Laufbahnmodelle. Es engagiert sich für die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und hält den Anteil an Lernenden von mindestens 5 Prozent des Personalbestandes.

2018 hat das EHB den Zielvereinbarungs- und Beurteilungsprozess vereinfacht. Ausserdem werden die Rückmeldungen an die Vorgesetzten seit dem Berichtsjahr systematisch erhoben und sollen 2019 ausgewertet werden. Die Zielvereinbarungen der Mitarbeitenden orientieren sich an den strategischen Zielen. Die Fachkompetenz der Mitarbeitenden wird durch eine kontinuierliche Aus- und Weiterbildung gefördert. 20,4 Prozent der Mitarbeitenden der Sparte Forschung und Entwicklung befanden sich 2018 im Förderprogramm, welches die Teilnahme an methodischen Weiterbildungen in Summer Schools sowie an PhD-Schools ermöglicht. Das EHB bildete 13 Lernende aus, was einem Anteil von 6,1 Prozent des gesamten Personalbestandes entspricht.

Das EHB orientiert sich beim Leistungsniveau der Vorsorgepläne an jenem der Bundesverwaltung und verteilt die

Lasten angemessen. Es informiert den Bundesrat bei einer sanierungsbedürftigen Unterdeckung der beruflichen Vorsorge über die vorgesehenen Massnahmen.

Die beim EHB gewählte Lösung orientiert sich an jener der Bundesverwaltung, unter Beachtung der Beitragsbandbreite gemäss Artikel 32g Absatz 1 des Bundespersonalgesetzes. Der Deckungsgrad für das Vorsorgewerk betrug Ende 2018 100,1 Prozent. Es besteht keine sanierungsbedürftige Unterdeckung der beruflichen Vorsorge.

4. **Kooperationen und Beteiligungen**

Das EHB kooperiert mit anderen Institutionen und arbeitet mit anderen Anbietern von Ausbildungen für Berufsbildungsverantwortliche zusammen mit dem Ziel kundennaher, schweizweit harmonisierter Ausbildungsangebote. Es nutzt Synergien in der Forschung und fördert den Dialog mit anderen Hochschulen. Es kooperiert zielgerichtet mit Praxispartnern, anderen Hochschulen und weiteren Forschungsinstitutionen.

Das EHB hat ein Kooperationskonzept erarbeitet und kooperiert schweizweit mit verschiedenen Institutionen. Insbesondere wegen der Konkurrenzsituation mit einigen Pädagogischen Hochschulen in der Deutschschweiz hat das EHB Zusammenarbeitsvereinbarungen mit den pädagogischen Hochschulen Luzern und St. Gallen abgeschlossen.

B. **Bericht der Revisionsstelle**

Die Revisionsstelle hat die Jahresrechnung 2018 des EHB geprüft und diese mit Bericht vom 15. Februar 2019 für ordnungsgemäss befunden. Die Revisionsstelle empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. **Anträge an den Bundesrat**

Das WBF legte dem Bundesrat den Geschäftsbericht 2018 einschliesslich der Jahresrechnung zur Genehmigung sowie den Bericht des EHB-Rats über die Erreichung der strategischen Ziele und den Bericht der Revisionsstelle vom 15. Februar 2019 zur Kenntnisnahme vor.

D. **Beschlüsse des Bundesrates**

Der Bundesrat hat den Geschäftsbericht 2018 einschliesslich Jahresrechnung am 17. April 2019 genehmigt und den Mitgliedern des EHB-Rates Entlastung erteilt.

E. **Übrige Ereignisse von Bedeutung**

Der Bundesrat hat am 14. Dezember 2018 zur Kenntnis genommen, dass Frau Prof. Dr. Cornelia Oertle das EHB auf den 31. Dezember 2018 verlassen hat. Sie stand dem EHB seit dem 1. Februar 2015 als Direktorin vor. Die Stelle einer Direktorin oder eines Direktors EHB wurde öffentlich ausgeschrieben.

SIFEM AG

Internet: www.sifem.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 100%

Verwaltungsrat: Jörg Frieden (Präsident; neu),
Susanne Grossmann (Vizepräsidentin), Regine Aeppli,
Julia Balandina Jaquier, Geoffrey Burns, Angela de
Wolff, Kathryn Imboden

Geschäftsführerin: Obviam DFI AG, Bern

Externe Revisionsstelle: BDO AG, Zürich

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Wie für viele auf Schwellenländer ausgerichtete Investoren war 2018 für die SIFEM ein finanziell schwieriges Jahr. Im Berichtsjahr resultiert ein negatives Anlageresultat von -12,5 Millionen Franken, welches im Wesentlichen aus Bewertungsverluste bei einer Investition zurückzuführen ist. Nach Abzug der operativen Kosten von 10 Millionen Franken ist auch das Betriebsergebnis mit einem Verlust von -22,5 Millionen Franken unbefriedigend ausgefallen.

Demgegenüber sind die Rückflüsse aus erfolgreich verlaufenden und abgeschlossenen Investitionen mit 56 Millionen Franken erfreulich hoch. Sie zeigen, zusammen mit einem ausgewogenen Gesamtrisiko des Portefeuilles, dass die Investitionsstrategie der SIFEM funktioniert.

Dies gilt auch in Bezug auf die Entwicklungseffekte. Es wurden mit einer Ausnahme alle Wirkungsziele erreicht oder übertroffen. Einzig das *Job-Wachstum* liegt mit 9 200 neuen Arbeitsstellen bzw. einer Nettoveränderung von +3 Prozent unter den Erwartungen. Insgesamt hat die SIFEM bis dato zur Schaffung und Erhaltung von 650 000 Arbeitsplätzen beigetragen. Die knapp 500 Portefeuille-Unternehmen entrichten jährlich Steuern von rund 770 Millionen US-Dollar an den Investitionsstandorten. Im Berichtsjahr wurde zudem ein Akzent auf die finanzielle Inklusion von Bevölkerungssegmenten gelegt, die mit Finanzdienstleistungen unterversorgt sind, und mit zwei neuen Investitionen das Engagement im Klimaschutz verstärkt.

In der Einschätzung des Bundesrates ist die SIFEM damit im ersten Jahr der Strategieperiode 2018-2020 gesamthaft auf Kurs. Er erwartet jedoch, dass die Anstrengungen des Verwaltungsrates zur Mobilisierung von privaten Investitionen zugunsten der SIFEM intensiviert werden und sich die Finanzergebnisse in den kommenden Jahren wieder verbessern. Des Weiteren fordert er die SIFEM auf, Anstrengungen zu unternehmen, um die Zielwerte im Bereich der Beschäftigung 2019 wieder einhalten zu können.

Kennzahlen	2018	2017
Finanzen und Personal		
Umsatz (Mio. CHF)	-	-
Operatives Betriebsergebnis (Mio. CHF) ¹	-22,5	36,7
Bilanzsumme (Mio. CHF)	621,4	623,7
Eigenkapitalquote in %	97,5	38,1
Personalbestand (Vollzeitstellen)	0,2	0,2
Unternehmensspezifische Kennzahlen²		
Rendite im mehrjährigen Durchschnitt - Internal Rate of Return (%)	6,30	7,44
Wertmultiplikator - Total Value over Paid-in (%)	125	133
Neue Investitionsverpflichtungen (Mio. USD)	70,0	87,4
Rückflüsse aus Investitionen (Mio. USD)	55,9	40,7
Gesamtvolumen Investitionsverpflichtungen (Mio. USD) - Total Active Commitments	782,0	757,1
Einbezahlte Investitionen (zu Marktwerten, Mio. USD) - Residual Value	388,4	378,5
Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen		
Bundesbeitrag (Mio. CHF)	0	0
Gebühren (Mio. CHF)	0	0
Erhöhung Aktienkapital (Mio. CHF)	30	0

¹ Die strategischen Ziele 2018–2020 des Bundesrates legen den Fokus auf das operative Ergebnis.

² In Absprache mit der Eidg. Finanzverwaltung verwendet die SIFEM den USD zur Messung der Investitionsleistung.

A. Zielerreichung 2018*

1. Programmatische Schwerpunkte

- *Hebelwirkung*

Die SIFEM mobilisiert private Investitionen für die Zielländer und die begünstigten Unternehmen. Zu diesem Zweck trägt sie einen Teil der politischen oder kommerziellen Risiken und teilt umgekehrt die Risiken und Rückflüsse aus

den Investitionen mit den privaten und institutionellen Investoren. Im Jahr 2018 mobilisierte jeder von der SIFEM investierte US-Dollar private Investitionen im Umfang von 6,0 US-Dollar. Der Zielwert (ein Verhältnis von mindestens 1 zu 4) wurde übertroffen und die Hebelwirkung gegenüber dem Vorjahr (5,2 US-Dollar) verbessert; sie liegt aber unter dem Durchschnitt der Jahre 2014-2017 (9,1 US-Dollar).

- **Nachhaltigkeit**

Sämtliche Finanzintermediäre, mit denen die SIFEM zusammenarbeitet, sind zur Einhaltung der Verantwortungsbewussten Investitionspolitik³ verpflichtet. Die SIFEM-Portefeuille-Unternehmen und Kunden der Finanzintermediäre sind national geltenden Nachhaltigkeitsregulierungen verpflichtet und sollen darauf hinarbeiten, die relevanten internationalen Kriterien anzuwenden. Massgebend sind die *Performance Standards on Environmental and Social Sustainability* der IFC (Weltbank) oder daraus abgeleitete Standards. Hinsichtlich Einhaltung der Menschenrechte beziehen sich diese Leitlinien auf die *Guiding Principles* sowie auf die *International Bill of Human Rights* der UNO. Im Bereich der Arbeitsbedingungen gelten die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation.

Die Überprüfung erfolgt sowohl im Vorfeld als auch während der Umsetzung der Investitionsprojekte durch ein umfassendes Monitoring. Im Jahr 2018 haben sämtliche Finanzintermediäre die Nachhaltigkeitsauflagen erfüllt. Es gab keine Risikofälle bzw. Missachtung der Vorgaben.

2. Aufgaben- und unternehmensbezogene Ziele

- **Insgesamt positive Entwicklungswirkung**

Die SIFEM hat den Anspruch, dass alle Investitionen messbare Entwicklungseffekte erzielen. Zur Messung wird ein internes Rating-Tool verwendet, mit welchem die Investitionen bewertet und deren Entwicklungsleistung über die gesamte Investitionsperiode verfolgt wird. Vorgängig werden für jede Investition Richtwerte für die erwarteten Entwicklungseffekte definiert. Grossmehrheitlich (zu 78%; 2017: 84%) wird den ex-post beurteilten Investitionen eine „gute“ oder „sehr gute“ Entwicklungswirkung attestiert. Die Abnahme gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurückzuführen, dass gewisse Kennzahlen tiefer ausfielen, weil u.a. wegen des schwierigen Marktumfelds bereits erzielte Entwicklungseffekte nicht mehr erreicht wurden. Der Zielwert von 75 Prozent wird im Jahr 2018 gleichwohl übertroffen.

Zusätzlich werden für jede Investition ausgewählte Indikatoren erhoben, um bestimmte Entwicklungseffekte auf der Portefeuille-Ebene aggregiert zu messen und auszuweisen. Zu den wichtigsten Parametern zählen die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Milderung des Klimawandels (vgl.

unten) sowie ein höheres Steueraufkommen an den Investitionsstandorten. Zusammengenommen entrichteten die Firmen, in welche die SIFEM seit 2014 investiert hat, im Berichtsjahr Steuern in der Höhe von knapp 770 Millionen US-Dollar und damit weniger als im Vorjahr (897 US-Dollar). Dies liegt daran, dass eine Reihe von grösseren Steuerzahlern aus dem SIFEM-Portefeuille ausgeschieden ist.

- **Beschäftigungswirkung**

Die SIFEM ist im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes ein wichtiges Instrument für den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in den Zielländern. Im Berichtsjahr hat die SIFEM anteilmässig 9 200 Stellen unterstützt (d.h. ohne Berücksichtigung des Beitrags von Ko-Investoren). Der Stellenzuwachs in den Portefeuille-Unternehmen beträgt 3.0 Prozent. Damit wurden die Zielwerte (mindestens 10 000 neue Stellen pro Jahr; Nettozuwachs der Arbeitsstellen von mindestens 6%) erstmals nicht erreicht. Dies ist darauf zurückzuführen, dass der Stellenzuwachs in Afrika und Lateinamerika geringer ausgefallen ist, vor allem aufgrund der Restrukturierung von einigen grösseren Unternehmen. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass solche Restrukturierungen nötig sein können. Er erwartet jedoch, dass die SIFEM mit ihren Investitionen kurzfristig die Zielwerte wieder erreicht.

Die SIFEM fördert mit ihren Investitionen auch die Qualität der Beschäftigung. Unter anderem müssen alle Fondsmanager und Finanzinstitute gewährleisten, dass die Portefeuille-Unternehmen nationale Gesetze bezüglich Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz einhalten und bestrebt sind, die Arbeitssicherheit über die national geltenden Grundanforderungen hinaus zu verbessern. Was die Personalentwicklung betrifft, so berichten 80 Prozent der Portefeuille-Unternehmen, dass sie Weiterbildungen für ihre Angestellten durchgeführt haben.

- **Investitionen zur Förderung der sozialen Inklusion und des Klimaschutzes**

Die strategischen Ziele 2018-2020 verpflichten SIFEM, einen Teil der Investitionen zu Gunsten von Projekten mit spezifischen, messbaren Zielen im Entwicklungs- und Sozialbereich zu tätigen, welche insbesondere ärmeren bzw. benachteiligten Bevölkerungsschichten den Zugang zu erschwinglichen Gütern und Dienstleistungen ermöglichen und/oder mit innovativen Lösungen zur Erhaltung globaler öffentlicher Güter (Klima, Biodiversität etc.) beitragen. Im Jahr 2018 waren von den neuen Investitionsverpflichtungen 63 Prozent in dieser Kategorie angesiedelt. Damit ist die SIFEM auf Kurs, den für die Strategieperiode geltenden Zielwert (30% der Investitionen im Entwicklungs- und Sozialbereich) zu erreichen.

³ Sifem.ch >Aufgabe > Verantwortungsbewusst investieren

Gesamthaft ist die SIFEM bis heute Verpflichtungen von rund 120 Millionen Franken eingegangen, die zum Klimaschutz beitragen. Im Jahr 2018 wurden zwei weitere Investitionen für insgesamt 20 Millionen US-Dollar im Klimabereich getätigt. Die erste Investition betrifft einen Fonds für erneuerbare Energien in Subsahara Afrika, welcher sich auf Projekte im Bereich der Produktion erneuerbarer Energien (Entwicklung, Bau und Betrieb) mit Fokus auf Wasserkraft, Erdwärme, Wind und Sonnenenergie konzentriert. Die SIFEM investierte sodann in einen Fonds, der sich auf Energieeffizienz, nachhaltiges Wassermanagement und auf Umweltprodukte und -dienstleistungen in Indien und Bangladesch fokussiert. Bei Klimaschutzprojekten ermittelt die SIFEM seit 2014 die eingesparten CO₂-Emissionen. Im Berichtsjahr haben solche Projekte 3330 Gigawattstunden mit erneuerbaren Energieträgern produziert sowie rund 4,4 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen vermieden⁴.

- **Risikomanagement**

Das interne Kontrollsystem der SIFEM erfüllt die Vorgaben des Obligationenrechts, und das Risikomanagement wurde von der Revisionsstelle als angemessen beurteilt.

Die SIFEM ist entsprechend ihrem Auftrag in schwierigen Märkten tätig und soll Risiken tragen, die der Privatsektor noch nicht allein übernehmen kann. Per Ende 2018 waren 33,4 Prozent der Private Equity Fonds-Investitionen und 4,5 Prozent der festverzinslichen Anlagen als Hochrisiko-Projekte klassifiziert. Damit konnte das Gesamtrisiko des Portefeuilles – wie vom Bundesrat gefordert - seit 2016 deutlich reduziert und die gemäss strategischen Ziel vorgegebenen Höchstanteile von 45 Prozent für Fonds-Investitionen und 20 Prozent für festverzinsliche Anlagen eingehalten werden.

3. **Finanzielle Ziele**

- **Wirtschaftlichkeit**

Die Betriebskosten der SIFEM und der mit der Geschäftsführung und dem Portefeuille-Management beauftragten Firma Obviam beliefen sich im Jahr 2018 auf 10,0 Millionen Franken (Vorjahr: 8,3 Mio.). Der Verwaltungskostenanteil entspricht 1,29 Prozent der aktiven Investitionsverpflichtungen⁵ (Vorjahr: 1,12 %) und liegt unter dem vom Bundesrat festgesetzten Höchstwert von 1,5 Prozent. Die Werte für 2018 und 2017 sind aufgrund von Berechnungsanpassungen, die im Zusammenhang mit dem Managementvertrag zwischen der SIFEM und Obviam stehen und deren voller Effekt im Berichtsjahr eingetreten ist, nur bedingt vergleichbar. Gemäss Prognosen sollte sich der Verwaltungskostenanteil auf dem derzeitigen Niveau stabilisieren, was aus Sicht des Bundesrates zu begrüssen ist.

⁴ Diese Werte entsprechen in etwa den bisherigen Jahreszahlen. Im Kurzbericht 2017 wurden jedoch mit der Produktion von 6 300 Gigawattstunden Energie und 6 Mio. vermiedenen t CO₂ Zweijahreswerte ausgewiesen.

- **Rechnungsergebnis**

Für das Jahr 2018 weist die SIFEM ein negatives Betriebsergebnis aus. Der Verlust von -22,5 Millionen Franken (Vorjahr: Gewinn von 36,7 Mio.) resultiert aus der negativen Anlageperformance von -12,5 Millionen Franken (Vorjahr: +45 Mio.), welche unter der starken Abwertung einer grösseren Investition gelitten hat. Die betroffene Unternehmung war 2018 börsennotiert, ihre Aktie hat wegen des allgemein schwachen Börsenjahres an Wert verloren. Die SIFEM plant, das Aktienpaket an dieser Unternehmung mittelfristig zu veräussern. Das Gesamtergebnis fiel im Jahr 2018 mit einem Verlust von -17,0 Millionen Franken (Vorjahr: +7,8 Mio.) ebenfalls negativ aus. Der Bundesrat erwartet, dass die SIFEM geeignete Massnahmen trifft, damit das anvisierte Ziel eines positiven Betriebsergebnis 2018-2020 erreicht werden kann.

- **Rückflüsse**

Die Investitionsrückflüsse entwickelten sich erfreulich und beliefen sich im Jahr 2018 auf insgesamt 56 Millionen Franken. Sie sind damit um 36 Prozent höher (Zielwert: 10%) als im Mittel der vorangegangenen Strategieperiode 2014-2017 (Durchschnittswert: 41,2 Mio. USD).

- **Investitionen**

Im Jahr 2018 hat SIFEM Investitionen im Umfang von 70 Millionen Franken getätigt. Bei den acht erfolgten Investitionszusagen handelt es sich um die zwei erwähnten Klimaschutzprojekte, zwei Investitionen in Risikokapitalfonds für KMU und schnell wachsende Unternehmen, zwei Beteiligungen an KMU- und Mikrofinanz-Darlehensfonds, sowie zwei Darlehen an Finanzintermediäre. Mit den neuen Investitionsverpflichtungen hat die SIFEM einen Akzent auf die finanzielle Inklusion in Lateinamerika und in Asien gelegt.

Die für Investitionsgesellschaften wie die SIFEM wichtigsten langfristigen Finanzkennzahlen sind die Rendite im mehrjährigen Durchschnitt (Internal Rate of Return) und der Wertmultiplikator (Total Value over Paid-In). Während der Wertmultiplikator mit 1,25 noch knapp dem Vorjahreswert (1,33) entspricht, ist die Rendite auf 6,30 Prozent (Vorjahr: 7,5 %) zurückgegangen. Die negative Renditeentwicklung ist der negativen Performance des Anlageportefeuilles (insbesondere wegen des Bewertungsverlusts bei der oben genannten Unternehmung) im Jahr 2018 geschuldet. Die vom Bundesrat vorgegebenen Zielwerte über das gesamte Portefeuille hinweg (Rendite grösser als 3%; Wertmultiplikator grösser als 1,15) werden aber weiterhin übertroffen.

⁵ D.h. die einbezahlten und noch nicht einbezahlten Engagements minus die beendeten Verpflichtungen.

4. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Abgesehen vom Verwaltungsrat beschäftigt die SIFEM lediglich eine teilzeitlich angestellte Verwaltungsratssekretärin. Die Geschäftsführung der SIFEM erfolgt durch die Firma Obviam mit Sitz in Bern im Mandatsverhältnis. Dementsprechend ist die Pensionskassenlösung Sache des Mandatsträgers.

B. Bericht der Revisionsstelle

Mit Bericht vom 6. März 2019 bestätigt die Revisionsstelle, dass die Rechnungslegungsnormen eingehalten wurden und der Jahresabschluss gemäss den angewandten Grundsätzen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermittelt. Die Jahreszahlen 2018 entsprechen den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten der Gesellschaft.

Die Revisionsstelle bestätigt, dass ein ordnungsgemässes Internes Kontrollsystem existiert und der Verwaltungsrat angemessene periodische Risikobewertungen durchführt. Sie empfiehlt die Jahresrechnung zur Genehmigung.

C. Anträge an die Generalversammlung

Der Verwaltungsrat hat der Generalversammlung vom 14. Mai 2019 die nachfolgenden Anträge gestellt. **N.B.:** Gemäss SIFEM-Statuten beziehen sich die Anträge zu den Geschäftszahlen auf den Abschluss nach *obligatorischen* Vorgaben. Aufgrund dieser Rechnungslegung weist die SIFEM im Berichtsjahr einen Verlust von -7,3 Millionen CHF aus. Der statutarische Abschluss ist jedoch nicht vergleichbar mit der Rechnung gemäss IFRS (s. Ziffer A.3 des Berichts), wonach die SIFEM im Jahr 2018 einen Verlust von -17,0 Millionen Franken erzielt hat.

- Kenntnisnahme des Berichts der Revisionsstelle;
- Genehmigung des Lageberichts und der Jahresrechnung 2018;
- Übertragung des Jahresverlustes von -7,3 Millionen Franken auf die neue Rechnung;
- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats für das Geschäftsjahr 2018;
- Wahl der Revisionsstelle BDO AG, Zürich, für ein Jahr;
- Kapitalerhöhung ausgehend von 554 444 010 Franken auf 584 444 010 Franken, liberiert durch eine Bareinlage von 30 000 000 Franken;
- Genehmigung der Obergrenze der Vergütung für den Verwaltungsrat der SIFEM (einschliesslich berufliche Vorsorge) von 325 800 Franken, davon Vergütung für den Präsidenten von 54 000 Franken, für das Geschäftsjahr 2020.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 17. April 2018 das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) beauftragt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Generalversammlung der SIFEM zuzustimmen.

E. Übrige Ereignisse von Bedeutung

An der Generalversammlung 2018 ist Jean-Daniel Gerber nach sieben Jahren an der Spitze der SIFEM zurückgetreten. Mit Jörg Giovanni Frieden konnte das Verwaltungsratspräsidium durch eine bestens qualifizierte und erfahrene Persönlichkeit neu besetzt werden. Als vormalige DEZA-Kaderperson und Exekutivdirektor der Weltbankgruppe kombiniert Herr Frieden Führungserfahrung, ausgeprägte entwicklungspolitische Kenntnisse sowie vertieftes Fachwissen zum Kerngeschäft der SIFEM.

identitas AG

Internet: www.identitas.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Aktiengesellschaft

Kotierung: nicht kotiert

Bundesbeteiligung: 51,6 %

Verwaltungsrat: Markus Zemp (Präsident), Hans Wyss (Vizepräsident, Bundesvertreter BLV), Adrian Aebi (Bundesvertreter BLW), Philipp Allemann, Corinne Bähler, Peter Bosshard, Peter Hinder, Meinrad Pfister, Matthias Schelling und Stefan Schlüchter

Geschäftsführer: Christian Beglinger

Ext. Revisionsstelle: Gfeller + Partner AG, Langenthal

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Ende 2018 hat der Bund mit Identitas einen neuen Betriebsvertrag für die Jahre 2019 und 2020 mit der Option einer Verlängerung um weitere zwei Jahre abgeschlossen. Weiter hat der Bundesrat am 30. November 2018 die Tierverkehrsgebühren ab 2019 um 25 Prozent gesenkt. Entsprechend wurde auch die Entschädigung für den Leistungsauftrag an Identitas um 2 Millionen Franken pro Jahr reduziert. Dadurch sollen die Gebühren den Aufwänden angepasst und die nicht-betriebsnotwendigen Reserven der Identitas abgebaut werden. Zudem hat der Bundesrat für die Periode von 2019 bis 2022 der Identitas erstmals strategische Ziele gesetzt.

Mit der Implementierung von Swiss GAAP FER für den internen Gebrauch auf das Rechnungsjahr 2017 und der Einführung einer Spartenrechnung ab 2019 stehen bessere Instrumente zur Steuerung und Risikobeurteilung zur Verfügung. Insbesondere die Trennung von gebührenfinanzierten Aufgaben und privaten Leistungen kann so besser ausgewiesen werden. Die Einführung von Swiss GAAP FER für die externe Rechnungslegung wurde vom Verwaltungsrat in Auftrag gegeben.

Identitas engagiert sich als eine der Erstunterzeichnerinnen der «Charta zur Digitalisierung in der Landwirtschaft» dafür, die Möglichkeiten und Chancen der Informationstechnologie auch der Erzeugung von gesunden Nahrungsmitteln zugänglich zu machen. Als konkretes Engagement beteiligt sich Identitas am Aufbau der Barto AG als Branchenprojekt mit einer klaren digitalen Vision des zukünftigen Betriebsmanagements für Landwirte.

Die Jahresrechnung der Identitas schliesst mit einem knapp positiven Ergebnis von 60'000 Franken ab.

Kennzahlen	2018	2017
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	16,0	15,7
Reingewinn (Mio. CHF)	0,1	0,4
Bilanzsumme (Mio. CHF) ¹⁾	23,4	22,5
Eigenkapitalquote in %	14,9	15,4
Personalbestand (Vollzeitstellen) ²⁾	82,7	84,8
Gebühren Kantone (Mio. CHF) ³⁾	1,0	1,0

Unternehmensspezifische Kennzahlen

Umsatz pro FTE (TCHF)	194	186
Reingewinn pro FTE (TCHF)	1	4
Rentabilität des Eigenkapitals in %	1,7	10,8
Technischer Deckungsgrad PK ⁴⁾	103,0	112,6

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen des BLW ⁵⁾

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	-0,7	-0,7
Gebühren (Mio. CHF) des BLW	8,9	9,3

¹⁾ Treuhänderische Forderungen und Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem Vertrag mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft und weiteren Kunden werden ausschliesslich in der Bilanz ausgewiesen. Saldiert gleichen sich diese Werte aus, führen aber aufgrund der Bruttodarstellung zu einer höheren Bilanzsumme.

²⁾ Jahresdurchschnitt.

³⁾ Die Einnahmen im Rahmen der Entwicklung und des Betriebs der nationalen Hundedatenbank AMICUS haben Gebührencharakter. Diese Beträge werden über die Tierärzte bei den Tierhaltern einkassiert.

⁴⁾ Der Wert 2018 basiert auf der provisorischen Deklaration der Vorsorgeeinrichtung.

⁵⁾ Identitas erhält keine Bundesbeiträge. Der Bund hat mittels Vertrag Identitas mit dem Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und weiteren damit verbundenen Systemen beauftragt und trägt die entsprechenden Kosten (2018: 8,2 Mio. CHF; 2017: 8,6 Mio. CHF). Die Betriebskosten werden gemäss Tierseuchengesetz vom 1. Juli 1966 (TSG; SR 916.40) durch Gebühren gedeckt, welche Identitas treuhänderisch bei den Tierhaltern im Namen und zu Gunsten des Bundes erhebt (2018: 8,9 Mio. CHF; 2017: 9,3 Mio. CHF). Der Aufwand des Bundes wurde 2018 durch die eingenommenen Gebühren mehr als gedeckt. Die Ausgaben für den Betrieb der Tierverkehrsdatenbank und die eingenommenen Gebühren sind brutto in der Staatsrechnung des Bundes aufgeführt.

A. Zielerreichung 2018

1. Strategische Schwerpunkte

Der Bundesrat hat zum ersten Mal seine strategischen Ziele für die Identitas AG am 1. Juni 2018 festgelegt. Diese wurden im Bundesblatt (BBl 2018 3821) publiziert und gelten für die Periode 2019–2022.

Die strategischen Ziele wurden vom Verwaltungsrat auf jährliche Unternehmensziele aufgebrochen, die der Geschäftsleitung vorgegeben wurden.

Im Berichtsjahr hat Identitas den Austausch mit der Branche gestärkt und ihr Nutzen als Datendrehscheibe der Land- und Ernährungswirtschaft erhöht.

Mit der Schaffung des Beirats «Heimtiere» kann Identitas die Anliegen und Interessen dieses Markts direkt aufnehmen und rückt so näher zu diesem Kundensegment. Der Beirat wird seine Arbeit in den ersten Monaten des Geschäftsjahrs 2019 aufnehmen. Wenn die zukünftige Zusammensetzung des Verwaltungsrats geregelt ist, wird ebenfalls ein Beirat für Nutztiere ins Leben gerufen.

Die Ansprüche der sehr breit gestreuten Stakeholder der Tierverkehrsdatenbank (TVD) wurden in Sounding Boards thematisch gegliedert. Schwerpunkte bildeten die Vorbereitungen für die Einführung einer umfassenden Tierverkehrskontrolle bei Schafen und Ziegen, die Erklärung zur Trächtigkeit auf dem Begleitdokument, die Darstellung der Transportzeiten, die Möglichkeiten zur Steigerung der Kälbergesundheit durch optimierte Transporte und die Darstellung des Antibiotikaverbrauchs auf der TVD.

Zwei Projekte im Bereich des Tierverkehrs und der Fleischkontrolle haben die Arbeit der Softwareentwicklung der Identitas im Berichtsjahr geprägt. Der sichtbare Teil der TVD wurde komplett neu gebaut und damit die Technologie Microsoft Silverlight abgelöst. Die Umsetzung wurde von den Nutzern sehr gut aufgenommen und die TVD präsentiert sich mit einem frischen und modernen Auftritt. Der Neubau der Fleischkontrolldatenbank FLEKO war ein weiteres grosses Entwicklungsprojekt im Rahmen des Betriebsvertrags. Die Entwicklungsarbeiten konnten bis zum Jahresende nahezu abgeschlossen werden. Der Produktivstart erfolgt Anfangs 2019.

Das Entwicklungsprojekt für ein elektronisches Begleitdokument als Modul der Tierverkehrsdatenbank wurde in Angriff genommen. Dieses Modul ist begleitet von zwei mobilen Applikationen für Tiertransporteure und für Tierhalter – ein weiterer Schritt hin zum Nutzer, zu administrativen Vereinfachungen und zu modernen Prozessen für Tierverkehrsmeldungen.

Am 12. Dezember 2018 wurde zwischen dem BLW und Identitas ein neuer Dienstleistungsvertrag für die Jahre 2019–2020 mit einer Option um eine zweijährige Verlängerung unterschrieben. Der neue Vertrag deckt auch den

Betrieb des Agate-Helpdesks, der bisher separat geregelt war.

Mittelfristig möchte der Bundesrat die Position der Identitas als Betreiberin der TVD festigen. Dafür bereitet er eine Revision des TSG und des LWG vor. Mit der Vorlage soll eine klare gesetzliche Grundlage für die Mehrheitsbeteiligung des Bundes an der Identitas geschaffen werden. Eine Botschaft soll im Sommer 2019 zuhanden des Parlaments verabschiedet werden.

Mit der Implementierung von Swiss GAAP FER für den internen Gebrauch auf das Geschäftsjahr 2018 und der Einführung der Spartenrechnung ab 2019 stehen dem Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung bessere Instrumente zur Steuerung und Risikobeurteilung zur Verfügung. Insbesondere die Trennung von gebührenfinanzierten Aufgaben und privaten Projekten kann so besser ausgewiesen werden. Dies ist für ein bundesnahes Unternehmen von grosser Bedeutung. Die Einführung von Swiss GAAP FER für die externe Rechnungslegung wurde vom Verwaltungsrat in Auftrag gegeben.

Die Normen ISO/IEC 27001, ISO/IEC 20000-1 und ISO 18295 wurden von der externen Auditfirma geprüft und bestätigt. Zur Sicherung der Software-Qualität wurde eine automatisierte Code-Prüfung eingeführt. Die Prüfung findet nach internationalen Software Coding Standards und bekannten Sicherheitsverletzungen (OWASP, CWE und SANS) statt.

2. Finanzielle Ziele

Auf Empfehlung der EFK und der Preisüberwachung wurden einerseits die Gebühren für den Tierverkehr per 1. Januar 2019 um 25 Prozent herabgesetzt (AS 2018 4697) und andererseits die vertraglich geregelte jährliche Entschädigungssumme an Identitas um 2,0 auf 6,7 Millionen Franken gekürzt. Damit sollen die Gebühren den Aufwänden angepasst werden und die nicht-betriebsnotwendigen Reserven der Identitas über zu erwartende Betriebsverluste abgebaut werden.

Der Umsatz der Identitas im Berichtsjahr konnte um 289'000 Franken auf 16 Millionen Franken gesteigert werden. Diese Steigerung von knapp zwei Prozent konnte bei den Drittumsätzen erreicht werden. Die Eigenleistungen, also die Investition in eigene Applikationen, sind mit 2,8 Millionen Franken auf Vorjahresniveau. Der Umsatz pro Vollzeitstelle konnte um gut 4 Prozent auf 194'000 Franken gesteigert werden. Die Beteiligung an der Barto AG wurde auf den Nennwert der gehaltenen Aktien wertberichtigt, was 2,2 Millionen Franken ausserordentlichen Aufwand verursachte. Den daraus resultierenden Verlust hat Identitas durch die Auflösung von stillen Reserven ausgeglichen. Die Jahresrechnung der Identitas schliesst mit einem Gewinn von 60'000 Franken positiv ab.

Identitas weist eine Bilanzsumme von 23,4 Millionen Franken aus (Vorjahr CHF 22,5 Mio.). Identitas erbringt treuhänderische Dienstleistungen für das BLW und private Kunden. Die treuhänderischen Positionen sind in der Bilanz der Identitas brutto dargestellt und in der Liquidität sowie in den Forderungen und Verbindlichkeiten verbucht. Die Bilanzsumme wird durch treuhänderische Positionen um 12,9 Millionen Franken erhöht (Vorjahr CHF 6,9 Mio.). Die Höhe der treuhänderischen Mittel ist unter anderem von Bestellungen und Meldungen der Nutzer der Tierverkehrsdatenbank, den Tierhaltenden und den Schlachtbetrieben, abhängig und kann durch Identitas nicht beeinflusst werden.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Personalbestand der Identitas hat sich per 31. Dezember 2018 gegenüber dem Vorjahr um 4,6 FTE auf 78,5 FTE reduziert. Per Ende 2018 waren 93 Personen bei Identitas beschäftigt, was einer Reduktion von 6 Personen gegenüber dem Vorjahr entspricht. Am Berichtsjahresende waren 40 Frauen (Vorjahr 42 Frauen) bei der Identitas beschäftigt. Dies entspricht einem Frauenanteil von 43 Prozent (Vorjahr 42 %). Im Jahresdurchschnitt verfügte Identitas im Geschäftsjahr 2018 über 82,7 FTE (Vorjahr 84,8 FTE).

Die vakante Stelle in der Geschäftsleitung im Bereich Marketing wurde durch den Verwaltungsrat im Frühjahr besetzt. Der Anteil Frauen in der Geschäftsleitung liegt bei 25 Prozent.

Identitas bildet 3 Personen als Informatiker EFZ mit Schwerpunkt Systemtechnik aus. Zudem wird eine Praktikumsstelle im kaufmännischen Bereich für Menschen mit Einschränkung besetzt. Im Berichtsjahr wurden die Voraussetzungen geschaffen, zwei zusätzliche Ausbildungsplätze (Informatiker/in EFZ mit Schwerpunkt Applikationsentwicklung und Kauffrau/Kaufmann EFZ) anzubieten. Die erstmalige Besetzung erfolgt im Jahr 2019.

Für Aus- und Weiterbildung investiert Identitas jährlich pro Person 2'686 Franken, was einer Reduktion von 477 Franken gegenüber dem Vorjahr entspricht. Die Investitionen in Aus- und Weiterbildung pro Vollzeitstelle zeigen seit Jahren eine sinkende Tendenz. Viele Ausbildungsvorhaben werden wegen der hohen Auslastung verschoben. Identitas führt ein eigenes Talentprogramm durch und hat 12 Mitarbeitende bei deren individuellen Weiterbildung unterstützt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Identitas verfügen über privatrechtliche Arbeitsverträge.

Die interne Personalvorsorgekommission der Identitas besteht aus je zwei Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

Identitas ist einer BVG-Sammelstiftung angeschlossen. Der provisorische Deckungsgrad per 31. Dezember 2018 wird von der Stiftung mit 103,0 Prozent angegeben (2017:

definitiver Deckungsgrad von 112,6 %). Die Stiftung hat 1'867 Anschlusspartner (2017: 1'802) mit 36'750 aktiven Versicherten (2017: 32'812) und 9'135 Rentnern (2017: 8'637).

4. Kooperationen und Beteiligungen

Identitas und Agridea haben 2017 die Barto AG mit dem Ziel gegründet, die Digitalisierung in der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft voranzutreiben. Die Barto AG stellt landwirtschaftlichen Betrieben eine Betriebsmanagementplattform zur Verfügung. Durch möglichst viel Automatisierung sollen der administrative Aufwand für die Nutzer gesenkt und mit Verknüpfungen und Auswertungen von bestehenden Daten Zusatznutzen geschaffen werden.

Identitas hält eine Beteiligung an der Barto AG von 34,5 Prozent (Vorjahr 87,5 %). Die Barto AG hat ein Aktienkapital von 100'000 Franken. Die angestrebte Erweiterung des Aktionariats konnte am 17. Dezember 2018 planmässig umgesetzt werden. Damit ist ein wichtiger Meilenstein für die Barto AG erreicht worden. Neue Aktionäre sind fenaco Genossenschaft, Genossenschaft swissherdbook, Braunvieh Schweiz Genossenschaft, Swissherdbook Genossenschaft, Holstein Switzerland Genossenschaft, Schweizer Milchproduzenten SMP Genossenschaft und Verein Mutterkuh Schweiz.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Aktionärsversammlung der Identitas hatte am 10. Mai 2012 beschlossen, dass Identitas nach den Bestimmungen für die ordentliche Revision geprüft wird.

Die Revisionsstelle bestätigt in ihrem Bericht vom 1. Februar 2019, dass die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2018 abgeschlossene Geschäftsjahr dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht. Zudem bestätigt die Revisionsstelle, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrats ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert. Ferner bestätigt die Revisionsstelle, dass der Antrag über die Verwendung des Bilanzgewinns dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht, und empfiehlt, die Jahresrechnung zu genehmigen.

C. Anträge an die Aktionärsversammlung

Anträge des Verwaltungsrats an die ordentliche Aktionärsversammlung (AV) vom 23. Mai 2019:

- Genehmigung des Geschäftsberichts 2018
- Genehmigung der Jahresrechnung 2018
- Verwendung des Bilanzgewinns 2018 (TCHF):
 - Bilanzgewinn zur Verfügung der AV 2'863
 - Dividende 10 % 31
 - Vortrag auf die Rechnung 2019 2'832

- Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats
- Statutenanpassung:
 - §23; Zusammensetzung, Wählbarkeit – Der Verwaltungsrat besteht aus maximal zehn Mitgliedern. Bei der Zusammensetzung des Verwaltungsrats ist auf eine angemessene Vertretung der Aktionäre zu achten. Die Verwaltungsräte sind bis zum Alter von 70 Jahren wiederwählbar. Die Amtsdauern dürfen 12 Jahre nicht übersteigen. Angebrochene Amtsdauern werden nicht mitgerechnet.
 - Kompetenzdelegation für eine a.o. Generalversammlung an die Sekretärin des Verwaltungsrates zur Einberufung und Durchführung einer a.o. GV mit Stimmrechtsvertretung aller Aktionäre mit dem einzigen Traktandum der notariell beglaubigten Statutenanpassung.
- Ersatzwahlen:
 - Für den austretenden Verwaltungsrat Markus Zemp beantragt der Verwaltungsrat die Wahl von Manfred Bötsch, von Wängi TG, in 3045 Meikirch.
 - Für den austretenden Verwaltungsrat Peter Hinder beantragt der Verwaltungsrat die Wahl von Pirmin Aregger, von Greifensee ZH, in 3280 Murten.
- Festlegung der Gesamtvergütung für den Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung für das Jahr 2020:
 - 45'000 CHF für den Verwaltungsratspräsidenten
 - 80'000 CHF für die übrigen Verwaltungsräte
 - 900'000 CHF für die Geschäftsleitung

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 10. April 2019 das WBF ermächtigt, den Anträgen des Verwaltungsrats an die Aktionärsversammlung der Identitas AG vom 23. Mai 2019 zuzustimmen.

Innosuisse (Schweizerische Agentur für Innovationsförderung)

Internet: www.innosuisse.ch

Sitz: Bern

Rechtsform: Öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes

Verwaltungsrat: André Kudelski (Präsident), Edouard Bugnion, Thierry Calame, Trudi Haemmerli, Marco Illy, Nicola Thibaudeau, Luciana Vaccaro

Geschäftsführerin: Annalise Eggimann

Externe Revisionsstelle: Eidg. Finanzkontrolle, Bern

Würdigung der Ergebnisse 2018 in Kürze

Die Innosuisse hat per 1.1.2018 alle Aufgaben der KTI übernommen. Der institutionelle Wechsel zur öffentlich-rechtlichen Anstalt hat zu grundlegenden Anpassungen bei der Governance und den Prozessen geführt. Aus Sicht des Bundesrates ist der Transformationsprozess grundsätzlich auf Kurs.

- Bei der Förderung von Innovationsprojekten fiel die Nachfrage gegenüber dem Vorjahr um rund 40% tiefer aus. Der Bundesrat erwartet, dass die Innosuisse die Ursachen für den Nachfragerückgang genau analysiert und geeignete Massnahmen ergreift. Demgegenüber deutlich besser nachgefragt wurden die Innovationschecks, die den KMU einen niederschweligen Zugang zu wissenschaftlichem Knowhow ermöglichen. Erfreulich entwickelte sich auch die Startup-Förderung, welche einen Zuwachs bei der Nachfrage von rund 40 Prozent verzeichnet.
- Auf nationaler Ebene wurde die Zusammenarbeit sowohl mit dem SNF als auch dem SECO und den Kantonen intensiviert, um vermehrt Synergien zu nutzen. Auf internationaler Ebene wurden 2018 sämtliche Massnahmen getroffen, damit die Innosuisse per 1.1.2019 die Verantwortung für die europäischen Innovationsprogramme übernehmen kann.
- Einige der per Ende 2018 zu erstellenden Strategien und Konzepte konnten nicht rechtzeitig abgeschlossen werden. Der Bundesrat erwartet, dass diese 2019 nachgeholt werden.
- Die Transformationsphase parallel zum ordentlichen Fördergeschäft hat das Personal stark gefordert. Vom Verwaltungsrat wird erwartet, dass er geeignete Massnahmen zur Verbesserung der Situation und zur Entlastung der Mitarbeitenden ergreift.
- Sowohl im Fördergeschäft wie auch bei den Funktionskosten verbleibt Ende 2018 ein namhafter Budgetüberschuss. Da das Jahr 2018 für die Innosuisse ein ausserordentliches Jahr darstellte, hat der Bundesrat zugestimmt, 22,2 Millionen den Reserven zuzuführen und 11,5 Millionen auf die Rechnung 2019 vorzutragen. Er erwartet, dass dieser Gewinnvortrag bis Ende 2019 vollständig für die Projektförderung eingesetzt wird.

Kennzahlen	2018	2017
------------	------	------

Finanzen und Personal

Umsatz (Mio. CHF)	232.8	229.3*
Reingewinn / -verlust (Mio. CHF)	41.6	0
Reserven (freie und zweckgebundene)	1	-
Bilanzsumme (Mio. CHF)	51.1	0
Eigenkapitalquote in %	68	-
Personalbestand (Vollzeitstellen)	47.3	37.8

Anstaltsspezifische Kennzahlen

Innovationsprojekte (Anzahl eingegangene Gesuche)	488	823
Bewilligungsrate in %	56	47
Förderprogramm Energie (SCCER) (bewilligte Gesuche)	38	33
Startup-Coachings (Anzahl bewilligte Gesuche)	212	196
Unternehmertum (Anzahl Kurs-Teilnehmende)	3668	3972
NTN (bewilligte Innovationsprojekte via NTN)	53	59
Mentoring (Anzahl bewilligte Gesuche)	508	N/A
Deckungsgrad der Pensionskasse	Prov. Wert	106.0
Funktionskosten (Mio. CHF)	16.2	19.1

Bundesbeitrag und Gebühreneinnahmen

Bundesbeitrag (Mio. CHF)	231.1	229.3
Mietbeitrag (Mio. CHF)	0.6	0
Drittmittel aus europäischen Organisationen (Mio. CHF)	0.1	0
Drittmittel (Mio. CHF)	0	0

* Aufwendungen der Kommission für Technologie und Innovation KTI (Eigen- und Transferaufwand), siehe Staatsrechnung, Band 2B, S. 259.

A. Zielerreichung 2018*

1. Strategische Schwerpunkte

Förderung von Innovationsprojekten

Die Förderung von Innovationsprojekten ist das Kerngeschäft der Innosuisse und stellt das finanziell wichtigste Förderinstrument dar. Der Bundesrat erwartet, dass rund 70 Prozent des Gesamtbudgets dafür eingesetzt werden.

2018 wurden lediglich 54 Prozent des Förderbudgets dafür eingesetzt, obwohl die Bewilligungsquote bei der Projektförderung mit 56 Prozent gegenüber dem Vorjahr deutlich höher lag (2017: 47%). Es wurden insgesamt 488 Projekte eingereicht und damit rund 40 Prozent weniger als im Jahr 2017, was teilweise auf die Ablösung der KTI durch Innosuisse zurückgeführt wird. Das vom Bundesrat erwartete Ergebnis ist hier deutlich nicht erreicht. Mittels Informationsveranstaltungen und Optimierungen bei der Gesuchseingabe und der Evaluierung (Beschleunigung der Prozesse) wird der zögerlichen Nachfrage entgegen gewirkt. Zudem geht Innosuisse den Gründen für den tiefen Gesuchseingang in einer Befragung genauer auf den Grund. Der Bundesrat begrüsst die von Innosuisse eingeleiteten Massnahmen.

Erfreulich ist, dass KMU oder Startups an rund zwei Drittel der geförderten Projekte beteiligt sind und 53 Prozent der involvierten Umsetzungspartner zum ersten Mal bei Innosuisse ein Gesuch eingereicht haben, was im Vergleich zu 2017 einer leichten Erhöhung um 3 Prozent entspricht.

Start-up und Unterstützung Unternehmertum

Der gesamte Förderbereich entwickelt sich insgesamt gemäss den vom Bundesrat gesetzten strategischen Zielen. Während der Übergangsphase von der KTI zur Innosuisse konnte das Angebot an Coachings- und Entrepreneurship-Kursen ununterbrochen fortgesetzt werden, obwohl die Instrumente wesentlich angepasst wurden.

Neu können die Startups Gutscheine für Coachingdienstleistungen beziehen. Die um über 40 Prozent gestiegene Nachfrage im Vergleich zu 2017 belegt, dass der Systemwechsel auf Akzeptanz stösst. Insgesamt wurden 2018 mehr als 200 Gutscheine für ein Coaching bewilligt. Für Unternehmen mit sehr hohem Wachstumspotenzial wird derzeit ein spezifischer Gutschein entwickelt («Take-off-Programm»).

2018 wurde ein Akkreditierungsverfahren für Coaches durchgeführt. Mit diesem Verfahren konnten 83 reguläre und spezifische Coaches ausgewählt und akkreditiert werden. Mit dem Akkreditierungsverfahren wurde versucht, die Anzahl weiblicher Coaches zu erhöhen, um Unternehmerinnen ein Vorbild zu bieten und besser auf deren spezifische Bedürfnisse einzugehen. Die Anzahl Frauen blieb gleichwohl zu tief, so dass 2019 eine weitere

spezifische Rekrutierungsrunde mit besonderem Fokus auf Frauen lanciert wird.

2018 wurden 80 Trainings- und Ausbildungsmodule angeboten, an denen insgesamt knapp 3700 angehende Unternehmerinnen und Unternehmer teilgenommen haben. Die angestrebte Steigerung der Teilnehmenden im Vergleich zum Vorjahr konnte zwar nicht erreicht werden. Die Wirkungsanalyse 2018 zu den Kursen ergab jedoch eine sehr hohe Zufriedenheit der Absolventinnen und Absolventen und einen signifikant positiven Einfluss auf die Gründungsabsicht und die Geschäftsentwicklung.

Wissens- und Technologietransfer (WTT)

Auch dieser Förderbereich mit dem Innovationsmentoring, den Nationalen Thematischen Netzwerken (NTN), den thematischen Fachveranstaltungen (TFV) sowie den Aktivitäten im Rahmen des Enterprise Europe Network entwickelt sich insgesamt gemäss den vom Bundesrat gesetzten strategischen Zielen.

Die NTN stimulieren aktiv die Kooperation zwischen Forschung und Unternehmen durch thematisch fokussierte Veranstaltungen, Workshops, Arbeitsgruppen und Plattformen. Innosuisse unterstützte 2018 11 NTN, welche eine breite Palette an wichtigen Zukunftsthemen abdecken. Gesamthaft profitierten 2018 rund 1400 Mitglieder (Einzelpersonen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen) direkt von den Leistungen der NTN. Durch die NTN-Aktivitäten konnten 53 neue Innovationsprojekte erfolgreich angestossen werden. Die Initiierung der NTN erfolgt – entsprechend dem Grundprinzip der Innovationspolitik des Bundes – grundsätzlich bottom up durch die Branchen.

Beim Innovationsmentoring erleichtern spezialisierte Beraterinnen und Berater Unternehmen den Zugang zu Technologie und Forschung und helfen ein Innovationsprojekt mit einem öffentlichen Forschungspartner aufzusetzen. 2018 erfolgte ein Wechsel zu einem System mit Gutschriften. Für die vier angebotenen Unterstützungsleistungen wurden gegen 575 Gesuche eingereicht. Gesamthaft wurden rund 340 KMU eine oder mehrere Mentoring-Gutschrift(en) zugesprochen. Im November wurden 20 Mentoren und Mentorinnen für die Periode 2019-2020 neu akkreditiert. Mit dem Ausbau werden eine Verbreiterung des Kompetenzangebotes, eine bessere Abdeckung der Regionen sowie vermehrte Synergien mit kantonalen und regionalen Zentren angestrebt.

Förderprogramm «Energie»

Zur Stärkung der Energieforschung in der Schweiz hat die Innosuisse die Aufgabe, Kompetenzzentren aufzubauen und Netzwerke wie Projekte zu fördern. Die vom Bundesrat gesetzten strategischen Ziele sind erreicht. Ende 2018 waren über 1300 Forschende in den SCCER tätig, was rund 880 Vollzeitäquivalenten entspricht. Auch wenn ge-

genüber 2017 ein leichter Rückgang bei den Vollzeitäquivalenten zu verzeichnen ist, liegen die aufgebauten Forschungskapazitäten weiterhin über dem Planwert. Die involvierten Forschungsinstitutionen haben bei der Gesuchseingabe neu zudem einen Letter of Commitment eingereicht, in welchem sie bestätigen, dass sie die aufgebauten Forschungskapazitäten nach 2020 erhalten werden. Das Konzept der SCCER hat gezeigt, dass die Förderung von grösseren Konsortien einen Mehrwert bringt, da Akteure, die ansonsten in Konkurrenz zueinanderstehen, gemeinsam auf ein Ziel hinarbeiten. Dies bündelt Kräfte und schafft wertvolle Synergien.

Zusammenarbeit mit dem SNF

SNF und Innosuisse haben sich intensiv mit dem gemeinsamen Programm BRIDGE auseinandergesetzt, das die Nutzung von Resultaten der Grundlagenforschung für die anwendungsorientierte Forschung und Innovation beschleunigen will. Das Programm weist eine sehr hohe Nachfrage auf und in der Folge (wegen der für die Pilotphase vorgegebenen Finanzierungslimite) eine tiefe, einstellige Erfolgsquote. Der mit dem gemeinsamen Programm geübte Brückenschlag führt auch auf institutioneller Ebene zu einer Stärkung der Vernetzung und Verständigung zwischen Wissenschaft und Anwendung. Die Arbeiten verlaufen konform mit den vom Bundesrat vorgegebenen strategischen Zielen.

Nachwuchsförderung

Das FIG sieht die Möglichkeit vor, dass die Innosuisse hochqualifizierten Nachwuchs im Bereich der Innovation in Form von Stipendien oder zinslosen Darlehen fördern kann. Hier sind zeitliche Verzögerungen zu konstatieren. Der Bundesrat begrüsst aber die eingeleiteten Massnahmen. Denn eine Überprüfung bestehender Angebote förderte potenzielle Überschneidungen der Unterstützungsinstrumente verschiedener Organisationen zutage. Im Laufe des Jahres 2019 wird die Situation vertieft analysiert und je nach Ergebnissen das neue Programm lanciert.

Unterstützung KMU im Zuge der «Digitalisierung»

Die Innosuisse bereitete ab September 2018 das im Rahmen des Aktionsplans Digitalisierung zu lancierende Impulsprogramm «Fertigungstechnologien» intensiv vor. Mitte Januar 2019 und Mitte Mai 2019 können bereits Projekte unterbreitet werden. Die vom Bundesrat gesetzten Vorgaben sind vollumfänglich erfüllt.

Strategieentwicklung

Die Innosuisse hat sich – auch im Rahmen der Arbeiten am Mehrjahresprogramm 2021-2024 – intensiv mit ihrem Förderinstrumentarium auseinandergesetzt. Sie ist zur Überzeugung gelangt, dass sie mit einer Flexibilisierung

und einem gezielten Ausbau ihres Instrumentariums effizienter auf die Bedürfnisse in der Innovationsförderung reagieren könnte. Die Innosuisse hat Vorschläge erarbeitet, wie die gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterentwickelt werden könnten. Der Bundesrat wird sich dazu im Rahmen der geplanten Botschaft zur Revision des FIG äussern (Überweisung ans Parlament vorgesehen im Laufe des Jahres 2020).

Unternehmensbezogene Ziele

Das erste Betriebsjahr der Innosuisse stand im Zeichen des Aufbaus der Strukturen und Prozesse und ihrer Konsolidierung. Alle für die Innosuisse tätigen Milizpersonen (Expertinnen und Experten), aber auch die Mitarbeitenden der Geschäftsstelle mussten mit den neuen Prozessen und Aufgaben vertraut gemacht und geschult werden. Dies führte im ersten Halbjahr zu Verzögerungen in der Abwicklung der Geschäfte. Diese Probleme konnten durch geeignete Massnahmen bis Ende Jahr behoben werden. Bezüglich der unternehmensbezogenen Ziele ist die Innosuisse aus Sicht des Bundesrates vor dem Hintergrund der umfassenden Veränderungen auf Kurs.

Von besonderer Bedeutung für eine bedarfsgerechte Innovationsförderung ist die Sicherstellung schneller Förderentscheide. Die Innosuisse hat deshalb an der Möglichkeit der jederzeitigen Gesuchseingabe festgehalten und im Verlaufe des Jahres namentlich die Bearbeitungszeiten deutlich gesenkt.

Die für eine effiziente Geschäftsabwicklung zentralen IT-Systeme wurden weiter optimiert, bedürfen jedoch weiterer Optimierungen, um eine einwandfreie, zeitgemässe und kundengerechte Lösung anbieten zu können.

2. Finanzielle Ziele

Sowohl im Fördergeschäft als auch bei den Funktionskosten verbleibt Ende 2018 ein Budgetüberschuss. Beim Fördergeschäft wird der Umstand insbesondere auf die tiefe Nachfrage bei den Innovationsprojekten zurückgeführt, bei den Funktionskosten auf die niedrigeren IT- und Personalkosten.

Der Gewinn des ersten Geschäftsjahrs beträgt 41.6 Millionen respektive nach Abzug des Verlustvortrages per 1.1.2018 und der Bewertungsreserven per 31.12.2018 33.7 Millionen. Innosuisse beantragt dem Bundesrat, 22.2 Millionen in die freien Reserven zu überführen und den verbleibenden Gewinnbetrag von 11.5 Millionen auf das neue Rechnungsjahr 2019 vorzutragen. Mit diesen Mitteln will Innosuisse die Finanzierung der Innovationsförderung im Jahr 2019 sicherstellen, in dem sie wieder mit deutlich mehr Gesuchen für Innovationsprojekte und damit im Kernbereich ihrer Aufgaben rechnet.

Aus Sicht des Bundesrates ist der hohe Gewinn im ersten Geschäftsjahr der Innosuisse v.a. auf die Transformationsphase zurückzuführen und deshalb ausserordentlich.

Er erwartet allerdings, dass die finanzielle Situation bei der Innosuisse bis Ende 2019 bereinigt werden kann (vgl. Ziffer D). Bis dahin soll die Innosuisse abklären, ob der Gesuchrückgang im Jahr 2019 einmalig war oder strukturell bedingt ist (bspw. wegen der Auslastung der Wirtschaftspartner aufgrund der Konjunkturlage, Kapazitätsengpässe bei den Hochschulen etc.). Er erwartet, dass die Erkenntnisse aus der Kundenbefragung (siehe Ausführungen «Förderung von Innovationsprojekten») in die Finanzplanung für die kommenden Jahre mit einfließen.

Betreffend das Konzept zur Drittmittelbeschaffung konstatiert der Bundesrat eine zeitliche Verzögerung. Vor der Ausarbeitung eines Konzepts möchte der Verwaltungsrat die gesetzlichen Rahmenbedingungen und allfällige Restriktionen für die Beschaffung von Drittmitteln vertieft abklären. Das Konzept soll verschiedene Modelle für den Einsatz der Drittmittel enthalten und insbesondere die Frage beantworten, inwieweit die Drittmittel für attraktive, risikobehaftete Projekte eingesetzt werden können, die mit Bundesgeldern nicht gefördert werden können. Der Bundesrat begrüsst das Vorgehen und erwartet den Abschluss der Konzeptarbeiten spätestens auf Mitte 2019.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle hat das Risikomanagement und das interne Kontrollsystem (IKS) der Innosuisse geprüft und die Angemessenheit bestätigt.

3. Personal- und vorsorgepolitische Ziele

Der Personalbestand per 31.12.2018 entspricht 47 Vollzeitstellen. Die Transformation hat das Personal stark gefordert (angewachsene Ferien- und Gleitzeitguthaben, höhere Krankheitsquote im Vergleich zum Vorjahr, personelle Veränderungen in allen Gremien). Geplant ist, im Herbst 2019 eine Mitarbeitendenbefragung durchzuführen, um ein klares Bild über die Personalsituation nach der Reorganisation zu erhalten. Der Bundesrat erwartet vom Verwaltungsrat, dass er geeignete Massnahmen zur Verbesserung der Situation und zur Entlastung der Mitarbeitenden ergreift.

4. Kooperationen und Beteiligungen

In diesem Bereich verlaufen die Arbeiten entsprechend den vom Bundesrat gesetzten strategischen Zielen und Vorgaben. Auf nationaler Ebene arbeitet die Innosuisse einerseits verstärkt mit dem SNF zusammen (s. oben). Andererseits wurden in Kooperation mit dem SECO Massnahmen ergriffen, um vermehrt Synergien mit der Innovationsförderung der Regionen und Kantone zu nutzen. So hat Innosuisse 2018 bis auf eine Ausnahme alle Vertreter der Regionalen Innovations-Systeme (RIS) besucht und regionsspezifisch Koordinations- und Kommunikationsbedürfnisse sowie mögliche Synergien identifiziert. Im ersten Quartal 2019 werden Innosuisse und SECO eine gemeinsame Jahrestagung der öffentlichen Innovationsförderung durchführen mit dem Ziel, die verschiedenen

Akteure der öffentlichen Innovationsförderung auf kantonalen, regionaler und nationaler Ebene zusammenzubringen und den Austausch zu fördern. Diese Tagung soll jährlich stattfinden und den Ankerpunkt für eine bessere Koordination und die Ausnützung von Synergien bilden.

Auf internationaler Ebene beteiligte sich Innosuisse an drei ERA-Net Initiativen und führte gemeinsam mit ihrer südkoreanischen Partnerorganisation eine Ausschreibung für bilaterale Kooperationsprojekte durch. Zudem übernahm Innosuisse die Koordination des EEN-Konsortiums. Die sechs EEN-Beraterinnen und Berater wechselten von Euresearch in die Geschäftsstelle der Innosuisse. Die Migration der Forschungs- und Entwicklungsinitiative EUREKA sowie der weiteren innovationsorientierten europäischen Programme vom SBFI zur Innosuisse wurde auf den 1. Januar 2019 vorbereitet und alle notwendigen Verträge wurden unterschrieben. Ein regelmässiger Austausch auf strategischer und operativer Ebene zwischen SBFI und Innosuisse zur Koordination der internationalen Innovationszusammenarbeit ist etabliert.

B. Bericht der Revisionsstelle

Die Revisionsstelle (Eidg. Finanzkontrolle, EFK) hat die Jahresrechnung der Innosuisse für das Geschäftsjahr 2018 geprüft und empfiehlt diese mit Bericht vom 21. Februar 2019 zu genehmigen.

C. Anträge an den Bundesrat

Der Verwaltungsrat der Innosuisse beantragt dem Bundesrat, den Bericht der Innosuisse über die Erreichung der strategischen Ziele im Jahr 2018 zur Kenntnis zu nehmen, den Geschäftsbericht (Lagebericht und Jahresrechnung) zu genehmigen und den Verwaltungsrat Entlastung zu erteilen. Weiter beantragt er, 22.2 Millionen in die Reserven zu überführen (10% des Jahresbudgets nach Art. 19 Abs. 2 SAFIG) und den verbleibenden Gewinnbetrag von 11.5 Millionen auf die neue Rechnung vorzutragen.

D. Beschlüsse des Bundesrates

Der Bundesrat hat am 22.3.2019 vom Bericht der Innosuisse über die Erreichung der strategischen Ziele im Geschäftsjahr 2018 Kenntnis genommen, den Geschäftsbericht 2018 genehmigt und den Mitgliedern des Verwaltungsrates der Innosuisse Entlastung erteilt. Betreffend die Verwendung des Gewinns hat der Bundesrat - gestützt auf Antrag des zuständigen WBF - dem Antrag von Innosuisse zugestimmt. Sollte der Gewinnvortrag von 11,5 Millionen bis Ende 2019 nicht für die Projektförderung eingesetzt werden können oder zeichnet sich 2019 wiederum ein positives Jahresergebnis ab, hat er das WBF (GS-WBF) beauftragt, zur Einhaltung der maximal zulässigen Reserven nach Art. 19 Abs. 2 SAFIG einen Teil des Finanzierungsbeitrags 2019 für die Innosuisse zurückzubehalten.